

Rolf Steininger

**Die Gründung
des Staates Israel –
14. Mai 1948**

Titelbild: Nach Eroberung des Negev hissen Soldaten der Negevbrigade am 10. März 1949 in Eilat die »Tintenflagge«.

Israel Government Press Office, Jerusalem (Micha Perry)

O. Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger, 1984 bis zu seiner Emeritierung Leiter des von ihm gegründeten Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, von 2008–2018 auch an der Freien Universität Bozen; seit 1989 Senior Fellow des Eisenhower Center for American Studies der University of New Orleans, seit 1995 Jean Monnet-Professor; Gastprofessor in Tel Aviv, Queensland (Australien) und New Orleans, Gastwissenschaftler in Ho Chi Minh-Stadt (Saigon), Hanoi, Kapstadt und Arcata (Humboldt State University); 1993 Ruf an die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, 2007 an die Freie Universität Bozen; 2011 Tiroler Landespreis für Wissenschaft; zahlreiche Veröffentlichungen und preisgekrönte Hörfunk-, Film- und Fernsehdokumentationen.

www.rolfsteininger.at

auf YouTube unter Rolf Steininger

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen

Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt

www.lztthueringen.de

2023

ISBN: 978-3-948643-69-0

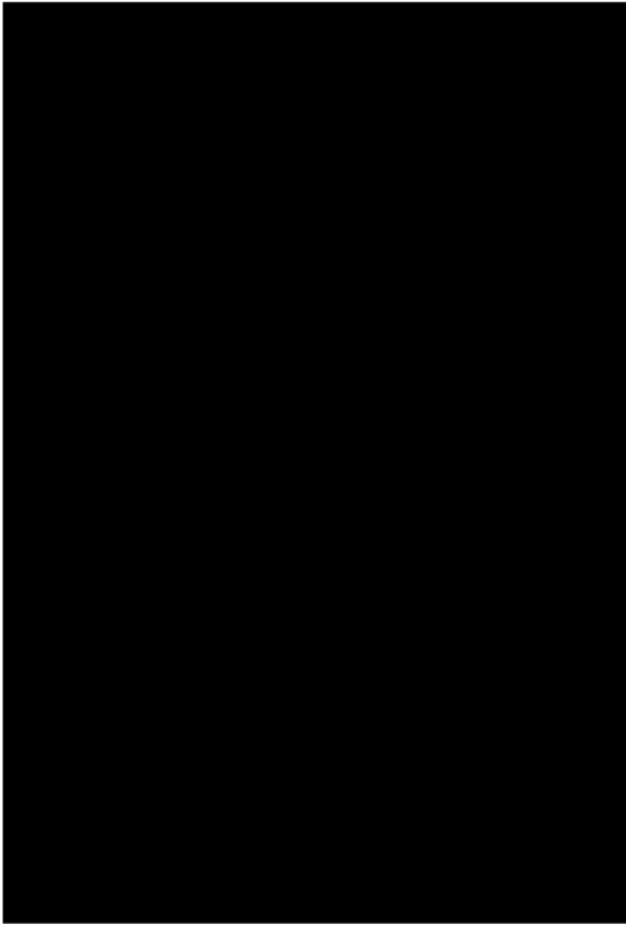
Inhalt

Vorbemerkung	5
Die Vorgeschichte	
Theodor Herzls Der Judenstaat	7
Der erste Zionistenkongress	10
Theodor Herzl und Kaiser Wilhelm II.	13
Theodor Herzls Vermächtnis	18
Die vergessene Frage	20
Der Erste Weltkrieg, Kaiser Wilhelm II. und die Juden in Palästina	22
Die Balfour-Deklaration	24
Die »Osmanische Balfour-Deklaration«	29
Palästina wird britisches Mandatsgebiet	30
Die Krise des Zionismus: »Wir sitzen hier am Mittelmeer und haben keine Mittel mehr.«	34
Die Peel-Kommission, Teilung Palästinas und der arabische Aufstand	38
Das britische Weißbuch: Kein Judenstaat	44
Die Gründung	
Das Biltmore-Programm	47
US-Präsident F. D. Roosevelt als neue Hoffnung	49
100.000 Visa für jüdische DPs?	52
Der Terroranschlag auf das King David Hotel	58

US-Präsident Harry S. Truman für einen jüdischen Staat	63
Die UNO übernimmt	66
Zwei Staaten: Die UN-Resolution 181	74
Terror, Flucht und Vertreibung	77
Doch keine zwei Staaten?	82
Die Unabhängigkeitserklärung	85
Holocaust und Staatsgründung	95
Der erste israelisch-arabische Krieg	
Die erste Phase	97
Die <i>Altalena</i> -Affäre	100
Graf Folke Bernadotte	104
Die zweite Phase und das Ende des Krieges	107
Flüchtlinge und Vertriebene	113
Der neue Staat organisiert sich	
Die Nationalhymne	119
Die Nationalflagge	119
Die erste Parlamentswahl	120
Das Staatswappen	123
Jerusalem: Theodor Herzls neue Grabstätte	123
Schlussbetrachtung	
Zeittafel	133
Literaturhinweise	139
Personenverzeichnis	141

Vorbemerkung

»Der Staat Israel ist gegründet. Die Versammlung ist hiermit beendet.« Mit diesen Worten des Zionistenführers David Ben Gurion im Kunstmuseum der Stadt Tel Aviv endete am Nachmittag des 14. Mai 1948 eine der denkwürdigsten Veranstaltungen des 20. Jahrhunderts. Ben Gurion hatte an diesem Freitag die Unabhängigkeitserklärung für den neuen Staat Israel verlesen. So wie dieser Staat gegründet wurde, war noch nie ein Staat im 20. Jahrhundert entstanden. Seine Vorgeschichte ist einzigartig. Das, was der Österreicher Theodor Herzl 50 Jahre zuvor vorausgesagt hatte, war eingetreten: es gab einen Staat nur für die Juden. Das ging zu Lasten der Araber, die die Juden und diesen Staat von Anfang an bekämpften. Es war ein langer, schwerer Weg bis zu jenem Freitag. Wie schwer – und blutig –, wird im Folgenden erzählt.



Israel Government Press, Jerusalem (Ephraim Moses Lilien)

Theodor Herzl auf dem Balkon des Hotels Drei Könige in
Basel beim 5. Zionistenkongress 1901.

Die Vorgeschichte

Theodor Herzls *Der Judenstaat*

Alles begann mit einem im 19. Jahrhundert in Europa entstandenen Phänomen und einem Mann, der daraus die Konsequenzen zog. Das Phänomen war der Antisemitismus, der Mann der Österreicher Theodor Herzl.

Herzl war 1860 in Budapest geboren, wuchs aber in Wien auf und wurde ein vollständig assimilierter Jude. 1884 promovierte er zum Doktor jur. und hatte die Absicht, Schriftsteller zu werden. Er wurde eine Art Kaffeehausliterat und mittelmäßiger Theaterautor. 1891 wurde er dann aber als Journalist für die *Neue Freie Presse* nach Paris geschickt. Der Aufenthalt dort wurde zur entscheidenden Station in seinem Leben.

Im Dezember 1894 wurde ein jüdischer Hauptmann des französischen Generalstabes, Alfred Dreyfus, von einem Militärgericht in Paris der Spionage für das Deutsche Reich für schuldig befunden und zu lebenslänglicher Deportation auf die Teufelsinsel in Französisch-Guyana verurteilt. Dreyfus wurde öffentlich degradiert: sein Degen zerbrochen, seine Rangabzeichen entfernt, er selbst in Ketten abgeführt. Währenddessen schrie der anwesende Mob: »Tod. Tod den Juden.«

Herzl war über diese antisemitischen Ausbrüche entsetzt; seine Antwort war eine kleine, 71 Seiten umfassende Broschüre: *Der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage*.

Am 14. Februar 1896 lag sie in 3000 Exemplaren vor. In sein Tagebuch schrieb Herzl: »Abends kamen meine 500 Exemplare. Als ich den Ballen in mein Zimmer schleppen ließ,

hatte ich eine heftige Erschütterung. Dieser Ballen Broschüren stellte sinnfällig die Entscheidung dar. Mein Leben nimmt jetzt vielleicht eine Wendung.«

Es war eine programmatische Schrift, mit der der moderne politische Zionismus und damit die Umwälzung in der Geschichte des jüdischen Volkes begann. Der erste Satz machte deutlich, worum es Herzl ging: »Der Gedanke, den ich in dieser Schrift ausführe, ist ein uralter, es ist die Herstellung des Judenstaates. Ich erfinde weder die geschichtlich gewordenen Zustände der Juden noch die Mittel zur Abhilfe.« Er schloss mit dem Bekenntnis:

»Wir sind ein Volk, *ein* Volk. Der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu, wie das immer in der Geschichte so war. In der Bedrängnis stehen wir zusammen, und da entdecken wir plötzlich unsere Kraft. Ja, wir haben die Kraft, einen Staat, und zwar einen Musterstaat zu bilden. Wir haben alle Mittel, die dazu nötig sind. Man gebe uns die Souveränität eines für unsere gerechten Volksbedürfnisse genügenden Stückes der Erdoberfläche, alles andere werden wir selbst besorgen.«

Vor Herzl hatten sich schon andere Juden mit diesem Thema beschäftigt, etwa Moses Hess 1862 oder der Arzt Leon Pinsker aus Odessa, der 1882 die Schrift *Autoemanzipation* vorlegte, in jenem Jahr, als in Russland wieder einmal Pogrome stattfanden. Da war jeweils die Rede von einer jüdischen Nation, von einer Rückkehr der Juden nach Palästina. Nathan Birnbaum, vier Jahre jünger als Herzl, in Wien geboren, prägte Ende der 1880er Jahre den Begriff Zionismus. Zion, jener Hügel von Jerusalem, wurde zum Synonym für Jerusalem und dann für das Land Israel. Der Begriff wurde zur geläufigen Bezeichnung für die jüdische Nationalbewegung, aber diese philosophisch-politische Überlegungen blieben Theorie und ohne größere Resonanz. Fromme Juden beteten damals täglich um die Rückkehr in das gelobte Land. Die Sehnsucht war das entscheidende, nicht die Verwirklichung der Idee. Der Preis dafür war der Verzicht auf eines der ausgeprägtesten Merkmale jüdischer Nationalität, auf die direkte Verbundenheit mit dem



Titelblatt von Theodor Herzls programmatischer Schrift.

Land Palästina. Die meisten Juden waren bereit, diesen Preis zu zahlen. Und jene Juden, die bereits in Palästina lebten, waren zumeist orthodoxe Juden, die im »Heiligen Land« leben und sterben, aber dort auf keinen Fall einen jüdischen Staat errichten wollten.

Mit Theodor Herzl änderte sich alles. Herzl hat den Zionismus nicht erfunden, aber mit ihm wurde er zum Politikum, zu einer politischen Bewegung mit dem erklärtem Ziel eines »Judenstaates«. Bis zu seinem frühen Tod im Jahr 1904 arbeitete Herzl rastlos für die Verwirklichung seiner Idee, deren Prophet und Leitfigur er gleichermaßen wurde.

Die Reaktionen auf seinen *Judenstaat* waren allerdings nicht gerade überwältigend. In Großbritannien wurden zum Beispiel nur 160 Exemplare verkauft. Auch sonst sprachen assimilierte

Juden von einem Hirngespinnst, von einem Kuckucksei des Nationaljudentums; die Juden seien keine Nation, sie hätten nur den Glauben an Gott gemeinsam. Herzl wurde anfangs verlacht und verspottet. So schrieb zum Beispiel Anton Bettelheim, ein Landsmann Herzls, in den *Münchener Allgemeinen Nachrichten* vom Faschingstraum eines durch den Judenrausch verkaterten Feuilletonisten. Enttäuscht schrieb Herzl in sein Tagebuch: »Ich muss es mir offen gestehen: ich bin demoralisiert. Von keiner Seite Hilfe, von allen Seiten Angriffe. [...] Die Juden, denen es gut geht, sind alle meine Gegner. So dass ich anfangs, das Recht zu haben, der größte aller Antisemiten zu sein.« Papst Pius X. lehnte Herzls Zionismus strikt ab – es sei denn, die Juden ließen sich taufen. Dem konsternierten Herzl beschied seine Heiligkeit: »Die Juden haben unseren Herrn nicht anerkannt, daher können wir auch das jüdische Volk nicht anerkennen. Jerusalem darf nicht in die Hände der Juden fallen!« Nur in Osteuropa mit dem dort weit verbreiteten Antisemitismus und wiederkehrenden Pogromen konnte Herzl bald begeisterte Anhänger finden.

Der erste Zionistenkongress

Herzl begann sofort, für seine Pläne Unterstützung in der Politik zu suchen und reiste ununterbrochen durch Europa auf der Suche nach eben dieser Unterstützung. Anfang 1897 reifte in ihm die Idee, einen allgemeinen Zionistenkongress einzuberufen, um dort seinen Plan zur Lösung der Judenfrage der Weltöffentlichkeit vorzustellen. An einen führenden Vertreter der Zionisten in London schrieb er: »Es soll eine großartige Kundgebung werden, welche der Welt zeigen wird, was der Zionismus ist und will.«

Als der Plan bekannt wurde, formierten sich die Gegner aus dem Lager der Assimilations-Befürworter, die auf eine öffentliche Erörterung der Judenfrage keinen Wert legten. Man war

empört, dass Herzl vor aller Welt die Judenfrage diskutieren und damit den Antisemiten öffentlich Recht geben wollte, dass die Juden ein Volk seien und nicht nur eine Religionsgemeinschaft. Ein Kesseltreiben gegen ihn und seinen Plan setzte ein, angeführt vom Vorstand des deutschen Rabbinerverbandes, der in mehreren Zeitungen eine »Protesterklärung« veröffentlichte, in der es u. a. hieß: »Die Bestrebungen sogenannter Zionisten, in Palästina einen jüdisch-nationalen Staat zu gründen, widersprechen den messianischen Verheißungen des Judentums, wie sie in der Heiligen Schrift und den späteren Religionsquellen enthalten sind. Das Judentum verpflichtet seine Bekenner, dem Vaterlande, dem sie angehören, mit aller Hingebung zu dienen und dessen nationale Interessen mit ganzem Herzen und mit allen Kräften zu fördern.«

Für Herzl waren dies »Protestrabbiner«. Die aber hatten großen Einfluss. Als sich die meisten Zeitungen weigerten, seine Artikel zu drucken, gründete Herzl im Mai 1897 ein eigenes Wochenblatt, das er *Die Welt* nannte. Die erste Nummer erschien am 4. Juni 1897 in Wien und wurde mit folgenden Worten eingeleitet: »Unsere Wochenschrift ist ein Judenblatt. Wir nehmen dieses Wort, das ein Schimpf sein soll, und wollen daraus ein Wort der Ehre machen.« Die Zeitung gibt es heute noch.

Am 29. August 1897 versammelten sich 204 Delegierte aus 16 Ländern zum ersten Zionistenkongress im Stadtkasino von Basel. Der ursprüngliche Tagungsort, München, war am Widerstand der dortigen Israelitischen Kultusgemeinde gescheitert. Die Mehrheit der Teilnehmer kam aus Osteuropa. Herzl schrieb später in sein Tagebuch: »Mir war, wie wenn ich 32 Schachpartien gleichzeitig spielen müsste.« Auf den Einladungskarten hatte er verfügt, die Delegierten sollten zur Eröffnung festlich gekleidet erscheinen. »Die Leute«, so Herzl gegenüber seinem Mitstreiter Max Nordau, »sollen sich daran gewöhnen, in diesem Kongress das Höchste und Feierlichste zu sehen.« Der sogenannte »Judenkongress« war damals *das* Ereignis, das sich niemand entgehen lassen wollte. Der Saal

war überfüllt, Sonderberichterstatter der wichtigsten Zeitungen waren anwesend. Als Herzl zum Rednerpult schritt, gab es minutenlangen Beifall und begeisterte Zurufe. Es wurde getrampelt, in die Hände geklatscht, Tücher geschwenkt. Der Ruf ertönte: »Jechi Hamelech! Es lebe der König.«

Herzl begann seine Rede mit dem Satz: »Wir wollen den Grundstein legen zu dem Haus, das dereinst die jüdische Nation beherbergen wird.« Und weiter: »Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen.«

Der Kongress verabschiedete das inzwischen berühmte »Baseler Programm«, in dem es hieß: »Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.« Jeder wusste, was mit Heimstätte gemeint war: ein jüdischer Staat. Max Nordau, Hauptautor des Programms, sprach von einem »Meisterwerk der Umschreibung«. Später beschrieb er, wie es dazu gekommen war: »Ich tat mein Bestes, die Verfechter des jüdischen Staates in Palästina zu überreden, dass wir eine Umschreibung finden sollten, die alles ausdrücken würde, was wir meinten, aber so, dass eine Provokation der türkischen Beherrscher des begehrten Landes vermieden würde. Ich schlug Heimstätte vor als ein Synonym für Staat. Das ist die Geschichte des viel kommentierten Ausdruckes. Er war zweideutig, aber alle verstanden, was er bedeutete. Für uns bedeutete er damals Judenstaat.«

Nach drei Tagen erklärte Herzl den Kongress für beendet. Viele Teilnehmer weinten. Andere fielen sich in die Arme. Dritte drückten sich die Hände und riefen sich in Anlehnung an die bekannte Gebetsformel gegenseitig zu: »Nächstes Jahr in Jerusalem.«

In Basel wurde der Zionistische Weltkongress (ZWO) gegründet, Mitgliedsjahresbeitrag war ein Schekel, jenes aus der biblischen Zeit stammende Gold- und Silbergewicht (seit 1980 die offizielle Währung Israels). Es gab Vorschläge für die Errichtung einer zionistischen Bank, für eine Hebräische Universität und anderes mehr. Vor allen Dingen hatte man ein

wichtiges Ziel erreicht: die öffentliche Diskussion über den Zionismus war wieder in Gang gekommen.

In sein Tagebuch notierte Herzl am 3. September 1897 jene denkwürdigen (und prophetisch zutreffenden) Sätze, die später immer wieder zitiert wurden: »Fasse ich den Basler Kongress in ein Wort zusammen – das ich mich hüten werde, öffentlich auszusprechen –, so ist es dieses: in Basel habe ich den Judenstaat gegründet. Wenn ich das heute laut sagte, würde mir ein universelles Gelächter antworten. Vielleicht in fünf Jahren, jedenfalls in fünfzig wird es jeder einsehen.«

50 Jahre und neun Monate später gab es diesen Staat.

Theodor Herzl und Kaiser Wilhelm II.

Am 13. Oktober 1898, einem Donnerstag, stiegen fünf Zionisten in Wien in den Orientexpress nach Konstantinopel. Angeführt wurde die Gruppe vom 38-jährigen Theodor Herzl. Herzl hatte erreicht, worum er sich seit drei Jahren bemüht hatte: eine Audienz beim deutschen Kaiser Wilhelm II., der am 11. Oktober zu seiner Orientreise aufgebrochen war. Der Staat für die Juden sollte in Palästina errichtet werden, Palästina aber gehörte zum Osmanischen Reich. Um dort einen Staat errichten zu können, brauchten die Zionisten Hilfe und Unterstützung – und einen Fürsprecher beim Sultan. Herzl setzte auf das Deutsche Reich, und hier auf Wilhelm II.

Herzls Absicht, einen Appell an Kaiser Wilhelm zu richten, war so alt wie sein Zionismus überhaupt. Im Juni 1895, kurz bevor er den Entwurf zu seinem Buch *Der Judenstaat* niederschrieb, hatte er u. a. erklärt: »Ich werde zum Deutschen Kaiser gehen; und der wird mich verstehen, denn er ist dazu erzogen, große Dinge zu beurteilen. Dem Deutschen Kaiser werde ich sagen: Lassen Sie uns ziehen.«

Obwohl Herzl klar war, dass ein mit Deutschlands Hilfe ins Leben gerufener jüdischer Staat die »wucherischsten Zinsen«

würde bezahlen müssen, bevorzugte er stets den deutschen Weg zur Verwirklichung seiner weitreichenden Pläne. Er wollte in Palästina eine aristokratisch jüdische Republik gründen, für die das Bismarck-Reich Modell stehen sollte.

Am 8. Oktober 1898 schrieb er in sein Tagebuch: »Unter dem Protektorat dieses starken, großen, sittlichen, prachtvoll verwalteten, stramm organisierten Deutschland zu stehen, kann nur die heilsamen Wirkungen für den jüdischen Volkscharakter haben. Mit einem Schlag«, fuhr er fort, »kämen wir zu vollkommen geordneten inneren und äußeren Rechtszuständen.« Und auch die Deutschen würden aus dem Bündnis Gewinn erzielen, denn »durch den Zionismus wird es den Juden wieder möglich werden, dieses Deutschland zu lieben, an dem trotz allem unser Herz hing!«

Ein Jahr zuvor hatte Wilhelm II. einen Bericht über den ersten Zionistenkongress gelesen und an den Rand geschrieben: »Ich bin sehr dafür, dass die Mauschels nach Palästina gehen; je eher sie dorthin abrücken, desto besser. Ich werde ihnen keine Schwierigkeiten in den Weg legen.«

Am 1. Dezember 1897 hatte Herzl dem Kaiser seine Broschüre *Der Basler Kongress* zugeschickt. Wilhelm gefiel die Idee eines Judenstaates in Palästina mehr und mehr. An seinen Onkel, Großherzog Friedrich von Baden, über den die Verbindung zu Herzl zustande gekommen war, schrieb er: »Der Grundgedanke hat mich stets interessiert, ja sogar sympathisch berührt. [...] Bin zu der Überzeugung gekommen, dass wir es hier mit einer Frage der allerweitgehendsten Bedeutung zu thun haben. Ich bin der Überzeugung, dass die Besiedelung des Heiligen Landes durch das kapitalkräftige und fleißige Volk Israel dem Ersteren bald zu ungeahnter Blüthe und Segen gereichen wird« – und somit auch zu einer bedeutenden wirtschaftlichen Wiederbelebung der Türkei, die ganz im Interesse des Deutschen Reiches lag, hoffte man in Berlin doch auf die Konzession des Sultans zum Bau der Bagdadbahn. Wilhelm weiter: »Dann wird der Türke wieder gesund, d. h., kriegt er auf natürliche Weise, ohne zu pumpen, Geld, dann ist er

nicht mehr krank, baut sich seine Chausseen und Eisenbahnen selbst ohne fremde Gesellschaften und dann kann er nicht so leicht aufgeteilt werden. Q. e. d. [quod erat demonstrandum] ! Zudem würde die Energie, Schaffenskraft und Leistungsfähigkeit vom Stamme Sem auf würdigere Ziele als auf Aussaugen der Christen abgelenkt, und mancher die Opposition schürender, der Soz. Dem. [Sozialdemokratie] anhängender Semit wird nach Osten abziehen, wo sich lohnendere Arbeit zeigt... Nun weiß ich wohl, dass neunzehntel aller Deutschen mit Entsetzen mich meiden werden, wenn sie in späterer Zeit erfahren sollten, dass ich mit den Zionisten sympathisire oder gar eventl. – wie ich es auch, wenn von ihnen angerufen, thun würde –, sie unter meinen Schutz stellen würde!«

Aber Wilhelm hatte seine Entgegnung bereit: »Dass die Juden den Heiland umgebracht haben, das weiß der liebe Gott noch besser wie wir, und er hat sie demgemäß bestraft. Aber weder die Antisemiten, noch andere, noch ich sind von ihm beauftragt und bevollmächtigt, diese Leute nun auch auf unsere Manier zu kujoniren in Majorem Dei Gloriam!«

Wilhelm erinnerte daran, dass man seine Feinde lieben solle. Und außerdem sei es »vom weltlichen, realpolitischen Standpunkt aus nicht außer acht zu lassen, dass bei der gewaltigen Macht, die das internationale jüdische Kapital nun einmal in aller seiner Gefährlichkeit repräsentirt, es doch für Deutschland eine ungeheure Errungenschaft wäre, wenn die Welt der Hebräer mit Dank zu ihm aufblickt?! Überall erhebt die Hydra des rohesten, scheußlichsten Antisemitismus ihr greusliches Haupt, und angsterfüllt blicken die Juden – bereit, die Länder, wo ihnen Gefahr droht, zu verlassen – nach einem Schützer! Nun wohlan, die ins Heilige Land zurückgekehrten sollen sich Schutzes und Sicherheit erfreuen und beim Sultan werde ich für sie interzediren.«

Und zwar anlässlich seiner für 1898 geplanten Reise ins Heilige Land – und bei der Gelegenheit auch Herzl empfangen.

Inzwischen befanden sich die Zionistenführer mit dem Orientexpress auf dem Weg nach Konstantinopel. Unterwegs

einigten sie sich darauf, das Gebiet zwischen Gaza und dem Euphrat zu verlangen. Dieses Gebiet sollte einen autonomen Status innerhalb des Osmanischen Reiches erhalten. Am 18. Oktober 1898 empfing Wilhelm die Zionisten und fragte sie, was er vom Sultan fordern solle. Herzl: »Eine Chartered Company unter deutschem Schutz.«

Der Sultan dachte gar nicht daran, Land an Juden abzutreten oder zu verkaufen. Seiner Tochter zufolge erklärte er: »Ich kann selbst einen Fuß Land nicht verkaufen, denn es gehört nicht mir, sondern meinem Volk. Die Juden können sich ihre Millionen sparen. Wenn einst mein Reich geteilt ist, können sie Palästina vielleicht umsonst bekommen. Aber nur unser Leichnam kann zerlegt werden. Ich werde einer Vivisektion nie zustimmen.«

Für Wilhelm war das die rote Karte. Ein deutsches Protektorat über einen Judenstaat in Palästina würde es nicht geben. Das war offensichtlich keine Realpolitik mit Blick auf das Osmanische Reich.

Der Kaiser und seine Umgebung kamen am 24. Oktober 1898 vor Haifa an. Der englische Historiker John Röhl hat die Reise beschrieben. Als Wilhelm II. am Nachmittag an Land ging, war es, wie der offizielle Reisebericht verkündete, das erste Mal seit dem Besuch Friedrich II. von Hohenstaufen im Jahre 1228, dass ein deutscher Kaiser den Boden des Heiligen Landes betrat. Als sich die Reisegruppe auf den staubigen Weg nach Jaffa begab, waren zahlreiche Geistliche und über 500 weitere Teilnehmer zugestoßen, die in vier Dampfern angekommen waren. Die Prozession benötigte nicht weniger als 230 Zelte, 120 Wagen, 1300 Pferde und Maulesel, 100 Kutscher und 600 Treiber, 12 Köche und 60 Kellner. Diese gewaltige Karawane wurde von einem Regiment der türkischen Armee beschützt, und die deutschen Kriegsschiffe, die die Reisenden vom Meer aus begleiteten, feuerten donnernde Salven ab, wo immer die Kaiserstandarte am Horizonte zu erblicken war.

Als Wilhelm die jüdische Siedlung von Mikle Israel passierte, hatte er am Straßenrand eine kurze Begegnung mit

Herzl, bevor er zum Hauptereignis der Reise, der Einweihung der Erlöserkirche am 31. Oktober, nach Jerusalem weiterfuhr. Am 2. November wurde Herzl von Wilhelm im Zeltlager vor Jerusalem empfangen. Wilhelm äußerte sich in unverbindlichen Platitüden: »Das Land braucht Wasser und Schatten. Die Ansiedlung, die ich sah, sowohl die deutschen wie Ihrer Landsleute, können als Muster dienen, was man aus dem Lande machen kann. Das Land hat Platz für alle... Ihre Bewegung... enthält einen gesunden Gedanken.«

Und als Herzl bemerkte, dass die Wasserversorgung durch die Eindämmung des Jordans sichergestellt werden könnte, obwohl dies viel Geld kosten würde, antwortete der Kaiser in seinem bekannten Ton: »Na, Geld haben Sie ja genug... mehr Geld wie wir alle.«

»Er sagte weder ja noch nein«, bemerkte Herzl enttäuscht nach dem Treffen, tröstete sich jedoch mit dem Gedanken, dass seine Bemühungen nicht umsonst gewesen seien, denn »dieser kurze Empfang wird in der Geschichte der Juden für immerwährende Zeiten aufbewahrt werden, und es ist nicht unmöglich, dass er auch geschichtliche Folgen haben wird.«

Die offizielle Pressemeldung sprach von »wohlwollendem Interesse« des Kaisers für alle Bestrebungen, »welche auf die Hebung der Landwirtschaft Palästinas zum Besten der Wohlfahrt des türkischen Reiches, unter voller Respektierung der Souveränität des Sultans abzielen«. Das Delegationsmitglied Max Bodenheimer hielt fest: »Die Ansprache des Kaisers wirkte auf uns zunächst wie eine kalte Dusche. Nach weiterer Überlegung fanden wir aber, dass der Kaiser mit Rücksicht auf die nicht unbedenkliche Lage nicht mehr sagen konnte. Der Kaiser hatte zwar kein Wort von einem Protektorat gesagt, aber man hat Herzl gestattet, unsere Absichten klar und unverblümt vorzutragen und hatte in Aussicht gestellt, dass dieses Problem noch weiter geprüft werden sollte. An diesem Ort und aus dem Munde des Kaisers war dies von Bedeutung.«

Von Jerusalem fuhr der Kaiser nach Damaskus, wo er am 8. November alle Welt mit folgender Erklärung in Erstaunen

versetzte: »Möge der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, die [...] in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, dass zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.«

Aus seiner Enttäuschung über das, was er in Palästina erlebt hatte, machte der allerhöchste Kreuzfahrer allerdings keinen Hehl. Palästina sei »ein trostloser, ausgetrockneter Steinhaufen«, schrieb er seiner Mutter auf der Heimfahrt. Und weiter: »Der Mangel an Schatten und Wasser ist entsetzlich... Jerusalem ist gänzlich verdorben durch die vielen, ganz modernen Vororte... voller jüdischer Kolonisten. 60.000 von diesen Leuten waren da, schmierig, erbärmlich, kriechend und verkommen, die nichts zu tun haben außer sich bei den Christen und Muselmanen gleichermaßen verhasst zu machen, indem sie diesen Nachbarn jeden schwer verdienten Groschen abzuknöpfen versuchen. Lauter Shylocks allesamt.«

Theodor Herzls Vermächtnis

1902 veröffentlichte Theodor Herzl den utopischen Roman *Altneuland*, in dem er seine Vision vom Judenstaat detailliert beschrieb, in dem die in Palästina lebenden Araber seiner Meinung nach die jüdischen Siedler freudig begrüßen würden. In *Altneuland* machte er klar, dass dieser Staat nicht von allein, sondern nur durch eine enorme Willensanstrengung und jüdisches Wollen kommen würde. *Altneuland* hatte er zwar erneut unter das Motto gestellt: »Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen«, er stellte die Juden aber am Ende seines Romans vor die Alternative: »Wenn ihr aber nicht wollt, so ist und bleibt es ein Märchen, was ich euch erzählt habe.«

In der hebräischen Übersetzung heißt Altneuland Tel Aviv, der Frühlingshügel. 1909 nannten die Zionisten die erste von ihnen gegründete Stadt Tel Aviv.



Titelblatt von Herzls Roman *Altneuland*.

Ostern 1903 gab es das Pogrom im russischen Kischinew; an drei Tagen wurden hunderte Juden von russischen Christen erschlagen, Mädchen und Frauen vergewaltigt. Herzl fuhr nach Sankt Petersburg und verhandelte mit dem russischen Innenminister Plewe über Auswanderungsmöglichkeiten der Juden. Noch während der Gespräche machte die britische Regierung das Angebot, ein Gebiet in Uganda zur Verfügung zu stellen, was Herzl als »Zwischenlösung« akzeptieren wollte. Darüber kam es auf dem 6. Zionistenkongress im August 1903 zu einer heftigen Auseinandersetzung. Mit knapper Mehrheit – 295 Stimmen gegen 178 bei 132 Enthaltungen – wurde beschlossen, eine Delegation zur Erkundung nach Uganda zu schicken. Das Thema erledigte sich dann aber von selbst, als London das Angebot wegen Widerstands im eigenen Land

zurückzog. 1905 lehnte der Zionistenkongress auf seiner siebten Tagung den Uganda- Plan offiziell ab und bestand auf Palästina.

Durch seine rastlose Tätigkeit hatte Herzl seine Gesundheit ruiniert. Am 3. Juli 1904 starb er – 44-jährig – in Edlach an der Rax in Niederösterreich. Kurz zuvor hatte er seinem späteren Nachfolger folgenden Satz mit auf den Weg gegeben: »Macht keine Dummheiten, während ich tot bin.«

Für viele Juden, insbesondere in Osteuropa, war Herzl ein Prophet, dessen Ruf man folgte, auch und besonders nach dessen frühen Tod. Der 20-jährige David Grün aus Plonsk bei Warschau reagierte auf die Todesnachricht folgendermaßen: »Welcher Verlust! Und dennoch bin ich heute mehr denn je davon überzeugt, dass wir Erfolg haben werden. Ich weiß, dass der Tag kommen wird, an dem wir in unser wunderbares Land, in dieses Land voll Wahrheit, Poesie, Rosen und prophetischer Visionen zurückkehren werden.« Zwei Jahre später landete Grün in Jaffa. Hier gab er sich den hebräischen Namen Ben Gurion (»Sohn eines jungen Löwen«). 1915 wurde er ausgewiesen und verbrachte die nächsten drei Jahre in den USA; 1918 kehrte er als Mitglied der jüdischen Legion in der britischen Armee zurück – musste aber nicht mehr kämpfen. 1930 war er Mitbegründer der zionistisch-sozialistischen Arbeiterpartei Mapai, seit 1935 als Vorsitzender der Exekutive der *Jewish Agency* der führend Zionist, 1948 verkündete er die Unabhängigkeit Israels .

Die vergessene Frage

Seit dem Kongress in Basel war die dort gegründete Zionistische Weltorganisation (ZWO) aktiv. Es wurden eine jüdische Kolonisationsbank, ein Nationalfonds und eine Entwicklungsgesellschaft gegründet: alles mit dem Ziel, Land in Palästina zu kaufen und Juden anzusiedeln. Es ging von Anfang an darum,

dort eine jüdische Mehrheit zu schaffen. Die Formel für die »Heimstätte« lautete: »Ein Land ohne Volk [Palästina] für ein Volk ohne Land [Juden].« Dieses Land ohne Volk gab es nicht; in Palästina lebten damals etwa 500.000 Araber. Für die zionistische Bewegung waren die Juden die Nachfahren der Hebräer und sozusagen Ureinwohner Palästinas. Die dort lebenden Araber waren demnach illegal. Was sollte mit ihnen geschehen? Einer stellte sich das so vor: »Die eingesessenen Stämme entweder mit dem Schwert verjagen, wie das unsere Vorfahren getan haben, oder mit dem Problem kämpfen, das eine große, fremde Bevölkerung darstellt.«

Wie Herzl sich das vorstellte, notierte er in seinem Tagebuch: »Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern. Die besitzende Bevölkerung wird zu uns übergehen. Das Expropriationswerk muss – ebenso wie die Fortschaffung der Armen – mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen. Die Immobilienbesitzer sollen glauben, uns zu prellen, uns über den Wert zu verkaufen, aber zurückverkauft wird ihnen nichts.«

Bereits im Jahr 1907 wurde auf dieses Problem von einem anderen Juden in aller Deutlichkeit hingewiesen. In jenem Jahr veröffentlichte der bereits seit 1885 in Palästina lebende Pädagoge Ytzhak Epstein in der hebräischen Zeitung *Hashiloach* unter dem Titel »Die vergessene Frage« einen entsprechenden Aufsatz, der berühmt und später immer wieder zitiert wurde. Epstein wollte eine existenzielle, bis zu jener Zeit verdrängte oder vergessene Frage und die damit verbundenen Konsequenzen für die zionistische Bewegung ins kollektive Bewusstsein rufen. Er hatte u. a. geschrieben: »Unsere Aufmerksamkeit kreist um alle Fragen des Landes, alles diskutieren und debattieren wir, alles loben oder verfluchen wir, aber eine Kleinigkeit haben wir vergessen: in unserem gelobten Land gibt es ein ganzes Volk, das dort seit hunderten von Jahren wohnt und nie daran dachte, es zu verlassen. Es gibt eine Frage, die alle anderen

Fragen überwiegt – die Frage unserer Beziehung zu den Arabern. Von der Antwort auf diese Frage hängt die Verwirklichung unserer nationalen Hoffnung ab.« Und er hatte gewarnt, »einem anderen Volk Unrecht zu tun, und besonders einem großen Volk, dessen Hass auf uns sehr gefährlich werden kann«.

Epstein trug seine Warnung noch im selben Jahr auch dem 7. Zionistenkongress in Basel vor. Sie verhallte ungehört. Die eigentliche Antwort gab Ben Gurion 1937: »Palästina ist in unseren Augen nicht das Land seiner jetzigen Bewohner. Palästina muss und soll nicht die Frage beider Völker lösen, sondern nur die Frage eines Volkes, des jüdischen Volkes in der Welt.« Das war die alte Frage: Wem gehört(e) das Heilige Land? Kurz vor 1914 hatte der palästinensische Intellektuelle Ahmed al-Aaref geschrieben: »Das einzige Gesprächsthema der Bewohner Palästinas heutzutage ist der Zionismus. Alle haben Angst davor.« Der Konflikt war vorprogrammiert.

Der Erste Weltkrieg, Kaiser Wilhelm II. und die Juden in Palästina

Kaiser Wilhelm hatte sich bei seiner Orientreise 1898 zwar negativ über Palästina und die Zustände in Jerusalem geäußert, wurde aber, was lange Zeit nicht bekannt war, während des Ersten Weltkrieges zu einer Zeit des türkischen Genozids an den Armeniern zum Beschützer der jüdischen Siedlungen in Palästina. Es kam zu keinem Genozid an den Juden. Dabei ging es vor allem darum, wie es in einem Erlass der Reichsregierung im November 1915 hieß, »die öffentliche Meinung in der Welt günstig zu stimmen und vor allem die amerikanischen Juden in ihrer pro-deutschen Haltung zu stärken«.

Die deutsche Diplomatie erwies den deutschen Zionisten damals einen ungewöhnlichen Dienst, indem sie deren Vertretern in Palästina und Konstantinopel die Benutzung des amtlichen Codes der Auslandsvertretungen und des

Kurierwegs für ihre gegenseitige Kommunikation und den Verkehr mit dem Engeren Aktionscomitee in Berlin gestattete. Damit hatten zwar die Deutschen, nicht aber die Türken Einblick in den Nachrichtenaustausch der Zionisten. Und in Konstantinopel agierte von September 1913 bis Herbst 1917 der langjährige Chefredakteur der Wochenzeitung *Die Welt* als Vertreter der zionistischen Organisationen, Richard Lichtheim, der gute Beziehungen zur deutschen Botschaft unterhielt und Verbindungsmann der Organisation zur Botschaft der USA in Konstantinopel war.

Mit dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg im April 1917 – und der damit verbundene Schließung der US-Botschaft in Konstantinopel – wurde der deutsche Schutz für die Juden noch wichtiger. Deren von den Türken geplante Deportation aus Jaffa und Jerusalem, die für 30.000 von ihnen Hunger und Tod bedeutet hätte, fand nach Intervention Berlins nicht statt. Das Auswärtige Amt hatte den türkischen Geschäftsträger einbestellt und Botschafter Graf Bernstorff (der bis April Botschafter in Washington gewesen war) am 17. Oktober instruiert, es sei »zu befürchten, dass die öffentliche Meinung der ganzen Welt wieder in Aufruhr gerät, wobei das Zusammentreffen mit Kaiserbesuch [Wilhelm II. war im Oktober in Konstantinopel] natürlich als Beweis unserer Mitschuld oder Urheberchaft gedeutet werden wird«.

Die Antwort des Großwesirs Talaat Pascha war beruhigend: man werde den Juden nichts antun. In seinen »Erinnerungen« schreibt Bernstorff: »Talaat war bereit, mir alles zu versprechen, was ich wollte, wenn Palästina nach dem Kriege türkisch bliebe, aber er wiederholte immer wieder bei jeder Gelegenheit die Worte: Ich will gern Ihnen zuliebe das Nationalheim der Juden errichten, aber ich sage Ihnen, dass die Araber die Juden totschiagen werden.«

Richard Lichtheim beschrieb das später so: »Die jüdische Siedlung in Palästina hätte den Krieg nicht überstanden, wenn die deutsche Regierung nicht bereit gewesen wäre, [...] Schutzmaßnahmen zu treffen.«

Und Robert Welsch, vor seiner Auswanderung nach Palästina Chefredakteur der *Jüdischen Rundschau* in Berlin, schrieb dazu 1970 in Tel Aviv, Deutschland habe den damaligen Jischuv – die jüdischen Bewohner in Palästina – in einem überaus kritischen Moment gerettet, »ohne den eine Anknüpfung für die Weiterentwicklung nach dem Krieg nicht möglich gewesen wäre«.

Die Balfour-Deklaration

Der von Botschafter Bernstorff erwähnte deutsche Wunsch nach einem Nationalheim für die Juden ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund der Bemühungen der Entente, die Zionisten durch die Erfüllung ihrer Forderungen nach einem eigenen Staat in Palästina für sich zu gewinnen. Genau 14 Tage nach der Weisung des Auswärtigen Amts vom 17. Oktober 1917 reagierten die Briten. Am 2. November 1917 schickte der britische Außenminister Arthur James Balfour folgenden Brief an den Präsidenten der Zionistischen Föderation in Großbritannien, Lord Rothschild:

»Lieber Lord Rothschild, ich habe die große Freude, Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät die folgende Sympathieerklärung für die jüdisch-zionistischen Bestrebungen zu übermitteln. Sie hat dem Kabinett vorgelegen und wurde von ihm gebilligt.

Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird keine Mühe scheuen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei allerdings von der Voraussetzung ausgegangen wird, dass dabei nichts geschieht, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der in Palästina bestehenden nicht-jüdischen Gemeinden oder die Rechte und die politische Stellung



Israel Government Press Office, Jerusalem

Die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917.

der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung der Zionistischen Föderation zur Kenntnis bringen würden.
Ihr ergebener Arthur James Balfour.«

Diese so genannte Balfour-Deklaration ist ein Schlüsseldokument des 20. Jahrhunderts und ein Meilenstein in der Geschichte des Zionismus. Sie hat die Entwicklung im Nahen Osten bis heute geprägt. Worum ging es?

Damals wollten die Briten Palästina kontrollieren – nach heutigen Grenzen etwa das südliche Libanon, die syrischen Golanhöhen, Israel, Gaza, die Westbank und das westliche Jordanien (ca. 30 Kilometer östlich des Jordan), ganz Jerusalem.

Eine entsprechende Entscheidung traf das Kriegskabinett am 1. Mai 1917.

Die Zionisten in Großbritannien, angeführt von Chaim Weizmann, nutzten dies für ihre Ziele: Palästina als Staat für die Juden, so wie es der Zionistenkongress 1897 gefordert hatte. Weizmann war eine der überragenden Gestalten des Zionismus, damals zwar ein Staatsmann ohne Staat – er führte 1948 entscheidende Gespräche mit US-Präsident Truman und wurde 1949 der erste Präsident Israels –, aber er kann zu den eigentlichen Siegern des Ersten Weltkrieges gezählt werden. Geboren 1874 in Russland als Sohn einer wohlhabenden Familie war er 1892 nach Deutschland gegangen, hatte dort Chemie studiert, bevor er 1897 in die Schweiz ging, wo er 1899 an der Universität Freiburg promovierte. 1901 war er bereits Professor an der Universität Genf, bevor er dann 1904 an die Universität Manchester wechselte.

Der Erste Weltkrieg wurde für ihn zum Triumph. Ab 1916 leitete er das Forschungs- laboratorum der Britischen Admiralität und entwickelte ein Verfahren zur künstlichen Herstellung von Azeton, einem wichtigen chemischen Bestandteil von Sprengstoffen. Er war ein glühender Zionist und begnadeter Lobbyist und nutzte seine gesellschaftlichen Kontakte. Ihm gelang es, wichtige Persönlichkeiten in Großbritannien für die Idee des Zionismus und für die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina zu gewinnen. Außenminister Balfour, der an einer Stelle einmal behauptet hatte: »Ich bin ein Zionist«, bat Rothschild und Weizmann am 19. Juni 1917 um den Entwurf einer entsprechenden »Formel«.

Die Gründe auf britischer Seite für diesen Schritt waren vielfältig, wobei es primär um die Kontrolle des Landes zur Absicherung des Suezkanals ging. Wichtig war, die amerikanischen Juden zu gewinnen. Man hoffte, dass jene Juden, die Einfluss auf Präsident Woodrow Wilson hatten, ihn davon überzeugen konnten, die britische Besatzung Palästinas zu akzeptieren.

In den USA lebten damals etwa vier Millionen Juden. Die zionistische Bewegung erhielt dort während des Ersten Weltkriegs

großen Zulauf: die Mitgliederzahlen stiegen von 5000 auf 150.000. Einer der führenden Zionisten war Louis Brandeis, der 1917 als erster Jude überhaupt Mitglied des Obersten Gerichts in Washington geworden war. Präsident Wilson hatte schon damals eine Vorliebe für die Selbstbestimmung der Völker geäußert. Zionismus schien jetzt umso attraktiver, denn dies bedeutete auch jüdische Selbstbestimmung in Palästina, aus britischer Sicht der geeignete Deckmantel für eine britische Kontrolle des Gebiets, die Wilson ansonsten wohl als imperialistische Aktion der Briten nicht akzeptiert hätte.

Auch Frankreich befürwortete eine »Wiedergeburt der jüdischen Nation« in Palästina, wie der französische Außenminister Jules Cambon erkennen ließ. Würde man den Zionismus fördern, so eine weitere Überlegung auf britischer Seite, könnte das die russischen Juden dazu zu bringen, Russland zum Weiterkämpfen zu veranlassen. Möglicherweise wollte man auch einer deutschen Zusage an die Juden Mittel- und Osteuropas zuvorkommen, dort einen eigenen Staat zu errichten.

Weizmann legte einen Entwurf vor, wonach die britische Regierung »die Wiederherstellung Palästinas als Nationale Heimstätte des jüdischen Volkes« akzeptieren und sich verpflichten sollte, »ihr Bestes zu tun, die Erreichung dieses Ziels zu sichern«. Was damit gemeint war, war auch klar: ganz Palästina als jüdischer Staat. Den Arabern sollten zwar alle möglichen Garantien für kulturelle Autonomie gegeben werden, aber »der Staat muss jüdisch sein«.

In London stellte sich zunächst der für Indien zuständige Minister, Edwin Montagu, einziger Jude im Kriegskabinett, gegen eine solche Erklärung. Er fürchtete, dass bei einem möglichen Judenstaat die Stellung der assimilierten Juden gefährdet werden könnte. Für ihn waren die Juden keine Nation, und Palästina als »nationale Heimstätte« würde sie zu Fremden in jenen Ländern machen, in denen sie lebten. Wie solle er, so fragte er, mit den Indern verhandeln, wenn die britische Regierung öffentlich erklären würde, dass seine Heimat irgendwo in der Türkei liege?

Sir Alfred Milner, ebenfalls Mitglied des Kriegskabinetts, war zwar für eine Erklärung, wonach die britische Regierung die Errichtung einer Heimstätte für das jüdische Volk unterstütze – allerdings nur *in* Palästina. Es sollte darin mit Blick auf die Araber und die Sicherheit der eigenen politischen Interessen weder die Rede von Staatsbildung sein, noch dass eine solche Heimstätte *ganz* Palästina umfasse. Er bestand zudem auf Garantien für die in Palästina lebenden 500.000 Araber. George Curzon, wenig später Außenminister, wollte wissen, wie denn die Moslems in Palästina entfernt werden sollten, damit Juden dort einwandern konnten. Seiner Meinung nach hatte das Land nur für wenige Menschen Platz, und die 500.000 Moslems würden sich nicht damit zufrieden geben, »entweder von den jüdischen Einwanderern enteignet zu werden oder als simple Holzhacker und Wasserträger zu dienen«. Mark Sykes, Nahostexperte im Kabinett, sah das anders. Für ihn war klar, warum Palästina ein so wenig einladendes Land geworden war: Die Araber, »von Natur aus eine faule und träge Rasse«, hätten das Land einfach vernachlässigt. Bei entsprechendem Bemühen könne die Bevölkerung in sieben Jahren verdoppelt werden. Curzon widersprach: Seiner Meinung nach konnte Palästina auf diese Weise nicht weiterentwickelt werden. In jedem Fall sei es notwendig, die heiligen Stätten der Moslems und Christen in Jerusalem und Bethlehem weiter zu kontrollieren. Das würde bedeuten, dass die Juden keine Hauptstadt in Palästina bekommen würden.

Am 31. Oktober genehmigte das Kriegskabinett die oben zitierte Deklaration, die am 2. November an Rothschild geschickt wurde. Der letzte Halbsatz ging auf die Einwände von Montagu zurück, der vorletzte Absatz nahm Rücksicht auf Milners Einwände mit Blick auf die Zukunft der neunzigprozentigen Mehrheit der Araber in Palästina (etwa 500.000) gegenüber 50.000 Juden; es ging hier nur noch um deren bürgerliche und religiöse Rechte, was implizierte, dass die politischen Rechte für die Juden reserviert waren, sobald sie eine Mehrheit erreicht hatten. Dass die neunzigprozentige arabische Mehrheit dabei

als »nicht-jüdische Gemeinden« bezeichnet wurde, war bezeichnend. Obwohl die Deklaration nicht alle Wünsche der Zionisten erfüllte, schrieb Weizmann damals an Balfour: »Seit Kyros dem Großen hat es kein Bekenntnis mehr gegeben, das von größerer politischer Klugheit und nationaler Gerechtigkeit gegenüber dem jüdischen Volk geprägt war als diese denkwürdige Erklärung.«

Die »Osmanische Balfour-Deklaration«

Wilhelm II. wollte jetzt als Reaktion auf die britische Entscheidung eine entsprechende osmanische Deklaration. Am 9. Dezember 1917 hatten britische Truppen Jerusalem kampflos eingenommen, am 12. Dezember gab der Großwesir Talaat Pascha nach entsprechendem Druck aus Berlin dem Korrespondenten der *Vossischen Zeitung* ein Interview, in dem er erklärte, dass die Türkei der Wiederbesiedlung und Kolonisation Palästinas durch die Juden wohlwollend gegenüberstehe. Talaat sagte freie Einwanderung und Ansiedlung »in den natürlichen Grenzen der derzeitigen Aufnahmefähigkeit des Landes«, das Recht zur freien wirtschaftlichen Entwicklung und zur freien Entfaltung der jüdischen Kultur sowie einer lokalen Selbstverwaltung im Rahmen der bestehenden Gesetze zu. Eine politische Autonomie lehnte er ab. Am 5. Januar 1918 wurde eine Abordnung der zionistischen Organisation in Deutschland im Auswärtigen Amt empfangen und eine zur Veröffentlichung bestimmte Erklärung übergeben, in der es hieß: »Wir würdigen die auf Entwicklung ihrer Kultur und Eigenart gerichteten Wünsche der jüdischen Minderheit in den Ländern, in denen die Juden ein stark entwickeltes Eigenleben haben, bringen ihnen volles Verständnis entgegen und sind zu einer diesbezüglichen Unterstützung ihrer Anliegen bereit. Hinsichtlich der von der Judenheit, insbesondere von den Zionisten, verfolgten Bestrebungen in Palästina, begrüßen wir

die Erklärungen, die der Großwesir Talaat Pascha kürzlich abgegeben hat, insbesondere die Absicht der Kaiserlich Osmanischen Regierung, gemäß ihrer den Juden stets bewiesenen freundlichen Haltung die aufblühende jüdische Siedlung in Palästina durch Gewährung von freier Einwanderung und Niederlassung in den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes, von örtlicher Selbstverwaltung, entsprechend den Landesgesetzen, und von freier Entwicklung ihrer kulturellen Eigenart zu fördern.«

Der Nahostexperte Wolfgang Schwanitz spricht in diesem Zusammenhang von einem deutsch-britischen Wettlauf um die Gunst der Juden. Auf Druck Berlins gab der Großwesir am 12. August 1918 seine »Osmanische Balfour-Deklaration« (Schwanitz) ab, die inhaltlich so weit wie die Balfour-Deklaration ging. Der Osmanische Ministerrat verfügte am 6. September 1918, alle Schranken für die jüdische Einwanderung und Niederlassung aufzuheben; die jüdische Nation solle gleichbehandelt werden. Diese Erklärung ging mit dem Kaiser- und dem Osmanenreich unter.

Palästina wird britisches Mandatsgebiet

Auf der Suche nach Verbündeten während des Krieges verteilten die Briten zweimal die potentielle Beute, das Osmanische Reich. Zunächst wurden die Araber bedient. Berühmt ist die erst 1939 bekannt gewordene Korrespondenz zwischen dem britischen Hochkommissar in Ägypten, Sir Henry McMahon, und dem Sherifen von Mekka, Hussein, vom 24 Oktober 1915, in dem Großbritannien sich bereit erklärt hatte, »die Unabhängigkeit der Araber anzuerkennen« – bei deren Teilnahme im Krieg gegen die Türken. Acht Monate später erklärten die Araber der Türkei den Krieg. Legendär wurde hier der britische Verbindungsoffizier Thomas Edward Lawrence (»*Lawrence of Arabia*«). Die Briten erklärten später, der Sherif habe

seinen Anteil des Abkommens nicht erfüllt; es habe keinen all-gemeinen Aufstand gegeben. Es gab keine Unabhängigkeit der Araber. Tatsächlich war Großbritannien zu keinem Zeitpunkt bereit gewesen, ein Großarabisches Reich zu akzeptieren.

Das wird deutlich bei dem sogenannten Sykes-Picot-Abkommen, das der bereits erwähnte Marc Sykes, Nahostexperte im britischen Kabinett, und Francois Georges Picot, französischer Diplomat und Generalkonsul in Beirut, am 16. Mai 1916 im Auftrag ihrer jeweiligen Regierungen abgeschlossenen hatten. Darin waren die Interessensphären der beiden Mächte im Nahen Osten nach einer Niederlage des Osmanischen Reiches abgegrenzt und die »Beute« aufgeteilt worden. Das Abkommen war geheim und widersprach den Zusagen an die Araber. Und dann gab es noch die Balfour-Deklaration.

Auf der Friedenskonferenz in Paris fielen grundlegende Entscheidungen. Noch im Glauben an das Großarabische Reich schlossen Emir Faisal, der Führer der arabischen Delegation, und Chaim Weizmann als Vertreter der ZWO, am 3. Januar 1919, wenige Tage vor Beginn der Konferenz, eine Vereinbarung, in der an die »rassische Verwandtschaft sowie an die alten Bindungen« zwischen Arabern und Juden erinnert wurde. Da war die Rede von »Einvernehmen und gegenseitigem guten Willen« zwischen dem arabischen Staat und Palästina, deren endgültige Grenzen von einer Kommission festgelegt werden sollte. Die Araber waren offensichtlich bereit, einen jüdischen Staat zu akzeptieren. Handschriftlich ergänzte Faisal allerdings, das Abkommen werde nur gültig bei Verwirklichung der arabischen Unabhängigkeit.

Auf der Konferenz forderte Faisal von den Siegern genau das ein, während Weizmann als Sprecher der ZWO erstmals einen Plan für die »jüdische Heimstätte« vorlegte: ganz Palästina als jüdischer Staat. Er umfasste das heutige Israel plus Gaza, reichte im Norden bis nach Sidon, schloss die Golanhöhen ein, und reichte etwa 30 Kilometer östlich des Jordan bis an Amman heran. Auf eine Frage von US-Außenminister Robert Lansing machte Weizmann klar, wie die Zionisten sich

die Entwicklung in Palästina vorstellten: man wolle »Palästina so jüdisch machen, wie Amerika amerikanisch oder England englisch ist«. Wenn sie die Mehrheit hätten, würden sie eine entsprechende Regierung bilden.

Es gab kein Großarabisches Reich, das Faisal-Weizmann-Abkommen war damit hinfällig. Das Balfour-Abkommen war allerdings nach wie vor gültig, worauf die ZWO mit Nachdruck verwies, entsprechend aktiv wurde und jetzt Pläne unterstützte, Großbritannien das Mandat über Palästina zu übertragen.

Auf ihrer Konferenz in San Remo stellte der Oberste Rat der Alliierten im April 1920 das von den Briten eroberte Palästina denn auch zunächst unter britische Verwaltung. Am 24. Juli 1922 folgte der entscheidende zweite Schritt: der Völkerbund übertrug Großbritannien das Mandat über Palästina. In den Mandatstext, mehrheitlich von Zionisten in Paris entworfen, wurde explizit auf die Balfour-Deklaration Bezug genommen und für deren Verwirklichung Großbritannien verantwortlich gemacht. Damit wurde die Deklaration Völkerrecht, um mehrere Artikel erweitert, die festlegten, wie die Weiterentwicklung in Palästina von den Briten gehandhabt werden sollte. Unter anderem war eine angemessene jüdische Vertretung, die *Jewish Agency*, vorgesehen, die die Briten bei der Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte beraten und mit ihnen zusammenarbeiten sollte.

Nicht alle auf britischer Seite waren mit dem Mandatstext einverstanden gewesen. Außenminister Lord Curzon hatte Anfang 1920 unmissverständlich klargemacht: »Die Zionisten wollen einen jüdischen Staat mit Arabern als Holzfäller und Wasserträger. Das wollen auch viele Briten, die mit den Zionisten sympathisieren. [...] Das ist nicht meine Sicht der Dinge. Ich will, dass die Araber eine Chance haben, und ich will keinen Staat der Hebräer. [...] Da gibt es ein Land mit 580.000 Arabern und 30.000, oder möglicherweise 60.000 Juden (keinesfalls alles Zionisten). Für uns gilt das edle Prinzip der Selbstbestimmung, und wir beenden unsere Arbeit mit einem

wunderbaren Appell an den Völkerbund, und dann verfassen wir ein Dokument, das in jedem Paragraphen nach Jude stinkt und ganz klar wie die Verfassung eines jüdischen Staates aussieht.«

Mit Nachdruck hatte er sich auch gegen die dann in den Mandatstext aufgenommene Formulierung von der »Anerkennung der historischen Verbindung (historical connection) des jüdischen Volkes mit Palästina« gewehrt, denn »das wird zur Grundlage aller zukünftigen Forderungen gemacht. Ich für meine Person erkenne nicht an, dass die Verbindung der Juden mit Palästina, die vor 1200 Jahren zu Ende gegangen ist, ihnen was auch immer für einen Rechtsanspruch gibt.«

Am Ende hatte er den Text dennoch akzeptiert. Die Sieger waren, mit den Worten Balfours, »dem Zionismus verpflichtet. Und der Zionismus, möge er nun richtig oder falsch, gut oder schlecht sein, hat seine Wurzeln in den Traditionen der Vergangenheit, den Nöten der Gegenwart und den Hoffnungen der Zukunft, die von tieferer Bedeutung sind als die Wünsche und Vorurteile der 700.000 Araber, die jetzt dieses alte Land bewohnen. Ich glaube, das ist richtig. Was ich niemals verstanden habe, ist, wie es in Einklang gebracht werden kann.« Was von den Briten erwartet wurde, kam denn auch der Quadratur des Kreises gleich. Am Ende scheiterten sie.

Im selben Jahr, 1922, sah sich die britische Regierung nicht zuletzt aufgrund der Proteste in der arabischen Welt gegen das Mandat nochmals veranlasst, ihre Politik gegenüber den Zionisten in einem Weißbuch zu erläutern. Da hieß es:

- »1. Die jüdische nationale Heimstätte wird *in* Palästina errichtet, Palästina ist den Juden nicht als nationale Heimstätte gegeben worden.
2. Dem jüdischen Volk in seiner Gesamtheit ist das Recht verliehen worden, die nationale Heimstätte zu errichten.
3. Die jüdische Gemeinschaft im Lande ist, unterstützt durch die Bemühungen des gesamten jüdischen Volkes, kraft eigenen Rechtes und nicht aus Duldung in Palästina.«

Unabhängig davon ging Großbritannien von nun an nach dem Grundsatz »teile und herrsche« vor. Es hatte Transjordanien und ein Königreich Hedschas geschaffen (das 1932 mit dem Königreich Nadschid zum Arabisch-Saudischen Königreich vereinigt wurde) und an seine Spitze arabische Fürsten gestellt, es nutzte die Stammesstreitigkeiten unter den zum Teil in Blutrache lebenden Arabern genauso aus wie die Gegensätze zwischen diesen Arabern und den Juden. Jedenfalls lag es in Englands Interesse, Palästina möglichst lange in einem Zustand zu belassen, der die Unterstellung als Mandat begründet und die Entstehung eines selbstständigen freien Nationalstaates, wie ihn die Juden sich erhofften, so weit wie irgend möglich hinausschieben würde. Darum hatte es auch keinerlei Interesse daran, dass die von den Deutschen begonnene Bagdadbahn fertig gestellt wurde. »Der beste Schutz seines indischen Besitzes«, so analysierte es das deutsche Generalkonsulat in Jerusalem 1927, »ist vorerst immer noch das Fehlen einer Landverbindung dorthin.« Und ergänzend hieß es in diesem Bericht: »Betrachtet man das jüdische Siedlungsunternehmen auch von dieser Seite aus, so wird man folgern müssen, dass nicht damit zu rechnen ist, dass es sich rasch entwickeln wird.«

Die Krise des Zionismus: »Wir sitzen hier am Mittelmeer und haben keine Mittel mehr.«

1927 gab es denn auch eine erste schwere Krise des Zionismus. Seit 1919 waren etwa 60.000 Zionisten nach Palästina eingewandert, in der ersten Phase hauptsächlich aus Russland, wo im Zuge der Revolution 70.000 Juden umgekommen waren, in der zweiten Phase mehrheitlich aus Polen. In dieser Zeit häuften sich bereits die Zusammenstöße zwischen Juden und Arabern in Palästina. Schon 1920 waren acht Juden, 1921 bei Unruhen in Jaffa 47 Juden und 48 Araber getötet worden. Schon bald gab es noch andere Probleme.

Am 22. November 1927 informierte der deutsche Generalkonsul in Jerusalem, Erich Nord, das Auswärtige Amt in Berlin über die Lage der Juden in Palästina: »Weit über die Grenzen Palästinas hinaus und über die Kreise des Judentums hinaus ist die Welt erfüllt von dem Widerhall der furchtbarsten Krise, die seit einiger Zeit den Zionismus erschüttert.«

Worum ging es? Der Generalkonsul berichtete weiter: »Ergreifend ist das tragische Los zahlreicher Anhänger des Zionismus, die, vielfach aus reinstem Idealismus, ihrer Überzeugung zuliebe, ihr Geschick mit dem gelobten Land verbunden haben. Im tiefsten Elend verbringt eine große Reihe dieser eingewanderten Juden ihr Leben in den neu gegründeten Städten oder Landsiedlungen Palästinas. Nachdem sie schon Jahre hindurch sich mit dem kärglichsten Einkommen um der Idee und des hohen Zieles willen begnügt haben, müssen sie es jetzt erleben, dass ihnen die zionistische Exekutive einfach den Stuhl vor die Tür setzt. Die zionistische Beamtenschaft und die Lehrerschaft werden durch Massenentlassungen dezimiert. Die kleinen Handwerker und Händler aus den Einwandererkreisen schließen einer nach dem andern ihre Läden, sobald das von der Heimat mitgebrachte geringe Kapital aufgebraucht ist. Eine Flucht der Juden aus Palästina hat eingesetzt. Bezeichnend für die Situation in den beiden Zentren der zionistischen Judenschaft Palästinas, den Städten Tel Aviv und Afuleh, sind die Schlagworte, die von Mund zu Mund laufen. In Tel Aviv heißt es: ›Wir sitzen hier am Mittelmeer und haben keine Mittel mehr‹, und noch sarkastischer: ›Afuleh, die erste moderne jüdische Ruinenstadt Palästinas.««

Und weiter: »Wenn die Zionisten mit der ihnen eigenen Selbstironie das Wort geprägt haben: ›Palästina, das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten‹, so gestehen sie damit die Fehler ein, die sie bisher im Aufbauwerk begangen haben, dass viel zu groß und unter Verkennung der wirtschaftlichen Vorbedingungen einer den Verhältnissen des Landes angepassten Kolonisationsarbeit begonnen wurde. Aber diese

klare Selbsterkenntnis befähigt sie, die Fehlerquellen jetzt, wo es noch nicht zu spät ist, zu stopfen.«

Noch im selben Jahr rissen die führenden Zionisten das Ruder herum und bewältigten die Krise, nicht etwa, um zu retten, was zu retten war, sondern um eine neue Grundlage zu schaffen, auf der das Aufbauwerk – unter Mitwirkung der amerikanischen-jüdischen Finanzwelt – solider und lebenskräftiger als bisher fortgeführt werden konnte. Generalkonsul Nord berichtete nach Berlin: »Wer tiefer in die Geschehnisse hineinschaut, muss von Bewunderung erfüllt werden über deren Tatkraft und Energie.«

Die Juden errichteten 1929 offiziell die bereits im Mandatsvertrag vorgesehene *Jewish Agency*, die schon bald zu einer Art Parallelregierung in Palästina wurde. Sie vertrat offiziell die in Palästina lebenden Juden – den Jischuv –, und organisierte stärker als zuvor dessen wirtschaftliches, kulturelles und politisches Leben. Zusammenstöße zwischen Juden und Arabern häuften sich allerdings. Anstifter der antijüdischen Aktionen war der geistliche Führer der Moslems, Haj Amin al-Husseini, den die Briten zum Mufti von Palästina ernannt hatten und der sich schon bald selbst Großmufti nannte, was bedeutender klang. 1929 brachen die Konflikte offen aus, es kam zu schweren Unruhen. Husseini sprach vom Heiligen Krieg, der in Jaffa, Hebron und Safed, aber auch in anderen Orten, geführt wurde. In Jaffa verhängten die Briten am 28. August den Belagerungszustand und eine nächtliche Ausgangssperre. Im arabischen Teil Jerusalems wurde regelrecht Jagd auf Juden gemacht, während in den jüdischen Stadtteilen die mit Knüppeln, Eisenstangen und Steinen bewaffneten Juden wahllos jeden Fellachen auf offener Straße niederschlugen. Die Stadt war in vollem Aufruhr, es gab Schießereien, Mord und Brandstiftung. Insgesamt wurden 133 Juden und 116 Araber getötet.

Die britische Regierung setzte eine Untersuchungskommission ein. In deren abschließenden Bericht wurden zwar die Araber für die Massaker verantwortlich gemacht, aber gleichzeitig auch Verständnis für sie geäußert. Deren



Israel Government Press Office, Jerusalem (Eric Matson)

Britische Soldaten im jüdischen Viertel der Altstadt von Jerusalem. Im Hintergrund der Felsendom.

Reaktion sei die Folge enttäuschter nationaler Aspirationen und Befürchtungen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Zukunft wegen Landkäufen und Verlust ihrer Existenzgrundlage. Die Juden hätten kein Verständnis für die zweiseitige Verantwortlichkeit der britischen Verwaltung und ebenso wie die Araber »wenig Kompromissbereitschaft« gezeigt. Großbritannien habe gleich große Verpflichtungen gegenüber Juden und Arabern. Für neue Siedler stehe kein Land mehr zur Verfügung, mit Ausnahme jener Gebiete, die sich bereits im Besitz der *Jewish Agency* befänden. In einem Weißbuch wurde der britischen Regierung erstmals eine drastische Begrenzung der Einwanderung und des Landerwerbs durch Zionisten empfohlen.

Die Zionisten waren empört. Entsprechend lautete ihre Reaktion: »Gott schütze mich vor Kommissionen – vor Pogromen kann ich mich selbst schützen.« Für Chaim Weizmann war klar: »Das Weißbuch zielt darauf ab, unsere Arbeit in Palästina unmöglich zu machen.« Es herrschte der allgemeine Eindruck vor,

als ob die Errichtung der zugesagten jüdischen Heimstätte mit Blick auf Großbritannien mehr oder weniger abgeschlossen sei oder als ob jede weitere Entwicklung von der Zustimmung der Araber abhinge. Nach massiven Interventionen der Zionisten wurde die Weißbuch-Empfehlung in einem Brief des britischen Premierministers Ramsay MacDonald an Weizmann im Februar 1931 dann allerdings relativiert. MacDonald bestätigte im Prinzip das, was im Völkerbundmandat festgeschrieben worden war. Die Araber nannten dieses Schreiben nicht zu Unrecht den »schwarzen Brief«. Weizmann und seine Kollegen hatten ihn entworfen, MacDonald nur noch unterschrieben. Unabhängig davon verschärfen sich die Gegensätze zwischen Juden und Arabern von Tag zu Tag, trotz der durch Englands Militär- und Polizeimacht künstlich aufrechterhaltenen äußeren Ruhe und Ordnung.

Die Peel-Kommission, Teilung Palästinas und der arabische Aufstand

Seit der Machtübernahme der Nazis in Deutschland 1933 verließen immer mehr Juden das Land in Richtung Palästina. Ben Gurion kommentierte das 1934 so: »Die Einwanderungswelle hat dem Zionismus Segen gebracht. Wir wissen, wenn den Massen das Wasser nicht bis zum Halse gestiegen wäre, so wären sie nicht ins Land gekommen.« In den folgenden Jahren verschärfen sich in Palästina die Spannungen im Zusammenhang mit der zunehmenden Einwanderung von Juden aus Deutschland (und nach dem »Anschluss« 1938 auch aus Österreich). Die Araber selbst begrüßten die Entwicklung in Nazi-Deutschland. Dass die starke jüdische Einwanderung mit der Politik Nazideutschlands zusammenhing, schien ihnen nicht einzuleuchten, wie der deutsche Generalkonsul in Jerusalem notierte: »In ihrer Bewunderung für Deutschland und seinen Führer kommen die Araber gar nicht auf den für ein in

politischen Dingen noch vielfach primitives Volk nahe liegenden Gedanken, Deutschland für die verstärkte jüdische Einwanderung nach Palästina gewissermaßen verantwortlich zu machen.«

Die Araber sahen sich schon bald als Verlierer. Der Großteil von ihnen lebte zwar auf dem Land, aber in den Städten sah es zum Teil erschreckend aus; dort waren viele von ihnen zu Proletariern geworden. In einem Bericht aus Haifa heißt es, 11.160 von ihnen lebten in 2500 Hütten aus Benzinkanistern. Nachdem die Balfour-Deklaration den Juden die Pforte Palästinas geöffnet hatte, begannen sich die Zionisten häuslich im Land einzurichten, ohne auf die Gefühle der seit vielen Jahrhunderten bodenständigen, überwiegend arabischen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Sie hielten sich, oftmals in völliger Verkennung der realen Verhältnisse, für die Beglückter des Landes, während die Araber für die Verbesserung der Bodenbearbeitung und für industrielle Betätigung wenig Verständnis hatten und die europäischen Kulturerrungenschaften im Grunde ihres Herzens verachteten. Dabei legte alles, was sich bei den Arabern zur Oberschicht und zur sogenannten Intelligenz zählte – und zumeist in Amman und auch sonst weit weg vom Geschehen lebte – Gewicht darauf, seine antizionistische Einstellung zu betonen, aber anders handelte. Der deutsche Generalkonsul kommentierte deren scheinheiliges Verhalten so: »Sie können sich nicht genug tun in immer wiederholten Protesten gegen jüdische Einwanderung, jüdische Landverkäufe, jüdisches Kapital und was ihnen sonst noch einfällt; und am lautesten schreien diejenigen, die selbst verkauft und ihr Schäflein ins Trockene gebracht haben.«

1936 rief das neugewählte Arabische Hochkomitee unter Führung von al-Husseini zum Generalstreik bis zum nationalen Sieg auf. Es war zunächst ein Aufstand gegen die Juden. Es kam erneut zu Massakern in Jaffa, bei denen 15 Juden ermordet, Orangenhaine abgeholzt, Läden und Fabriken zerstört wurden. Am 1. Mai 1936 wurde der Aufstand auch gegen die Briten erweitert; es war jetzt ein »Heiliger Krieg für das Heilige

Land.« London schickte 20.000 Soldaten und sorgte für »Ruhe und Ordnung«. König Ibn Saud von Saudi-Arabien, König Ghazi vom Irak und Emir Abdullah von Transjordanien vermittelten im Oktober ein Ende des Aufstands, der 38 Briten, 80 Juden und 145 Arabern das Leben gekostet hatte. Als eine Art »Belohnung« für die Vermittlung reduzierten die Briten von Oktober 1936 bis März 1937 die Zahl der Einreisebewilligungen für Juden auf 1800. Das waren nur noch 17 Prozent der von der *Jewish Agency* geforderten Quote von 11.200. Gleichzeitig setzten sie erneut eine Untersuchungskommission ein, diesmal unter Leitung von Lord William Peel.

Dessen Bericht lag am 7. Juli 1937 vor. Das Ergebnis war eindeutig: erstmals wurde die Teilung Palästinas in zwei Staaten vorgeschlagen, da das Palästina-Mandat nicht durchführbar sei. Der Bericht sprach von einem unüberwindlichen Konflikt zwischen Juden und Arabern; sie könnten möglicherweise lernen, in Palästina zusammenzuleben und zu arbeiten, wenn sie eine echte Anstrengung machen wollten, ihre nationalen Ideale miteinander zu versöhnen und zu verbinden und so mit der Zeit ein gemeinsames, zweigestaltetes Staatsvolkstum aufzubauen, »aber,« so Lord Peel, »hierzu sind sie nicht imstande. Die trennende Macht der Umstände in Palästina wächst von Jahr zu Jahr. Da jede Gemeinschaft überdies anwächst, vertieft sich die Rivalität zwischen beiden. Jeder intelligente Araber und Jude ist gezwungen zu fragen: wer wird schließlich in Palästina regieren? Es ist ein Fall Recht gegen Recht, eine Situation, die nur durch die Teilung Palästinas in zwei unabhängige Staaten, einen arabischen und einen jüdischen, gelöst werden kann.« Er schlug einen relativ kleinen Staat für die Juden und einen größeren für die Araber vor; Großbritannien sollte allerdings weiter als Mandatsmacht strategisch wichtige Plätze und die heiligen Stätten in Jerusalem kontrollieren. Allgemein war vom »Dreiteilungsplan« die Rede.

Der jüdische Staat würde demnach etwa 20 Prozent von Palästina ausmachen und den nördlichen Bereich Galiläas bis

südlich von Nazareth und die Gebiete von der libanesischen Grenze bis südlich von Jaffa erhalten (Jaffa sollte allerdings Arabisch bleiben). Für die Araber war der Rest des Gebietes vorgesehen. Als Entschädigung für den Verlust jenes Territoriums, das von den Arabern als das ihre angesehen wurde, sollte der arabische Staat eine jährliche Subvention vom jüdischen Staat bekommen. Für Peel war klar: »Eine drastische Operation ist notwendig. Kein ehrlicher Arzt kann hier bloß Aspirin und eine Wärmflasche empfehlen.«

Die Zionisten reagierten zunächst zurückhaltend. Auf dem 20. Zionistenkongress in Zürich im August 1937 sprach sich dann aber eine Mehrheit für die Annahme des Plans aus, nachdem Ben Gurion klargemacht hatte, dass kein Stück Land aufgegeben werde, der Plan aber möglicherweise der beste Weg sei, um das angestrebte Ziel – einen größeren Judenstaat – zu erreichen. Das wichtigste aber sei, dass man einen unabhängigen Staat bekommen würde, der unbeschränkt Juden aufnehmen könne, was angesichts der Entwicklung in Deutschland immer wichtiger werde.

Die Araber lehnten den Plan sofort ab. Der für sie vorgesehene Staat würde zwar 80 Prozent von Palästina umfassen, aber den fruchtbarsten Teil sollten die Juden erhalten. Bei dem vorgesehenen Bevölkerungstransfer hätten 250.000 Araber, die in Galiläa wohnten, das Land verlassen müssen, umgekehrt nur etwa 2000 Juden. Man könne nicht leugnen, so der deutsche Generalkonsul in Jerusalem, Walter Döhle, dass der Plan »zugunsten der Juden ausgefallen ist, und muss feststellen, dass der jüdische Einfluss in London sich als sehr stark erwiesen hat«.

Ein arabischer Kongress im September 1937 in Bludan in Syrien rief die Araber zu vereintem Widerstand gegen das sogenannte Weltjudentum und dessen Absichten auf, einen Staat in Palästina zu errichten. Von nun an war Palästina nicht mehr nur eine Angelegenheit der Araber in Palästina, sondern eine Angelegenheit *aller* Araber. Die Teilung Palästinas blieb aber von nun an eine Option.

Interessant ist auch die Einstellung des dritten Players der damaligen Zeit, Emir Abdullah von Transjordanien, der den Plan nicht abgelehnt hatte. Gegenüber dem deutschen Generalkonsul in Jerusalem meinte er am 13. September 1937: »Ich sehe die große Gefahr darin, dass der geplante Judenstaat mindestens in den ersten Jahren starke dynamische Expansionskräfte in sich tragen muss, die zu einer erheblichen Beunruhigung des arabischen Raumes führen werden. Doch ist diese Lösung immer noch besser als ein Fortdauern des jetzigen Zustandes, der notwendig dazu führen wird, dass sich in wenigen Jahren ganz Palästina in den Händen der Juden befindet. Der englische Teilungsvorschlag hat wenigstens zur Folge, dass die jüdischen Ansprüche auf Palästina zum ersten Male eine räumliche Begrenzung erhalten.«

Fast gleichzeitig begannen die Araber mit der zweiten Phase ihres Aufstands. Erstmals richtete sich der Kampf jetzt auch gegen britische Regierungsbeamte. Ende September wurde der amtierende Distriktkommissar von Galiläa ermordet. Der Großmufti flüchtete daraufhin in den Libanon und dann in den Irak. In den folgenden Wochen und Monaten durchstreiften bewaffnete arabische Banden das Land und kontrollierten schon bald Verbindungswege und sogar ganze Städte. Seite an Seite mit den Briten agierte jetzt die jüdische paramilitärische Selbstverteidigungsorganisation Haganah (hebr. »Verteidigung«), der erlaubt worden war, sich zu bewaffnen. Unter dem Kommando des schottischen Offiziers Orde Charles Wingate wurden gemischte britisch-jüdische Spezialeinheiten gebildet, die zwar vordergründig die 1935 fertig gestellte Pipeline der Iraq Petroleum Company mit Endpunkt Haifa schützen sollte, die aber in erster Linie gegen die arabischen Rebellen kämpften. Sie drangen nachts in arabische Dörfer ein (»*special night squads*«) und sprengten Häuser von Familien, die verdächtigt wurden, Aufständische zu unterstützen.

Für einige Zionisten war die Haganah als »britische Hilfspolizei« allerdings zu wenig. 1937 spaltete sich eine Gruppe ab und begann als Irgun Z'vai Le'umi (Nationale

Militärorganisation, IZL, Etzel oder auch Irgun) – später unter Führung von Menachem Begin – eigene Operationen. Ihre Terrorangriffe richteten sich gegen arabische Busse, Cafés, Märkte und andere öffentliche Plätze. Allein innerhalb von drei Wochen im Jahr 1937 töteten sie auf Märkten 77 Araber.

Als die Briten versuchten, die Aktivitäten der Irgun einzuschränken und eines ihrer Mitglieder hängten, gab Ben Gurion, inzwischen Vorsitzender der *Jewish Agency*, die Losung aus: »Nicht mehr die Briten länger unterstützen, sondern unsere eigene Militärmacht aufstellen, damit wir, wenn nötig, gegen sie antreten können.«

Der Aufstand der Araber gegen die Briten war offensichtlich erfolgreich. Im September 1938 hieß es in einem Bericht des deutschen Generalkonsulats: »Im ganzen Land herrscht praktisch Anarchie. Von einer auch nur einigermaßen normalen Verwaltung kann nicht mehr die Rede sein.« Den Arabern sei es gelungen, »mehr oder weniger das gesamte arabische Volk Palästinas auf ihre Seite zu ziehen. Die Mittel, die angewandt wurden, um dieses Ziel zu erreichen, waren entsprechend dem orientalischen Charakter und dem Fanatismus der Aufständischen oft recht grausam, denn es wurde nicht nur mit der Waffe der Propaganda, sondern in weitem Umfang mit schärfstem persönlichen Terror gearbeitet, der vor Fememorden nicht zurückschreckte. [...] Jeder, der sich nicht rückhaltlos auf die Seite der Kämpfer für die Freiheit Palästinas stellte, sondern im Verdacht stand, den Engländern in die Hände zu arbeiten, [...] verfiel dem Femespruch der Aufständischen und wurde ermordet.« So wurden in der Nähe von Jaffa zwei ermordete Araber gefunden, »von denen einem das Herz aus dem Leibe gerissen und dem zweiten die Kehle durchschnitten und die Zunge durch die Kehle gezogen war. Beiden war ein Zettel mit der Inschrift angeheftet: ›So behandeln wir die Verräter der nationalen Sache.«

Das Fazit lautete: »Die Aufständischen können heute mit Recht behaupten, dass sie nicht fanatische Einzelgänger, sondern Träger einer Volksbewegung sind.« Die Briten gingen

zwar mit massiver Gewalt vor – allein in Jenin wurden 100 Häuser gesprengt, es gab permanent nächtliche Ausgangssperren –, aber letztlich ohne großen Erfolg. Eine Änderung der Lage konnte nur durch eine politische Entscheidung in London erfolgen, wobei eine endgültige Lösung, so das Generalkonsulat, »auf einer Linie erfolgen muss, die den berechtigten Ansprüchen der Araber in größerem Umfang als bisher vorgesehen Rechnung trägt«.

Das britische Weißbuch: Kein Judenstaat

Diese Lösung kam Anfang 1939. Nachdem die Briten die Altstadt von Jerusalem zurückerobert hatten und dort Ruhe eingetreten war, streckten sie Fühler zu den Arabern aus. Das bedeutete auch das Ende einer möglichen Teilung Palästinas und damit das Ende eines jüdischen Staates. Entscheidend dafür war die Entwicklung in Europa, wo ein Krieg offensichtlich immer näher rückte. Das Foreign Office in London war von Anfang an gegen den Peel-Plan gewesen und stellte nun klar: »Die Auswirkungen, die ein mit den Feinden Großbritanniens verbündeter Naher Osten auf Europa hat, sind gravierender als jedes Argument für eine Teilung Palästinas.« Und die Militärs ergänzten: »Es geht darum, die Araber in Palästina und in den Nachbarstaaten vollständig für uns zu gewinnen. Britische Truppen werden in Europa gebraucht, nicht im Nahen Osten.«

Der neue britische Kolonialminister Malcolm MacDonald lud für Februar 1939 Vertreter aus Ägypten, dem Irak, Saudi-Arabien, Transjordanien und dem Jemen sowie der *Jewish Agency* und Zionisten aus den USA und Großbritannien nach London ein. Die Irgun war alarmiert und reagierte auf ihre Weise: Am 27. Februar starben 38 Araber in einer Serie von Bombenattentaten in Palästina. In London weigerten sich beide Delegationen, überhaupt miteinander zu sprechen. Premierminister Neville Chamberlain traf dann beide

separat – ohne Ergebnis. Um die Freundschaft der Araber zu gewinnen, so der britische Außenminister Edward Halifax am 8. März, müsse die definitive Zahl jüdischer Einwanderer festgelegt werden. Chamberlain sprach sich mit Rücksicht auf die amerikanische öffentliche Meinung für 100.000 aus; man einigte sich dann in Beratungen mit den Arabern auf 75.000 für die nächsten fünf Jahre. Chamberlain meinte eher zynisch; »Wenn Großbritannien schon jemanden beleidigen muss, dann die Juden, nicht die Araber.«

Am 17. Mai wurde die neue Politik Londons in einem Weißbuch veröffentlicht. Es war das Ende der bisherigen britischen Politik in Palästina. Angesichts der weltpolitischen Entwicklung war die Balfour-Deklaration für Großbritannien zur Belastung geworden. Jetzt verkündete die britische Regierung »unzweideutig, dass es nicht ihre Politik ist, aus Palästina einen jüdischen Staat werden zu lassen«. Als Ziel wurde die Errichtung eines »unabhängigen Palästina-Staates innerhalb von zehn Jahren« genannt, in dem Araber und Juden gemeinsam leben sollten. Für die nächsten fünf Jahre sollten nur noch insgesamt 75.000 Juden einwandern dürfen; danach würde es keine jüdische Einwanderung mehr geben, es sei denn, die Araber Palästinas wären damit einverstanden, wovon nicht auszugehen war. Weiter hieß es: »Die britische Regierung ist entschlossen, die illegale Einwanderung zu verhindern, der Hochkommissar erhält Vollmachten, den Landverkauf zu verbieten und zu steuern.«

Mit Großbritannien würde es demnach keinen Judenstaat geben. Für Weizmann war das Weißbuch »Verrat an den Juden«, für Ben Gurion der »größte Verrat, den die Regierung eines zivilisierten Volkes in unserer Generation begangen hat. Er ist mit der Kunstfertigkeit von Experten für Hinterlist und vorgetäuschte Rechtschaffenheit formuliert und erläutert worden.« Und er gab er die Parole aus: »Für uns gibt es kein Weißbuch, und kann es auch gar nicht geben. Wir müssen so handeln, als ob *wir* der Staat in Palästina wären, bis wir tatsächlich einen Staat in Palästina haben.«

Bis dahin aber schien es noch ein weiter Weg zu sein. Die Entwicklung in Europa wies in Richtung Krieg. Auf dem 21. Zionistenkongress in Genf vom 16. bis zum 25. August 1939 war Deutsch zum ersten Mal nicht mehr offizielle Konferenzsprache. Das Schlusswort des Vorsitzenden Weizmann war geradezu prophetisch: »Finsternis umgibt uns. Wenn wir, wie ich hoffe, überleben und unsere Arbeit fortsetzen können, wer weiß, vielleicht wird ein neues Licht aus der Finsternis kommen. Es gibt einige Dinge, die gewiss eintreten werden. Dinge, ohne die man sich die Welt nicht vorstellen kann. Die übrigen werden weiterarbeiten, weiterkämpfen, weiterleben bis zur Morgenröte einer besseren Zeit. Diese Morgenröte vor Augen entbiete ich Ihnen meinen Gruß. Mögen wir in Frieden wieder zusammenkommen.«

Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle: »Tiefe Bewegung erfasst den Kongress. Dr. Weizmann umarmt seine Kollegen auf dem Podium. Viele haben Tränen in den Augen, hunderte Hände strecken sich Weizmann entgegen, als er den Saal verlässt.« Und als der Krieg ausbrach, erklärte Ben Gurion: »Dieser Krieg ist auch unser Kampf. Wir werden gemeinsam mit England gegen Hitler kämpfen, als gäbe es kein Weißbuch, und wir werden das Weißbuch bekämpfen, als gäbe es keinen Krieg.«

Die Gründung

Das Biltmore-Programm

Die Zionisten verlagerten von nun an ihre Aktivitäten in die USA, von wo sie Hilfe und Unterstützung erwarteten. Von überragender Bedeutung für die weitere Entwicklung wurde die außerordentliche Zionistenkonferenz, die auf Antrag von Ben Gurion vom 9. bis 11. Mai 1942 im Hotel Biltmore an New Yorks Madison Avenue stattfand, zu einem Zeitpunkt, als bereits detaillierte Informationen über die Vernichtungspolitik der Nazis vorlagen. So hatte die *New York Times* am 1. März 1942 berichtet, dass die Vernichtung der Juden in Polen systematisch durchgeführt würde. Dieses Wissen gilt es zu bedenken mit Blick auf diese Konferenz, an der 600 Delegierte, mehrheitlich aus den USA und Kanada, 67 aus anderen Ländern, drei aus Palästina, teilnahmen. Die dort am Ende der Konferenz verabschiedete Erklärung ist als Biltmore Programm in die Geschichte eingegangen und gilt als wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum jüdischen Staat.

Darin wurde zunächst noch einmal die Aufbauarbeit der jüdischen Einwanderer in Palästina ausdrücklich gewürdigt: »In unserer Generation und insbesondere im Laufe der letzten zwanzig Jahre hat das jüdische Volk seine alte Heimat erweckt und verändert; Von 50.000 am Ende des letzten Krieges ist ihre Zahl auf über 500.000 gestiegen. Sie haben die Brachflächen fruchtbar gemacht und die Wüste zum Blühen gebracht.«

Dann kam der entscheidende Punkt mit der Forderung nach einem jüdischen Staat: »Die Konferenz erklärt, dass die neue

Weltordnung, die dem Sieg folgen wird, nicht auf den Grundlagen von Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit errichtet werden kann, bevor nicht das Problem der jüdischen Obdachlosigkeit endgültig gelöst ist. Die Konferenz drängt darauf, die Tore Palästinas zu öffnen; dass die *Jewish Agency* die Kontrolle über die Einwanderung nach Palästina und die notwendige Autorität für den Aufbau des Landes einschließlich der Entwicklung seines unbesetzten und unkultivierten Landes besitzt; und dass Palästina als jüdisches Commonwealth etabliert wird, das in die Struktur der neuen demokratischen Welt integriert ist. Dann und nur dann wird das uralte Unrecht gegenüber dem jüdischen Volk korrigiert.«

Neben dem Wissen um die Judenvernichtung hatte bei den Beratungen im Biltmore Hotel auch ein Ereignis eine Rolle gespielt, das nur wenige Wochen zuvor geschehen war und die Delegierten zutiefst erschüttert hatte. Es ging um die *Struma*, ein seeuntüchtiger Viehfrachter mit Platz für höchstens 100 Passagiere. Das Schiff war am 12. Dezember 1941 von Konstanza am Schwarzen Meer mit 791 jüdischen Flüchtlingen an Bord, davon die Hälfte Frauen und Kinder, mit Ziel Palästina ausgelaufen. Nach mehreren Motorschäden wurde sie schließlich am 16. Dezember in den Hafen von Istanbul geschleppt. Die Briten verweigerten wegen fehlender Visa die Einreise der Flüchtlinge in Palästina, die Türken wollten sie nicht ins Land lassen – trotz katastrophaler Zustände an Bord. Am 24. Februar 1942 wurde die *Struma* nach Intervention aus London aufs offene Meer zurückgeschleppt, wo sie am nächsten Tag zum »Todesschiff« wurde: ein sowjetisches U-Boot torpedierte sie. Das Schiff sank; es gab nur einen Überlebenden. Diese Tragödie bestärkte die meisten Juden in der Auffassung, dass die Briten ihre Feinde waren und ihr Leben ohne einen eigenen Staat nur wenig wert war.

In seiner ersten Rede als Ministerpräsident erwähnte Menachem Begin diese Katastrophe 1977 in der Knesset. In Yad Vashem, der Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem, wird seitdem auch die Geschichte der *Struma* dokumentiert und damit den NS-Verbrechen gleichgestellt.

Das Biltmore-Programm war eine offene Kriegserklärung an die Adresse der Briten für die Zeit nach dem Krieg. Das Weißbuch von 1939 galt nicht mehr, jetzt wurde die unbeschränkte jüdische Einwanderung nach Palästina gefordert. Ben Gurion sprach von einer Million (nachdem er zuvor einmal vier Millionen genannt hatte). Und bei »Commonwealth« wusste jeder, was gemeint war: ein jüdischer Staat. Für die Zionisten galt von nun an: Palästina als jüdischer Staat, und nicht mehr wie in der Balfour-Deklaration eine »nationale Heimstätte in Palästina«. Die Botschaft war eindeutig.

US-Präsident F. D. Roosevelt als neue Hoffnung

Zunächst forcierte der Katholik Robert F. Wagner, demokratischer Senator für New York und Vorsitzender des *American Palestine Committee*, die Arbeit dieses Komitees, dem schon bald zwei Drittel des US-Senats und 200 Mitglieder des Repräsentantenhauses angehörten. In öffentlichen Veranstaltungen wurde auf das bedauernswerte Schicksal der Juden in Europa hingewiesen. Eine *National Conference on Palestine* forderte im März 1944 ganz im Sinne des Biltmore-Programms die unbeschränkte Einwanderung der Juden nach Palästina und die Errichtung des erwähnten Commonwealth.

Bei den amerikanischen Entscheidungen der folgenden Jahre mit Blick auf die Gründung Israels 1948 spielten dann innenpolitische Überlegungen in den USA eine überragende Rolle. Es gab nun einmal fast 4,6 Millionen jüdische Wähler in den USA und nur 100.000 arabische. Das wurde schon bei der Präsidentenwahl am 7. November 1944 deutlich. Drei Wochen vor der Wahl gab US-Präsident Roosevelt Wagner seine Zustimmung zu folgender Aussage über Palästina im Wahlprogramm der Demokratischen Partei: »Ich weiß, wie lange und wie heftig das jüdische Volk für die Errichtung eines freien und demokratischen jüdischen Gemeinwesens in Palästina

gearbeitet und gebetet hat. Ich bin davon überzeugt, dass das amerikanische Volk dieses Ziel unterstützt, und im Falle meiner Wiederwahl werde ich mich für seine Verwirklichung einsetzen.«

Bei dem berühmten Treffen zwischen Roosevelt und den saudi-arabischen König Ibn Saud am 14. Februar 1945 auf dem Schweren Kreuzer USS *Quincy* im Suezkanal sprach der Präsident das Thema Palästina und die Einwanderung der Juden an. Habe seine Majestät einen Ratschlag, fragte Roosevelt? Der hatte einen, und der war eindeutig, und den konnte man auch sonst oft im Nahen Osten hören: Die Juden sollten in die Länder zurückgehen, von wo sie vertrieben worden seien. Und weiter: »Was haben die Araber den Juden in Europa getan? Es waren die christlichen Deutschen, die ihnen Heim und Leben genommen haben. Die Deutschen sollen zahlen.« Die Araber würden niemals mit den Juden in Palästina zusammenarbeiten und lieber sterben, als ihnen dort Land geben. Er hoffe, dass die USA die Araber unterstützen würden. Roosevelt gab daraufhin die später oft zitierte Versicherung ab, er werde die Juden niemals auf Kosten der Araber unterstützen; es werde keine feindliche Aktion gegen die Araber geben, und mit Blick auf Palästina werde nichts geschehen ohne vollständige und vorherige Konsultation sowohl mit den Juden wie mit den Arabern. Am 10. März wies Ibn Saud in einem Schreiben an Roosevelt auf den »Kern der Angelegenheit« hin; der bestehe darin, »dass die Bildung eines jüdischen Staates in Palästina ein tödlicher Schlag gegen die Araber und eine ständige Bedrohung des Friedens sein wird«.

Roosevelts Zusage mit Blick auf Palästina führte denn auch in Washington zu einem Dilemma, auf das der demokratische Abgeordnete des Repräsentantenhauses aus Brooklyn, Emmanuel Celler, den Präsidenten nach seiner Rückkehr hinwies. Er warf Roosevelt am 18. März öffentlich vor, das Wagner gegebene Versprechen gebrochen zu haben und erinnerte ihn daran, dass eine Million Juden in Brooklyn lebten, ohne deren Unterstützung er die Wahl im November 1944 verloren hätte.

Vier Tage später reagierten die Araber öffentlich. Am 22. März 1945 gründeten Ägypten, Irak, Libanon, Saudi-Arabien, Syrien, Transjordanien und Jemen in Kairo die Arabische Liga – mit Palästina als gleichberechtigtem Mitglied. Ihr Programm war eindeutig. In einer Erklärung hieß es, dass die Arabische Liga »niemandem in dem Bedauern über die Leiden nachsteht, die den Juden Europas durch europäische Diktaturen zugefügt wurden. Aber die Angelegenheit dieser Juden sollte nicht mit dem Zionismus verwechselt werden, denn es kann kein größeres Unrecht und keine größere Aggression geben, als wenn das Problem der Juden Europas durch ein anderes Unrecht gelöst wird, indem den Arabern Palästinas unterschiedlicher Religion und Konfession Unrecht getan wird.« Werde das dennoch geschehen, werde damit die gesamte Sicherheit und Stabilität des Nahen Ostens gefährdet.

Einen Tag später schrieb Ibn Saud an Roosevelt, die Zionisten würden eine Art Nazifaschismus in jenen arabischen Ländern betreiben, die während des Krieges an der Seite der Alliierten gestanden hätten. Jüdische Immigranten in ein Land zu bringen, das bereits bewohnt sei – Palästina – und seine dortigen Bewohner zu vertreiben, sei etwas, was es bisher in der Geschichte noch nie gegeben habe. Am 5. April antwortete Roosevelt, »dass ohne vollständige Konsultation mit Arabern wie mit Juden keine Entscheidung im Hinblick auf die grundlegende Situation in diesem Land« – Palästina – getroffen und, solange er Präsident sei, keine »araberfeindliche« Aktion unternommen werde. Eine Woche später starb er. Er war nur 63 Jahre alt geworden. Seinem Nachfolger und ehemaligen Vize Harry S. Truman hinterließ er ein Problem, das auf der *Quincy* nicht gelöst worden war – und jetzt angesichts der katastrophalen Situation der Juden in Europa gelöst werden musste.

100.000 Visa für jüdische DPs?

Von nun an stand das Thema »Judenstaat« jedenfalls auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Dabei ist der 29. November 1947 eines der wichtigsten Daten in dieser Geschichte überhaupt. An jenem Samstag entschied die Vollversammlung der Vereinten Nationen über die Zukunft Palästinas. Teddy Kollek, 1911 in Wien geboren, einer der bekanntesten Zionisten und von 1965 bis 1993 Bürgermeister von Jerusalem, war damals in geheimer Mission in New York. In seinen »Erinnerungen« berichtet er über jenen Tag: »An dem Schicksalstag, dem 29. November 1947, fuhr ich wieder nach Lake Success [Ort auf Long Island bei New York, der von 1946 bis 1951 provisorischer Sitz der UNO-Vollversammlung war], um der Abstimmung der Vereinten Nationen beizuwohnen. Die ungeheure Spannung und Erregung werde ich nie vergessen. Wir hatten eine Liste aller Länder zusammengestellt und daneben geschrieben, wie sie unserer Meinung nach stimmen würden. In den meisten Fällen erwiesen unsere Mutmaßungen sich als richtig, und als die notwendige Zahl der Ja-Stimmen beisammen war, atmeten wir erleichtert auf. Die Vereinten Nationen hatten entschieden, dass Palästina in zwei Staaten aufgeteilt werden sollte, einen jüdischen und einen arabischen. Endlich hatten wir eine offizielle Basis für die Gründung unseres Staates!«

Was Theodor Herzl, der Führer des politischen Zionismus, 50 Jahre zuvor in sein Tagebuch geschrieben hatte, dass es den Judenstaat geben werde, schien Realität zu werden. Vor allen Dingen mit Hilfe der USA.

Wie war es dazu gekommen?

Am Ende des Zweiten Weltkrieges befanden sich unter den Millionen Displaced Persons in Deutschland und Österreich zahlreiche Juden, zumeist Überlebende der Konzentrationslager. Im Juni 1945 forderte Ben Gurion öffentlich 100.000 Visa für jüdische DPs nach Palästina. Seiner Meinung nach konnten diese DPs nicht weiter »zwischen den Grabsteinen

von Millionen ihrer hingerichteten Brüder vegetieren«. Der jüdischen Lobby in den USA gelang es im selben Monat, den neuen US-Präsidenten Harry S. Truman persönlich für das Schicksal dieser Juden zu interessieren. Am 22. Juni beauftragte Truman den US-Delegierten beim *Intergovernmental Committee on Refugees*, Earl G. Harrison (1899–1955), die Lage der DPs, besonders die der jüdischen, zu untersuchen.

Im Vorfeld der Konferenz von Potsdam im Juli 1945 verstärkten die amerikanischen Zionisten ihren Druck auf Präsident Truman: 54 Senatoren und 250 Abgeordnete des Repräsentantenhauses unterschrieben eine Petition, in der eine unbeschränkte Einwanderung der Juden nach Palästina und die dortige Errichtung des vielfach erwähnten jüdischen Commonwealth gefordert wurde. In Potsdam bat Truman daraufhin den britischen Premierminister Winston Churchill um die Aufhebung der Einwanderungsbeschränkungen. Churchill beantwortete den entsprechenden Brief nicht mehr; er verlor die Unterhauswahl und trat zurück. Sein Nachfolger war der Sozialist Clement Attlee; der neue Außenminister hieß Ernest Bevin. Bevin war – und das war kein Geheimnis – Antisemit und verfolgte die gleiche Politik wie seine konservativen Vorgänger. Ihm ging es um den Erhalt der strategischen Position Großbritanniens im Nahen Osten, und das hieß mit Blick auf die Araber Fortsetzung der Weißbuchpolitik des Jahres 1939: kein Judenstaat, illegale Einwanderung war zu unterbinden.

Im August 1945 legte Harrison seinen Bericht vor – mit der Empfehlung, 100.000 zusätzliche Visa für jüdische DPs nach Palästina auszustellen. Truman übernahm diese Empfehlung und forderte von Attlee am 31. August um Ausstellung dieser 100.000 Visa. Damit machte er praktisch allein die Briten für die weitere Entwicklung in Palästina verantwortlich. Die wiederum lehnten ab. Attlee: »Wir müssen an Araber *und* Juden denken. Mit den zusätzlichen 100.000 Juden setzen wir den gesamten Nahen Osten in Brand.« US-Militärs und State Department sahen das ähnlich. Das Pentagon war der

Meinung, dass man nach einer solchen Masseneinwanderung 400.000 Soldaten zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Palästina benötigen werde, von denen die USA wahrscheinlich 300.000 stellen müssten. Das State Department warnte vor einer Einmischung in britische Angelegenheiten. Truman setzte sich über diese Bedenken hinweg und blieb bei seiner Forderung, die ein treffliches Thema im Wahlkampf war. Am 6. November fanden nämlich Bürgermeisterwahlen in New York City statt; die Stimmen der jüdischen Wähler dort zählten mehr als andere Überlegungen.

London schlug die Einsetzung einer Untersuchungskommission vor – sechs Briten, sechs Amerikaner –, die Empfehlungen für eine Lösung des Problems erarbeiten sollte. Washington stimmte zu. Als die amerikanischen Zionisten die Kommission öffentlich eine Feigenblattaktion zur Verhinderung weiterer Aktionen nannten, schrieb Truman seinem alten Senator-Kollegen Joseph Ball aus Minnesota folgenden Brief (ihn dann aber nicht abschickte): »Ich habe den Juden gesagt, wenn sie bereit sind, mir mit 500.000 Mann auszuhelfen, um gegen die Araber Krieg zu führen, dann können wir machen, was sie wollen. Ansonsten müssen wir noch eine Weile verhandeln. Ich glaube nicht, dass du oder ein anderer Senator bereit ist, ein halbes Dutzend Divisionen nach Palästina zu schicken, um dort den jüdischen Staat zu erhalten. Was ich versuche zu tun, ist, die ganze Welt für die Juden sicher zu machen. Und daher habe ich keine Lust, wegen Palästina Krieg zu führen.«

Zu dem Zeitpunkt hatte sich der Präsident für eine Politik entschieden, die der damalige stellvertretende Außenminister Dean Acheson später in seinen »Erinnerungen« etwas sarkastisch so formulierte: »Erstens: sofortige Einwanderung von 100.000 DP-Juden aus Europa nach Palästina. Zweitens: ganz entschieden keine politische oder militärische Verantwortung für diese Entscheidung übernehmen.«

Die Kommission begann Anfang Februar 1946 mit Anhörungen in London, wo der syrische Vertreter an einer Stelle

den amerikanischen Co-Vorsitzenden, Richter Joseph Hucheson, voller Ironie fragte: »Warum geben Sie den Juden nicht einen Teil von Texas?« Andere arabische Vertreter sprachen zwar wieder mit großem Mitgefühl von dem Leid der Juden im Zweiten Weltkrieg, wiesen aber darauf hin, dass nicht sie dieses Leid verursacht hatten, sondern Europäer.

Die Kommissionsmitglieder, die sog. »12 Apostel«, reisten anschließend zunächst in verschiedene Teile Europas, um die Lage der Flüchtlinge zu studieren. Ihre letzte Station war dann Palästina. Vorher besuchten sie auch arabische Hauptstädte, u. a. Riad, wo König Ibn Saud ihnen Folgendes mit auf den Weg gab: »Die Juden sind überall unsere Feinde. Wo auch immer sie sind, sie intrigieren und arbeiten gegen uns. Mit der Macht unseres Schwertes haben wir die Römer aus Palästina vertrieben. Wie könnte da nach all diesen Opfern ein Händler [ein Jude] kommen und unser Palästina mit Geld kaufen?«

Der britische Vertreter Richard Crossman, der mit einer Jüdin verheiratet war und die Reise wegen einer Erkrankung zehn Tage später antrat, fand seine Kollegen in Palästina tief verändert und bewegt und hatte dafür folgende Erklärung: »Sie hatten den einzigartigen und unvergesslichen Geruch zusammengepferchter, heimatloser Menschen zu spüren bekommen. Sie hatten mit ihren Augen und Ohren gesehen und gehört, was es bedeutet, der einzige Überlebende einer Familie zu sein, die die Deutschen in ein Konzentrationslager oder zur Sklavenarbeit verschleppt hatten. Die abstrakten Auseinandersetzungen über den Zionismus und den jüdischen Staat schienen nach dieser Erfahrung menschlicher Erniedrigung seltsam fernliegend.«

Er selbst erinnerte sich an ein arabisches Dorf als eine stinkende Kloake (»*the stenchiest Arab village*«); das hatte er noch in keinem anderen Dorf gesehen.

Seinen Eindruck nach zwei Wochen Palästina beschrieb das amerikanische Kommissionsmitglied Frank Aydelotte später so: »Ich habe Washington als ziemlich überzeugter Anti-Zionist verlassen. Aber dann sieht man mit eigenen Augen, was die

Juden in Palästina geschaffen haben, eine außerordentliche Leistung in unserer modernen Welt. Die Araber können dem nichts entgegenstellen und würden eher alles zerstören, was die Juden aufgebaut haben. Das dürfen wir nicht zulassen.«

In Kairo sah das der Generalsekretär der Arabischen Liga, Azzam Pasha, ganz anders, wie er der Kommission deutlich machte: »Ihr müsst verstehen, dass dies unser Land ist. Wir wollen keine fremden Wohltäter. Wir wollen keine gönnerhafte Behandlung. Wir wollen auf unsere Art leben, ohne fremde Lehrer, fremdes Geld, fremde Sitten. Wir wollen kein herablassendes Lächeln, kein Schulterklopfen, keine Arroganz. Wir wollen nicht, dass Eure schamlosen Weiber ihre Hüften an den heiligen Stätten schwingen. Wir wollen weder Euren Honig noch Euren Stachel. Macht Euch das klar – weder Euren Honig noch Euren Stachel.«

Am 1. Mai 1946 wurde der Abschlussbericht des Komitees veröffentlicht. An erster Stelle stand die Empfehlung nach Ausstellung von 100.000 Visa für Juden zur Einreise nach Palästina, »so schnell wie möglich«, da die meisten DPs dorthin auswandern wollten. »Das war der bei weitem schwierigste Punkt der gesamten Auseinandersetzung«, wie Crossman später erzählte. Eine Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat lehnte das Komitee ab, genauso seine sofortige Unabhängigkeit, stattdessen wurde zunächst die Umwandlung des britischen Mandats in ein UNO-Mandat unter internationaler Aufsicht vorgeschlagen. Als langfristige Lösung sah man einen bi-nationalen Staat bei weitgehender Autonomie der beiden Volksgruppen.

Die *Jewish Agency* stimmte lediglich der 100.000-Visa-Empfehlung zu; alles andere wurde abgelehnt; man wollte einen Staat nur für die Juden. Die Araber lehnten den gesamten Bericht ab. Bei seiner Veröffentlichung gab es Unruhen und Demonstrationen in Bagdad und Palästina; in Beirut wurde das *US-Information Center* in Brand gesetzt. Am selben Tag sprach sich Truman ohne Rücksprache mit London öffentlich für die Einwanderung der 100.000 aus: »Die Überführung

dieser unglücklichen Menschen sollte nun schnellstens stattfinden.« Außenminister Bevin reagierte verärgert und erklärte am 12. Juni auf dem Parteitag der Labour Party in Bournemouth, wenn man sofort 100.000 Juden nach Palästina hineinließe, müsse er eine weitere Division britischer Truppen dorthin schicken, um den Frieden zu sichern, und dazu sei er nicht bereit. Und dann unmissverständlich und wenig diplomatisch: »Ich hoffe, man wird mich in Amerika nicht missverstehen, wenn ich sage, dass dies aus den reinsten Motiven vorgeschlagen wurde. Sie wünschen ja auch nicht zu viele Juden in New York.« Daran war zwar etwas Wahres (von Mai 1945 bis September 1946 haben die USA damals nur 5718 Juden ins Land gelassen, Großbritannien im selben Zeitraum 70.000), die Reaktion in den USA blieb dennoch nicht aus. Der britische Botschafter in Washington, Lord Inverchapel, berichtete Bevin am nächsten Tag: »Ihre Kritik an New York hat natürlich nicht nur den Nagel auf den Kopf getroffen, sondern ihn auch ungeheuer tief in die Wunde getrieben.« Sie habe den Präsidenten als Narren erscheinen lassen. Der ehemalige Gewerkschaftsführer Bevin zeigte keinerlei Reue: »Es scheint deutlich, dass man sich aufgrund einiger aus dem Zusammenhang gerissener Sätze aus meiner Rede ein Urteil bildet.« Er bat den Botschafter, Kongressmitgliedern den vollständigen Text seiner Rede zukommen zu lassen. Der Bürgermeister von New York, William O'Dwyer, antwortete auf die Frage, ob er Bevin's Bemerkungen gelesen habe: »Natürlich habe ich das getan, und ich bin äußerst überrascht. Was gibt ihm das Recht zu sagen, was die Stadt New York von den Juden hält?« Der amerikanische Zionist Stephen Wise nannte Bevin's Äußerung eine »beleidigende Gemeinheit«. Der Rabbiner Louis Newman wurde in einem Gedenkgottesdienst deutlich: »Jeder Knüppel, selbst wenn er mit Antisemitismus beschmiert ist, erscheint dem Sprecher der unfähigen britischen Labour-Regierung gut genug, um auf die bereits gepeinigten jüdischen Überlebenden in Europa loszuschlagen.« Lord Inverchapel bat Bevin um eine versöhnliche Geste, zumindest mit Blick auf

Truman, da es um das Prestige des Präsidenten gehe, etwa in dem Sinne, dass Großbritannien mit Blick auf die Einreise der 100.000 noch keine Vorentscheidung getroffen habe. Bevins Antwort war eindeutig: »Ich bin mir nicht sicher, dass dies ein kluger Schritt wäre. Ich habe genug von dieser jüdischen Agitation. Wir haben unsere Haltung eindeutig dargelegt.«

Der Terroranschlag auf das King David Hotel

Inzwischen forderten jüdische Terroraktionen gegen die Briten in Palästina immer mehr Opfer. Am Ende verloren 338 Briten in den Jahren 1945 bis zur Staatsgründung Israels im Mai 1948 ihr Leben. Nach jedem Toten wurde in der britischen Öffentlichkeit die kritische Frage nach dem Warum? lauter und erschwerte die Position der Regierung.

Eine Terrorgruppe in Palästina war die Irgun, seit 1943 unter Führung von Menachem Begin. Begin, 1913 in Brest-Litowsk (Russisches Kaiserreich, heute Belarus) geboren, war im Mai 1942 auf abenteuerlichen Wegen in der Uniform eines Soldaten der polnischen Anders-Armee nach Palästina gekommen und führte mit der Irgun den Kampf gegen die britische Mandatsmacht (und wurde 1977 Ministerpräsident). Das Motto der Irgun lautete: Mit Terror zum jüdischen Staat, der, wie es in einem von Begin verfassten Flugblatt hieß, »nicht nur das Gebiet in seinen historischen Grenzen, sondern auch die natürlichen und strategischen Grenzen der Region umfasst«, was an den ZWO-Plan von 1919 erinnerte. Im Wappen der Irgun waren ganz Palästina und Transjordanien abgebildet, eine Hand hielt ein Gewehr als Symbol des bewaffneten Widerstands; darüber stand die Parole: »Der einzige Weg.«

Neben der Irgun gab es die noch radikalere Terrorgruppe Lechi, nach deren Gründer Avraham Stern auch »Stern-Bande« genannt. Dessen Operationschef war Yitzhak Shamir. Shamir, 1915 in Ruschany (Russisches Kaiserreich, heute Belarus)

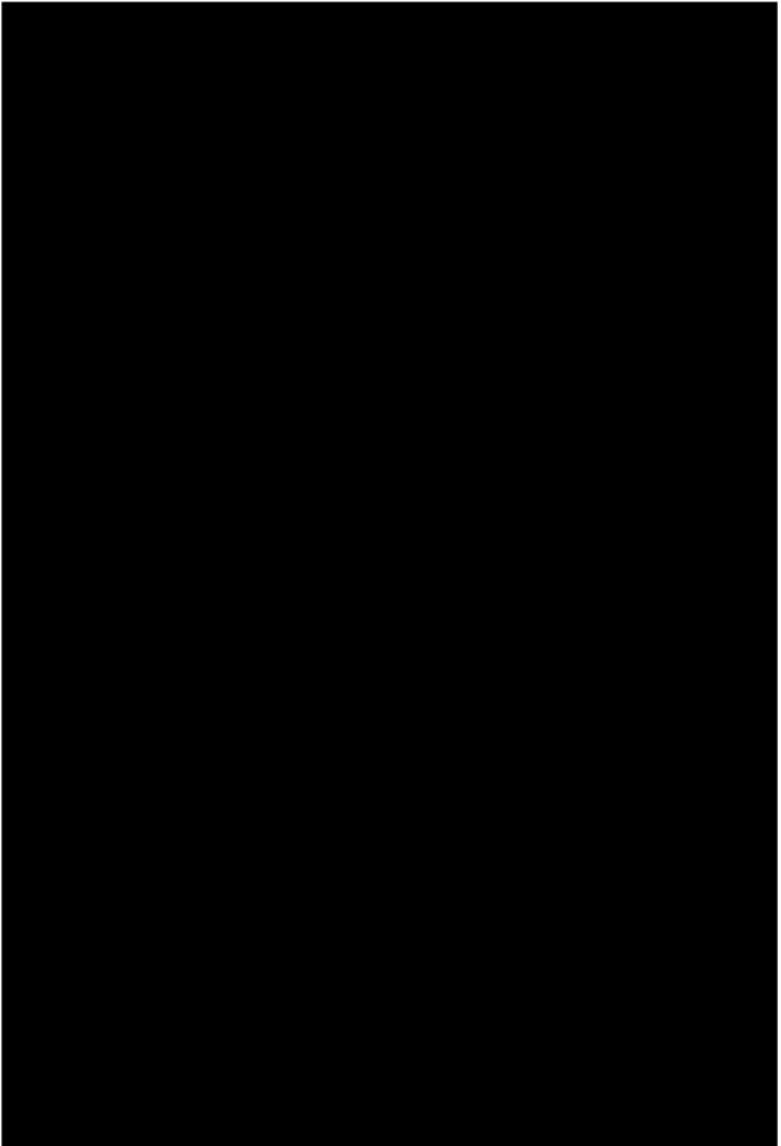
geboren, war 1935 nach Palästina ausgewandert und machte nach der Staatsgründung Israels eine erstaunliche Karriere: zunächst im Auslandsgeheimdienst Mossad, dann als Knesset-Präsident, Außenminister und schließlich als Nachfolger Begin erstmals 1983 Israels Ministerpräsident. Während der Mandatszeit war er ein gesuchter Terrorist. Zu Lechis spektakulärsten Operationen gehörte 1944 die Ermordung des britischen Ministers für den Nahen Osten, Lord Moyne (und 1948 Graf Bernadotte, s. u.). Zahlreiche Aktionen wurden allerdings auch von der Haganah-Spezialeinheit Palmach allein durchgeführt, andere gemeinsam mit der Irgun. Die Haganah war primär für die Umgehung der illegalen Einwanderung und die Waffenbeschaffung zuständig.

Nach der Rede von Bevin am 12. Juni spitzte sich die Lage in Palästina weiter zu. Am 13. Juni wurden zwei Irgun-Mitglieder, die die Briten während eines Irgun-Angriffs auf ein Militärlager festgenommen hatten, zum Tode verurteilt. Die Irgun war zum Handeln bereit, wie Begin später berichtete: »Ich suchte meine Kameraden von der Haganah und der Lechi auf und teilte ihnen mit, dass wir keine Hinrichtung unserer Leute hinnehmen würden. Wir betrachteten unsere Leute als Kämpfer für die Freiheit unseres Volkes und nicht als Kriminelle. Wenn man sie gefangen nahm, gehörten sie in ein Lager oder ein Gefängnis. Wir erkannten die britische Herrschaft in unserem Lande nicht an. Wir sagten, dass wir zurückschlagen würden, wenn man unsere Leute hinrichten würde.« Die Situation verschärfte sich noch weiter, als die Haganah Dokumente mit genauen britischen Befehlen an die Polizei und die Armee entdeckte, die die Entwaffnung des Jischuvs – die jüdische Bevölkerung Palästinas – und die Verhaftung der auf einer »schwarzen Liste« aufgeführten entscheidenden Leute der Haganah vorsahen. Wenig später tauchte der Text auf Plakaten in Tel Aviv auf und der Sender der *Jewish Agency* verkündete: »Die ganze Welt soll wissen, was Bevin, Attlee und ihre Handlanger uns antun wollen. Und die ganze Welt soll wissen, dass wir zum Kampf bereit sind.« Kampf bedeutete weiteren Terror.

Am 17. Juni sprengten Palmach-Mitglieder in der sogenannten »Nacht der Brücken« elf Bücken. Am selben Tag griffen Lechi-Leute eine Eisenbahnwerkstatt an. Am nächsten Tag entführte die Irgun fünf britische Offiziere. Begin: »Ich befahl unseren Leuten, möglichst viele britische Offiziere gefangen zu nehmen. Es ging uns besonders um Offiziere, da wir glaubten, so unseren Leuten das Leben retten zu können.«

Jetzt reagierten die Briten. Am 29. Juni, Samstag, schlugen sie in der *Operation Agatha* mit 20.000 Soldaten und Polizisten zurück. In einer groß angelegten Verhaftungswelle wollten sie an diesem »schwarzen Sabbat« die Führungsstruktur von Irgun, Lechi und Palmach zerschlagen, was ihnen allerdings nicht gelang, da die Aktion nicht geheim gehaltenen worden war. *Agatha* führte zwar zur Verhaftung der politischen Führer, aber nicht zur Verhaftung der Führer von Palmach, Irgun und Lechi. Die meisten ihrer Waffenlager blieben unentdeckt. Man hatte sich vorbereitet, Verstecke verbessert und Schrott in die Siedlungen geschafft und so die britischen Metallsuchgeräte wertlos gemacht.

Irgun und Palmach reagierten. Am 1. Juli, Montag, wies Moshe Sneh, der Generalstabschef der Haganah, Begin an, »das Hotelchen bald durchzuführen«. Gemeint war der Anschlag auf das bekannte King David Hotel in Jerusalem, dem Hauptquartier der britischen Mandatsverwaltung. Der israelische Historiker Tom Segev hat im Jahr 2018 erstmals nachgewiesen, dass Haganah und Irgun den Anschlag gemeinsam geplant hatten – Irgun sollte ihn ausführen – und dass Ben Gurion den Plan kannte und mitverantwortlich war. Nach anderen Quellen lösten die Ereignisse des 29. Juni zwar die Operation unmittelbar aus, die grundsätzliche Entscheidung, das Hotel zu zerstören, sei aber Wochen vorher von der Haganah aus rein politischen Gründen gefällt worden. Wie dem auch sei: am 22. Juli, um genau 12:37 Uhr – exakt zu dem Zeitpunkt blieben alle elektrischen Uhren im Haus stehen – , explodierten die in Milchkannen versteckten Bomben. Die Explosion legte den gesamten Südflügel des Hotels in Schutt und Asche.



Israel Government Press Office, Jerusalem (Hugo Mendelsohn)

Der Südflügel des King David Hotels in Jerusalem – dem Hauptquartier der Briten – nach dem Terroranschlag am 22. Juli 1946.

91 Menschen fanden den Tod, unter ihnen 41 Araber, 28 Briten, 16 Juden und fünf sonstige. Die große Zahl der Toten war untypisch für die Kampfweise der Irgun – möglichst Zivilisten schonen – und konnte ihr weder politisch noch militärisch Vorteile bringen. Und von dem Moment an ging es um die bis heute ungeklärte Frage, wie lange vor der Explosion die Briten gewarnt worden waren und wie sie reagiert hatten. Die einen behaupten, lange genug, um das Gebäude räumen zu können, die anderen, viel zu kurz. Die Briten hätten die Warnungszeit absichtlich nicht beachtet. Für die Irgun war jedenfalls klar, wie am Tag nach der Sprengung in Jerusalem auf Plakaten zu lesen war: »Diese Tragödie kam durch das Versagen der britischen Tyrannen zustande, die mit Menschenleben spielten.«

Als Reaktion auf diesen Anschlag gingen die britischen Militärs unter ihrem Oberkommandierenden, Generalleutnant Sir Evelyn Barker, mit aller Härte gegen die jüdischen Terrorgruppen vor. Barker, Jahrgang 1894, hatte Palästinaerfahrung. Während des arabischen Aufstandes 1936 bis 1939 war er dort als Bataillonskommandeur stationiert gewesen. 1944 hatte er an der Invasion in der Normandie teilgenommen und mit seinen Einheiten Le Havre und Anfang 1945 das Konzentrationslager Bergen-Belsen befreit. Er war dann Kommandeur der britischen Besatzungstruppen in Schleswig-Holstein und Hamburg, bis er im Frühjahr 1945 das Kommando in Palästina übernahm. In einem Befehl an die Truppe – zwei Stunden nach dem Anschlag verfasst – erklärte er alle jüdischen Einrichtungen für ungesetzlich, denn »die jüdische Gemeinschaft in Palästina kann von der langen Reihe von Gräueltaten nicht freigesprochen werden.« Er ordnete ein totales Fraternalisierungsverbot mit den Juden an, um, wie er formulierte, »die Juden da zu packen, wo es ihnen weh tut, nämlich am Geldbeutel«. Innerhalb weniger Stunden befand sich dieser Befehl in den Händen der Irgun, die ihn auf Englisch und Hebräisch in den Städten Palästinas plakatierte – als Beweis für den bössartigen Charakter der britischen Herrschaft. Wichtiger aber war wohl die Reaktion in den USA. Die *Washington*

Post sprach von einer nationalsozialistischen Argumentation, die gesamte jüdische Rasse wegen des Verbrechens im King David Hotel zu beschuldigen: »Dieser ganze Mischmasch von Beschimpfungen und Beleidigungen ist übel gelaunt und boshaft verfasst worden, er war eher das Werk eines Schwächlings als eines starken Mannes.« Ähnlich sahen das auch andere amerikanische Zeitungen. Botschafter Inverchapel berichtete nach London: »In vielen dieser Kommentare, die manchmal General Barkers Bemerkungen mit Bevins Behauptungen verbinden, dass Juden in New York nicht erwünscht seien, steckt implizit die Vorstellung, dass die britische Regierung wirklich antisemitisch eingestellt sei.«

Premierminister Clement Attlee fand Barkers Befehl zwar auch nicht gut, einige Kabinettsmitglieder forderten sogar Barkers Entlassung, Barker blieb aber auf seinem Posten – und distanzierte sich sehr viel später von gewissen Formulierungen in seinem Befehl.

In den folgenden Wochen und Monaten verschärften die britischen Militärbehörden zwar ihre Gangart noch weiter, die jüdischen Organisationen konnten dennoch die illegale Einwanderung nach Palästina erfolgreich fortsetzen. Bis Anfang 1948 organisierte die Fluchthilfe-Organisation *Bricha* (hebräisch »Flucht«) mit Sitz in Salzburg diese Aktionen. Leiter war der 1921 in Wien geborene Asher Ben Natan (1965 erster Botschafter Israels in Bonn). Etwa 200.000 Juden, mehrheitlich aus Polen und Rumänien, erreichten auf zum Teil abenteuerliche Weise zumeist über Österreich und Italien Palästina.

US-Präsident Harry S. Truman für einen jüdischen Staat

Inzwischen hatte eine sechsköpfige britisch-amerikanische Arbeitsgruppe aus dem Bericht des *Anglo-American Committee* einen neuen Plan erarbeitet. Dieser »Grady- Morrison-Plan« (benannt nach dem US-Diplomaten Henry F. Grady und

dem Briten Herbert S. Morrison, stv. Premierminister, *Lord President of the Council* und *Leader of the House of Commons*) wurde den beiden Regierungen am 24. Juli 1946 vorgelegt und von beiden akzeptiert. Der Plan sah die Einwanderung von 100.000 Juden und die Teilung Palästinas in vier Provinzen (Kantone) vor: eine für die Araber, eine für die Juden, dann der Negev, und als vierte Jerusalem mit Bethlehem. Der Plan hatte keine Chance: Die *Jewish Agency* lehnte eine weitere Kontrolle der Einwanderung durch die Briten genauso ab wie die territoriale Aufteilung Palästinas. Man wollte einen eigenen Staat! Darüber hinaus wären Gespräche mit den Arabern notwendig gewesen, die jedoch jegliche Verhandlungen ablehnten. Nach massiven Protesten im US-Senat («Verrat am jüdischen Heimatland») und der amerikanischen Zionisten, allen voran vom radikalen Rabbi Abba Hillel Silver aus Cleveland («gewissenloser Akt des Verrats»), gab Truman die Unterstützung für diesen Plan auf und notierte frustriert: »Jesus Christus konnte es den Juden nicht recht machen, als er auf der Erde war. Wie kann irgendeiner glauben, dass ich da Glück habe?«

Im August 1946 forderte die *Jewish Agency* öffentlich erneut die sofortige Einreise von 100.000 DPs nach Palästina und die Schaffung eines jüdischen Staates. Sie machte einen eigenen Teilungsvorschlag, der einen jüdischen Staat vorsah, der im Umfang dem Israel in den Waffenstillstandslinien von 1949 ähnelte (s. u.). Gleichzeitig verstärkten die Zionisten in den USA ihre Agitation und waren erfolgreich: Truman reagierte. Und dies, obwohl am 12. September der amtierende Außenminister William Clayton auch im Namen der Vereinigten Stabschefs Truman davor warnte, etwas zu Palästina zu sagen; die arabische Welt werde immer feindlicher, besonders wenn die USA die Forderungen bestimmter amerikanischer Zionisten unterstützen würden. Truman antwortete, er hoffe, es werde nicht so weit kommen, dass er etwas sagen müsse. Es kam doch so weit. Anfang November würden Kongresswahlen stattfinden. Am 4. Oktober 1946, einen Tag vor dem jüdischen

Versöhnungsfest Yom Kippur, veröffentlichte Truman eine Erklärung, die er später in seinen »Erinnerungen« als »in keiner Weise ungewöhnlich« bezeichnete, »hatten sich doch amerikanische Präsidenten schon oft bei dieser Gelegenheit geäußert«. Ganz so war es allerdings nicht – und eher ungewöhnlich, hatten doch der Leiter der *Jewish Agency* in den USA, Eliahu Epstein, und Trumans Mitarbeiter David Niles den ersten Entwurf dieser Erklärung gemeinsam ausgearbeitet. Er war von Dean Acheson zwar etwas abgemildert worden, aber übrig geblieben waren die August-Forderungen der *Jewish Agency*, die, so Truman, »die amerikanische Öffentlichkeit unterstützen« würde. Damit hatte er sich erstmals öffentlich für einen jüdischen Staat ausgesprochen. Die Reaktion war entsprechend, wie der amerikanische Generalkonsul in Jerusalem, Lowell Pinkerton, berichtete: »Die hebräische Presse begrüßt einstimmig die Stellungnahme des Präsidenten, die arabische lehnt sie ebenso einstimmig ab.«

Yom Kippur war nicht der Grund für Trumans Äußerung, sondern die Tatsache, dass Thomas E. Dewey, der Gouverneur von New York und voraussichtliche Herausforderer bei der Präsidentschaftswahl 1948, für den 6. Oktober eine Rede angekündigt hatte – um jüdische Stimmen für sich zu gewinnen. Tatsächlich kritisierte Dewey dann scharf die Palästinapolitik der Truman-Administration und forderte die Einwanderung »nicht von hunderttausend, sondern von mehreren hunderttausend« Juden nach Palästina. Der republikanische Kandidat für ein Senatorenamt für New York, Irving M. Ives, ging noch weiter: er forderte, Palästina solle eine Zufluchtsstätte für »Millionen« Not leidender Juden werden.

Die Wahlen gingen für die Demokraten verloren. Zum ersten Mal seit 1928 eroberten die Republikaner beide Häuser des Kongresses. Truman schrieb in sein Tagebuch: »Die Juden machen es einem schwer, ihnen zu helfen. Wenn sie das Sagen haben, behandeln sie die underdogs offensichtlich genauso, wie sie als underdogs behandelt worden sind. Das nennt man wohl menschliche Schwäche.«

Die UNO übernimmt

Am 14. Januar 1947 beschäftigte sich das britische Kabinett erneut mit der Palästinafrage. Bevin lehnte eine mögliche Teilung Palästinas endgültig ab. Großbritannien konnte seiner Meinung nach eine Teilung nur mit Zustimmung der Vereinten Nationen durchsetzen. Der Völkerbund, der Großbritannien 1922 das Mandat über Palästina erteilt hatte, existierte seit April 1946 nicht mehr, aber die Kontrolle über die Mandate war auf die UNO übergegangen. Eine Änderung des Mandats war also nur mit Zustimmung der UNO möglich. Klar war zu diesem Zeitpunkt, dass sämtliche arabische Staaten einen britischen Vorschlag zur Teilung Palästinas ablehnen würden. Und Bevin war überzeugt: »Es kann wenig Zweifel daran geben, dass sich in diesem Fall der Sowjetblock mit dem arabischen zusammentun würde.« Im Foreign Office herrschte die einhellige Auffassung, »selbst wenn wir die Teilung wünschten, würden die Vereinten Nationen ihr nie zustimmen«. Bevins Plan für Palästina sah jetzt so aus: Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Einwanderung einer beträchtlichen Zahl von Juden, anschließend Aufteilung in Provinzen (Kantone). Spätere Einwanderung nur mit Zustimmung der Araber.

Im Kabinett stieß dieser Plan auf massive Kritik. Die Mehrheit der Minister sprach sich für die Teilung als einzigen Ausweg aus. »In dieser Lösung«, so ihr Argument, »steckt ein Element der Endgültigkeit, das anderswo fehlt.« Ende Januar kam Unterstützung aus Washington. Dean Acheson teilte Botschafter Inverchapel mit, dass die US-Regierung zwar weiterhin an Präsident Trumans Stellungnahme vom 4. Oktober 1946 festhalte, sie es allerdings aus »innenpolitischen und anderen Gründen« leichter finden werde, »in den Vereinten Nationen und anderswo eine Lösung des Palästinaproblems zu unterstützen, die auf der Teilung und der Errichtung eines lebensfähigen jüdischen Staates beruht.« Auch in der *Jewish Agency* war inzwischen eine Mehrheit für die Teilung – als Kompromiss, da man damit auf den jüdischen Staat in ganz Palästina

verzichtete. Eine Minderheit sah das nach wie vor anders, wie Begin im Geheimsender der Irgun feststellte: »Wir werden diese Pläne auch dann bekämpfen, wenn die Mehrheit der *Jewish Agency* darin eine Lösung der Palästinafrage sieht. Wir werden die Teilung unseres Heimatlandes niemals hinnehmen.«

Am 14. Februar 1947 beschloss das britische Kabinett, das Palästinaproblem der UNO zu übergeben. Im Unterhaus ging Bevin dann auf Trumans Stellungnahme vom 4. Oktober ein und betonte: »Ich kann keine internationale Politik betreiben, wenn mein Problem zum Gegenstand örtlicher Wahlkämpfe wird.« Das Weiße Haus wies das umgehend als »höchst unglückliche und falsche Behauptung« zurück: Amerikas Interesse an Palästina habe eine lange Tradition, bestehe nach wie vor, sei tief verwurzelt und von andauerndem Interesse auch beim amerikanischen Volk, und das ohne Rücksicht auf irgendwelche politischen Präferenzen. Der bekannte Journalist Walter Lippmann warf Bevin vor, den Präsidenten zum Sündenbock für sein eigenes Versagen zu machen.

Am 2. April bat London die Vereinten Nationen als Nachfolger des Völkerbundes um die Einsetzung eines Sonderausschusses, der der UNO Lösungsvorschläge für das Palästinaproblem vorlegen sollte. Einen eigenen Vorschlag machte London nicht. Es bleibt nach wie vor eine offene Frage, ob die britische Regierung bei dieser Entscheidung damit spekuliert hatte, dass die UNO möglicherweise das Mandat an London zurückgeben würde – diesmal allerdings ohne die Verpflichtung, beim Aufbau einer »nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina« zu helfen. Wie dem auch sei: Niemand glaubte zu dem Zeitpunkt, dass der Sonderausschuss eine Teilung des Landes empfehlen werde, zumal auch die Sowjetunion dagegen war. Vom 28. April bis 15. Mai hielt die UNO dann eine außerordentliche Vollversammlung ab.

Das Ganze spielte sich zu einem Zeitpunkt ab, als Truman im März vor dem Kongress jene Rede hielt, die als Truman-Doktrin in die Geschichte des Ost-West-Konflikts eingegangen

ist und mit der der Kalte Krieg offen ausbrach. Von daher reagierten Briten und Amerikaner äußerst misstrauisch – und die Araber irritiert –, als der sowjetische UNO-Vertreter Andrej Gromyko am 14. Mai in einer völligen Kehrtwendung der bisherigen sowjetischen Palästina-Politik in der Vollversammlung erklärte, das Streben der Juden nach Gründung ihres Staates sei »berechtigt«; eine Verweigerung wäre »nicht zu rechtfertigen, besonders unter Berücksichtigung dessen, was sie im Zweiten Weltkrieg erlebt« hätten. Er sprach zwar auch von den berechtigten Interessen sowohl der Juden wie der Araber, und von daher sei in erster Linie ein bi-nationaler Staat anzustreben, aber, »falls dies nicht möglich ist, soll das Land geteilt werden«.

Am nächsten Tag setzte die UNO eine Sonderkommission für Palästina (*United Nations Special Committee on Palestine*, UNSCOP) mit 24 Vertretern aus 11 Staaten ein: Australien, Guatemala, Indien, Iran, Jugoslawien, Kanada, die Niederlande, Peru, Schweden, Tschechoslowakei und Uruguay. Vertreter der Großmächte waren nicht dabei, um zu möglichst »neutralen« Entscheidungen zu kommen. 45 Mitglieder hatten für diese Kommission gestimmt, sieben dagegen (Afghanistan, Ägypten, Irak, Libanon, Saudi-Arabien, Syrien, Türkei), Siam hatte sich der Stimme enthalten. Auf sowjetischen Antrag war die Zahl der Staaten, aus denen die Vertreter kamen, von sieben auf elf erhöht worden.

Die Kommission traf am 16. Juni in Palästina ein und besuchte vom 18. Juni bis 3. Juli die wichtigsten Städte und Dörfer des Landes. Die dortigen Juden kooperierten eng mit UNSCOP. Wo immer deren Vertreter in einer jüdischen Gemeinde auftauchten, wurden sie überschwänglich begrüßt, Straßen waren mit Blumen geschmückt, die Menschen jubelten. In Tel Aviv erklärte der Bürgermeister den Besuchstag sogar zum Feiertag.

Anders die Araber. Das Arabische Hochkomitee nannte UNSCOP pro-zionistisch, lehnte jegliche Zusammenarbeit ab, rief zum Generalstreik auf und bedrohte jeden arabischen Offiziellen bei einem möglichen Kontakt mit UNSCOP-Vertretern mit

dem Tod. In arabischen Siedlungen waren die Straßen leer, Bewohner verweigerten jeden Kontakt. Es gab dennoch private Treffen zwischen einzelnen UNSCOP-Mitgliedern und arabischen Vertretern, in denen die Araber für einen arabischen Staat plädierten.

Vom 4. bis 17. Juli führte UNSCOP dann Anhörungen durch, wo die »Großen« der Zionisten – David Ben Gurion und Chaim Weizmann – ihre Vorstellung von einem jüdischen Staat vortrugen. Mit dabei waren auch Moshe Shertok (nach der Hebräisierung seines Namens Sharett), der Leiter der politischen Abteilung der *Jewish Agency*, und deren UNSCOP-Kontaktperson, Abba Eban. Ben Gurion sprach als erster, forderte ganz Palästina für diesen Staat, akzeptierte dann aber die Teilung. Weizmann war von Anfang an für die Teilung; das war immer seine Position gewesen. Bei dieser Anhörung waren die Juden im Vorteil: Sie hatten den Konferenzraum unbemerkt »verwanzt« und wussten daher, was dort verhandelt wurde.

Es gab auch heimliche Treffen zwischen UNSCOP-Mitgliedern und Vertretern der Haganah und mit Menachem Begin. Nach einem dieser Treffen war der schwedische Vertreter Emil Sandström davon überzeugt, dass die Juden in einem Krieg die Araber besiegen und ganz Palästina erobern würden. Begin hatte bei einem solchen Geheimtreffen nicht überraschend ganz Palästina plus Transjordanien als jüdischen Staat gefordert (was an den ZWO-Plan von 1919 erinnerte).

Am 21. Juli traf UNSCOP dann Vertreter der Araber, die unterschiedliche Vorstellungen äußerten. Im Libanon wollten einige die »illegalen« Juden vertreiben, während sich die maronitischen Christen für die Teilung aussprachen. In Amman meinte König Abdullah von Transjordanien, die Araber hätten wohl ihre »Schwierigkeit«, eine Teilung zu akzeptieren. Er selbst lehnte sie aber nicht vollkommen ab, deutete aber gleichzeitig an, dass in einem solchen Fall der arabische Teil Palästinas von ihm übernommen würde.

Die Untersuchung der Kommission wurde von zwei gravierenden Ereignissen überschattet. Zum einen erhängte Begin



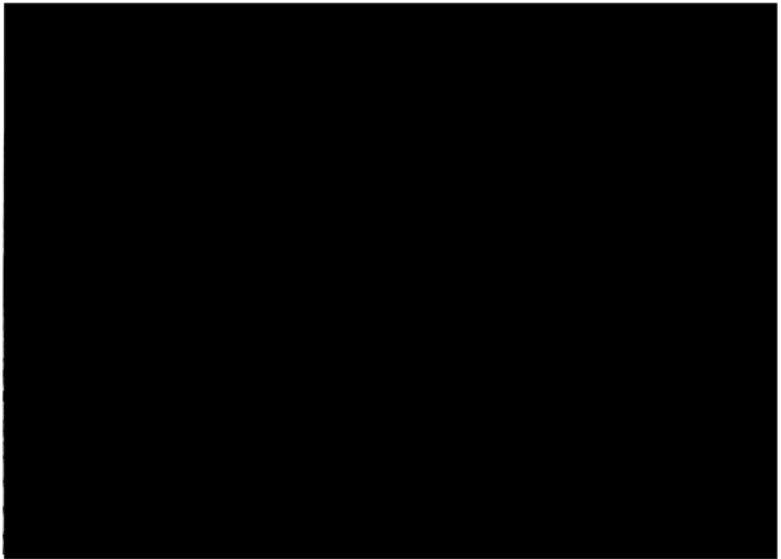
Israel Government Press Office, Jerusalem (Hans Pinn)

Die *Exodus* 1947 mit 4515 Holocaust-Überlebenden an Bord.

Irgun zwei britische Unteroffiziere, nachdem zuvor drei Irgun-Kämpfer von den Briten gehängt worden waren. Das besonders Perfide daran war, dass die Irgun an der Stelle, wo die Soldaten aufgehängt worden waren, auch noch Sprengfallen angelegt hatte.

Zum anderen gab es das Drama um das Haganah-Flüchtlingschiff *Exodus 1947*.

Die *Exodus* war der ehemals im Jahr 1927 in Dienst gestellte amerikanische Paketdampfer *President Warfield*. Die Haganah hatte das Schiff Ende 1946 für 60.000 US-Dollar gekauft und umgebaut. Seit dem 11. Juli 1947 befand es sich vom französischen Sète mit 4515 Holocaust-Überlebenden und 39 Mann Besatzung auf dem Weg nach Palästina – unter ständiger Beobachtung von sechs britischen Kriegsschiffen. Am 17. Juli wurde die *Warfield* in *Exodus 1947* umbenannt. Die feierliche Zeremonie wurde per Funk nach Palästina übertragen und



Israel Government Press Office, Jerusalem (Hans Pinn)

Die *Exodus 1947* im Hafen von Haifa. Nichts fördert damals das Verständnis für die Sache der Zionisten mehr als die Tragödie dieses Schiffes.

dort im Radio gesendet. Als am nächsten Tag der Kapitän der *Exodus* den Befehl der Briten, sein Schiff zu stoppen, missachtete, wurde es von einem britischen Kriegsschiff gerammt, anschließend von den Briten mit massiver Gewalt gegen starken Widerstand der Juden geentert und in den Hafen von Haifa geschleppt. 28 Verletzte wurden von Bord in Krankenhäuser in Haifa gebracht, die übrigen mussten auf dem Schiff bleiben.

Bei dem Versuch, von Bord zu kommen, spielten sich furchtbare Szenen ab – und dies unter den Augen von UNSCOP-Vertretern aus Schweden und Jugoslawien, die am Kai standen. Mit der – falschen – Zusage der Briten, nicht zurückgeschickt, sondern in Zypern interniert zu werden, konnten die Flüchtlinge dazu gebracht werden, auf drei britische Transportschiffe umzusteigen. Nach sieben Tagen gingen diese Schiffe allerdings nicht in Zypern, sondern in Port de Bouc in Frankreich vor Anker. Frankreich bot jenen, die in den

nächsten drei Wochen von Bord gehen würden, politisches Asyl an. Nur wenige Alte und Gebrechliche (130, 60, 103; die Zahlen schwanken) akzeptierten, die übrigen weigerten sich, das Schiff zu verlassen. Auch die Drohung der Briten, sie nach Deutschland zurückzubringen, zeigte keinerlei Wirkung. Die kommunistische Tageszeitung *L'Humanité* sprach von einem »schwimmendem Auschwitz«. Außenminister Bevin wollte ein Exempel statuieren: Großbritannien würde weiter keine illegale Einwanderung akzeptieren und auch keine Flüchtlinge mehr auf Zypern internieren, sondern sie in ihre Herkunftsländer zurückbringen (*Operation Oasis*). Die Schiffe fuhren nach Hamburg, wo die Flüchtlinge am 8. September von 300 britischen Soldaten gewaltsam von Bord und anschließend in Lagern in der Nähe von Lübeck erneut interniert wurden.

Die Exodus-Tragödie mit dem harten Vorgehen der Briten machte damals weltweit Schlagzeilen. Amerikanische Journalisten sammelten Unterschriften für ein Protesttelegramm an Truman. In Washington wurde der ehemalige Finanzminister Henry Morgenthau am 21. Juli beim Präsidenten vorstellig. In dem zehnminütigen Gespräch sagte Truman zu, mit Außenminister George Marshall über die Sache zu sprechen, und machte anschließend eine mehr als erstaunliche Tagebucheintragung, die erst im Juli 2003 eher zufällig entdeckt wurde. Er notierte da Folgendes: »Die Juden, finde ich, sind sehr, sehr selbstsüchtig. Sie bewegt es nicht, wie viele Esten, Letten, Finnen, Polen, Jugoslawen oder Griechen ermordet oder als DP misshandelt werden, wenn sie nur als Juden ihre besondere Behandlung bekommen. Wenn sie aber Macht besitzen, ob physisch, finanziell oder politisch, haben ihnen weder Hitler noch Stalin an Grausamkeit oder schlechter Behandlung des underdog etwas voraus. Setze einen underdog an die Spitze und, egal, ob Russe, Jude, Neger, Arbeiter, Mormone oder Baptist: er dreht durch. Ich habe nur sehr, sehr wenige gesehen, die sich daran erinnern, wo sie hergekommen sind, wenn es ihnen gut geht.«

Am 31. August legte UNSCOP ihren Bericht vor. Die Mehrheit – Guatemala, Kanada, Niederlande, Peru, Schweden,

Tschechoslowakei und Uruguay – empfahl die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat, Jerusalem mit Bethlehem sollte unter internationale Treuhänderschaft kommen und von der UNO verwaltet werden. Die beiden Staaten sollten durch eine Wirtschaftsunion verbunden sein, mit Zoll- und Währungsunion, Verkehr und Kommunikation; Bewässerung, Neulandgewinnung, Nutzung von Wasser und Energie sollten gemeinsam betrieben werden. Vor Entlassung in die Unabhängigkeit am 1. Oktober 1948 müssten sich beide Länder eine Verfassung geben, die den Schutz der Minderheiten sowie der heiligen Stätten garantierten und die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen berücksichtigten. Die Minderheit – Indien, Iran und Jugoslawien, bei Stimmenthaltung Australiens – schlug einen Bundesstaat aus einem jüdischen und einem arabischen Staat mit der Hauptstadt Jerusalem vor. Gewählt werden sollte proportional zur Anzahl der Juden und Araber in der Gesamtbevölkerung. Nach drei Jahren sollte der Staat unabhängig werden.

Am 11. Oktober sprachen sich die USA für die Teilung aus, zwei Tage später folgte die Sowjetunion. Was sich Moskau möglicherweise erhoffte, beunruhigte den britischen Generalstab: weitere Schwächung der Briten im Nahen Osten, verbunden mit der Hoffnung, dass ein jüdischer Staat möglicherweise ein sowjetischer Brückenkopf oder ein sozialistischer Vorposten im Nahen Osten werden könnte.

In den folgenden zwei Wochen bekämpften sich Gegner und Befürworter der jeweiligen Pläne im UN-Palästina-Ausschuss. Dort wurde der Minderheitenplan am 25. November mit 25 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Vier Tage später stand die entscheidende Abstimmung über den »Teilungsplan mit Wirtschaftsunion« in der Generalversammlung an.

Obwohl die Teilungsgrenzen auf fünf Seiten detailliert beschrieben waren, gab es in letzter Minute noch Änderungen. Die UNSCOP-Mehrheit hatte den Negev dem jüdischen Staat zugeschlagen. Das State Department, das grundsätzlich gegen die Teilung war, versuchte jetzt beinahe um jeden

Preis eine Änderung, um den Arabern entgegenzukommen: der Negev sollte Teil des arabischen Staates werden. Weizmann intervenierte bei Truman und rettete so den größten Teil des Negev für den jüdischen Staat. Die *Jewish Agency* gab widerwillig etwas nach: nur die kleine Wüstenstadt Bersheba plus ein kleiner Streifen an der ägyptischen Grenze würden zum arabischen Staat gehen; Jaffa würde eine arabische Enklave bleiben. Dafür würde Israel um Gebiete in Galiläa vergrößert. Die Aufteilung sah jetzt etwa so aus: 55 Prozent von Palästina für den jüdischen Staat (14.100 Quadratkilometer) mit etwa gleich viel Juden und Arabern (500.000 zu 400.000 plus 90.000 Beduinen; Ben Gurion: »Zu viele Araber«); 43 Prozent für den arabischen Staat (11.100 Quadratkilometer) mit 725.000 Arabern und 20.000 Juden; Jerusalem mit ca. 100.000 Juden und 105.000 Arabern.

Zwei Staaten: Die UN-Resolution 181

Am 29. November 1947 sprach sich die UN-Generalversammlung dann in der Resolution 181 für die Teilung aus. Von den 53 Ländern stimmten 33 mit Ja, zwei mehr, als für die Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen war. Unter ihnen die USA, die Sowjetunion und Frankreich; 13 stimmten dagegen: alle arabischen Staaten und Kuba, Griechenland und Indien; zehn enthielten sich der Stimme, unter ihnen Großbritannien und China. Die Auszählung wurde live weltweit im Radio übertragen und war damals *das* Ereignis.

Truman hat später in seinen »Erinnerungen« geschrieben, dass in keinem anderen Fall so viel Druck und Propaganda auf das Weiße Haus ausgeübt worden seien wie bei dieser Entscheidung. Die amerikanischen Zionisten waren besonders aktiv gewesen. Das Weiße Haus war mit 135.000 Briefen geradezu bombardiert worden. Trumans Anweisung vom 24. November, von amerikanischer Seite weder Drohungen



Keesing's Archiv der Gegenwart 1947

Teilungsplan entsprechend der UN-Resolution 181 vom 29. November 1947.

noch unangemessenen Druck auf Länder auszuüben, damit sie für die Teilung stimmten, war am Ende negiert worden. Es wurde Druck ausgeübt, wie eine undatierte Notiz im Weißen Haus nach einer Kabinettsitzung beweist. Sechs Länder, die zunächst gegen die Teilung waren – Haiti, Liberia, die Philippinen, China, Äthiopien und Griechenland –, waren tatsächlich mit Geld und Boykottandrohungen gekauft worden. 31 Senatoren hatten Athen mit dem Entzug der Auslandshilfe gedroht; Griechenland hatte dennoch mit Rücksicht auf seine wichtige Diaspora in der arabischen Welt gegen die Teilung gestimmt. Liberias Präsident William Tubman war vom Firestone-Chef Harvey Firestone vor die Wahl gestellt worden, entweder für die Teilung zu stimmen oder mit wirtschaftlichen Konsequenzen rechnen (Firestone war der größte Arbeitgeber mit den größten Gummiplantagen im Land). Ein Telefonat des Kongressabgeordneten Sol Bloom gab dieser Drohung Gewicht.

Nach Verkündung des Wahlausgangs sprachen die Delegierten von Saudi-Arabien, Syrien, Irak und Jemen der UNO das Recht ab, eine solche Entscheidung zu treffen, lehnten die Anerkennung der Resolution folgerichtig ab und verließen unter Protest den Saal. Sie konnten auch nicht begreifen, wie

ein palästinensischer Historiker später schrieb, warum 37 Prozent der Bevölkerung jetzt 55 Prozent des Landes erhalten sollten, von dem sie nur sieben Prozent ihr eigen nennen konnten. Die Araber machten klar, dass die Umsetzung der Resolution zum Krieg führen würde.

Die Mehrheit der Juden sah das verständlicherweise anders. Uri Avnery, der bekannte israelische Schriftsteller, berichtete damals über die Reaktion in Tel Aviv: »29. November 1947, einige Minuten nach Mitternacht. Keiner schläft. Alles sitzt an den Radioapparaten. Und über den Äther kommt die Nachricht: ›Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat die Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates beschlossen.‹ Wie ein wilder Sturm explodiert die Freude. Die Jugend strömt auf die Straße, versammelt sich, tobt. [...] Männer und Frauen, die sich noch nie gesehen haben, umarmen und küssen sich. Die Freude überspielt jeden Gegensatz, Grenzen und Unterschiede fallen in sich zusammen. In einem Meer von Fahnen, in einem Rausch von Begeisterung feiert die junge Bevölkerung die große Nachricht.«

Ben Gurion erzählte später: »Alle Juden Jerusalems feierten und tanzten. Noch nie hatte ich solche jüdische Freude gesehen. Und ich war vielleicht der einzige Jude, der nicht tanzte. Nicht etwa, weil ich den UNO-Beschluss geringer schätzte oder einen jüdischen Staat weniger wünschte als andere, sondern weil ich wusste, was uns vor der Staatsgründung erwartete und was den neuen Staat danach.« Zu seiner Tochter Renana sagte er: »Wer weiß, ob nicht auch manche der hier Tanzen-den fallen werden.«

Zur großen Erleichterung von Begin lehnten die Araber den Teilungsplan sofort ab. Seine »größte Sorge« habe darin bestanden, wie er später meinte, dass die Araber sich anders entschieden hätten, denn, »dann hätten wir die schwerste Tragödie erlebt, einen jüdischen Staat, der zu klein war, um alle Juden der Welt aufzunehmen.« Er wollte ein Groß-Israel – Eretz-Israel – schaffen, das mindestens ganz Palästina umfasste. Als er 1977 Ministerpräsident Israels wurde, formulierte

er das so: »Eines ist klar. Dieses Land gehört uns. Wir wurden hier geboren, wir bauten hier unsere Kultur und unseren Staat auf. Wir besaßen unsere beiden Tempel. Sie wurden zerstört. Jedes Gebet war mit diesem Land verbunden. Wir wandten uns beim Gebet in Richtung Jerusalem. Palästina lebte in uns – selbst dort in meiner Heimat Brest-Litowsk. Wir sahen es vor unserem geistigen Auge. Wir sprachen immer davon. Wir zweifelten nie an unserer Rückkehr nach Palästina. Es ist unser Land.« Und mit Blick auf einen arabischen Staat in Palästina wurde er noch deutlicher: »Heute verfügen die Araber über 22 Staaten. Und wenn sie einen 23. Staat wollen, um uns das Leben zur Hölle zu machen, dann sagen wir guten Gewissens, dass wir dem nicht zustimmen werden. Es ist ungerecht.«

Terror, Flucht und Vertreibung

Der österreichische Gesandte in Kairo, Erich Bielka, wurde drei Wochen nach der UNO-Entscheidung vom ägyptischen Außenminister Ahmed Khachba empfangen und berichtete nach Wien, was der ihm mitgeteilt hatte. Demnach würden Ägypten und die übrigen arabischen Staaten den Beschluss der UNO »niemals anerkennen«, da er ihre Freiheit und zukünftige Existenzmöglichkeit schwerstens gefährde. Der Außenminister wörtlich: »Es besteht kein Zweifel, dass ein jüdischer Staat, der sich ungehindert entwickeln kann, dank der ungeheuren finanziellen Unterstützung des internationalen Judentums und der kommerziellen und technischen Überlegenheit der palästinensischen Juden in Kürze eine enorme Macht und Dynamik entfalten wird. Der jüdische Staat muss dann zweifellos bestrebt sein, sich territorial auf Kosten anderer arabischer Gebiete zu erweitern.

Außerdem werden die Juden durch ihre Übermacht und ihren internationalen Rückhalt, durch ihre Beharrlichkeit und ihre Hartnäckigkeit den Handel und die Industrie des Vorderen

Orients an sich reißen und dadurch alle arabischen Staaten wirtschaftlich ausbeuten.« Dann nannte er ein Argument, das ähnlich in Washington und London diskutiert wurde. Es sei auch zu befürchten, »dass die Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina leicht als Basis für die Infiltrierung kommunistischer Ideen und kommunistischer Propaganda in den arabischen Ländern und für Zwecke des russischen Imperialismus dienen kann, wodurch die Existenz der arabischen Staaten gleichfalls im höchsten Maße bedroht würde.« Genau das befürchteten inzwischen auch amerikanische und britische Militärs und Diplomaten.

Und zum Schluss meinte er: »Bevor wir langsam unsere mühsam erkämpfte Freiheit wieder verlieren und in zwanzig Jahren vielleicht als Sklaven jüdischer Herren enden, ziehen wir lieber jetzt in den Krieg und versuchen, die Entwicklung dieses Staates unmöglich zu machen.«

Und dann kündigte er einen »Guerillakrieg in Palästina« mit Unterstützung aller arabischen Staaten an, »um die Verwirklichung des Teilungsplanes unmöglich zu machen«. Bielka zog folgendes Resümee: »Es muss damit gerechnet werden, dass Palästina in wesentlich verstärktem Maße als bisher Schauplatz blutiger Zusammenstöße und Unruhen werden wird, besonders je mehr sich die englischen Truppen zurückziehen, die in wenigen Monaten das Land vollständig geräumt haben wollen.«

Der Mufti von Jerusalem, der in Kairo residierende berüchtigte Husseini, rief am 1. Dezember zum »Heiligen Krieg« auf, die Arabische Liga beschloss am 12. Dezember, die Palästinenser mit Waffen, Munition, Geld und Freiwilligen zu unterstützen.

Es folgte ein blutiger Krieg Araber gegen Juden mit gezielten Terroranschlägen, bei denen es zu erbitterten Kämpfen und teilweise furchtbaren Exzessen kam. Die erste Phase dauerte etwa bis Ende März 1948. Vielfach war es ein klassischer Guerillakrieg: die Araber operierten in kleinen Gruppen zu 150 Mann, lauerten in den Orangengärten und griffen dann

die Dorfbewohner an. In den Städten wurde Terror ausgeübt; von Minaretts schossen Scharfschützen. Später gingen die Araber zu einer anderen Taktik über und blockierten erfolgreich die Versorgungswege zu den Städten. So wurde etwa West-Jerusalem mit seinen 100.000 jüdischen Einwohnern von jeder Verbindung abgeschnitten. Jüdische Konvois wurden permanent angegriffen.

Auf jüdischer Seite war Ben Gurion für die Sicherheit zuständig. Ihm unterstand die Haganah mit etwa 35.000 Soldaten und deren Spezialeinheit Palmach mit 2500 Kämpfern. Die Haganah war grundsätzlich gegen Terror und organisierte neben der Beschaffung von Waffen in erster Linie die illegale Einwanderung der Juden. Auch nach dem Teilungsbeschluss lehnte sie Terror ab und sicherte die jüdischen Siedlungen gegen arabische Angriffe. Für Terror standen die Irgun unter Menachem Begin und Lechi unter Yitzhak Shamir. Ende Dezember und Anfang Januar waren sie für hunderte tote und verletzte arabische Zivilisten verantwortlich, nachdem sie in Tel Aviv, Jaffa, Haifa und Jerusalem Anschläge verübt hatten. Am 13. und 29. Dezember wurden allein in Jerusalem bei Bombenattentaten 37 Araber getötet und 80 verwundet. Eine ähnliche Operation führte am 30. Dezember zu einer der blutigsten und übelsten Massaker in jenem Jahr. Irgun-Mitglieder warfen wahllos etliche Bomben in eine Menge an einer Bushaltestelle außerhalb der Öl-Raffinerie von Haifa. Sechs Araber wurden getötet, zahlreiche verwundet. In einer spontanen Aktion erschlugen die Raffinerie-Arbeiter daraufhin 39 jüdische Kollegen und verwundeten weitere 50.

Diesmal reagierte die Haganah mit einem Angriff auf zwei Dörfer, in denen die Arbeiter der Raffinerie wohnten. Der Befehl lautete: »So viele Araber wie möglich töten, aber keine Frauen und Kinder.« Am Ende gab es 60 Tote, unter ihnen auch Frauen und Kinder. Es gab Kritik, die Ben Gurion zurückwies. Man könne ganze Dörfer unterscheiden, aber keine Einzelpersonen: »Wir führen Krieg, und so läuft kein Krieg.« Anders könne man nicht durchhalten.

Von nun an wurde Terror mit Gegenterror beantwortet – auch von der Haganah. Es war Ben Gurion, der, so Tom Segev, die Haganah von ihrer wichtigsten Fessel – »der Reinheit der Waffen« – befreite.

Bei all diesen Aktionen standen die Briten abseits. Die britische Regierung hatte sich entschieden, nichts zu tun und nicht in die Kämpfe zwischen Juden und Araber einzugreifen. Am 1. Januar 1948 erklärte sie, ihr Mandat über Palästina werde am 15. Mai 1948 enden und ihre Streitkräfte würden bis dahin nur zur Selbstverteidigung eingesetzt werden.

Der »Bürgerkrieg« zwischen Juden und Arabern ging inzwischen mit unverminderter Härte weiter. Bis Anfang Februar waren etwa 1000 Tote zu beklagen. Die letzte Märzwoche war besonders schlimm für die Juden: mehrere ihrer Konvois gerieten in Hinterhalte, 100 der besten Kämpfer starben. Zu dem Zeitpunkt waren arabische Diplomaten davon überzeugt – und äußerten sich so zu ihren österreichischen Kollegen –, dass, sobald die Engländer Palästina verlassen hätten, »die Araber mit den Juden kurzen Prozess machen«.

Am 9. April gab es ein Massaker, das bis heute unvergessen ist. Das arabische Dorf Deir Yassin, das zur internationalen Zone von Jerusalem gehören sollte, wurde am 9. April 1948 von Begin's Irgun-Terroristen überfallen, Männer, Frauen und Kinder wurden ermordet, die teils verstümmelten Leichen in Brunnen geworfen, die Überlebenden vertrieben. Die Rede war von 254 Toten. Alle Parteien in Palästina waren an dieser hohen Zahl interessiert: Die Haganah, um sich von der Terrororganisation Irgun zu distanzieren; die Araber und Briten, um das Ansehen der Juden herabzusetzen; die Irgun, um durch Angst und Schrecken die Araber zur Flucht zu bewegen. Begin meinte später, Deir Yassin sei sechs Bataillone wert gewesen. Tatsächlich wurde es zu *dem* Symbol für zionistisches Unrecht. Als Vergeltung für das Massaker wurden sechs Tage später 70 jüdische Ärzte und Krankenschwestern von Arabern ermordet.

Zu diesem Zeitpunkt hatte bereits die zweite Phase der Kämpfe begonnen – unter ganz neuen Voraussetzungen. Die

50-jährige Golda Meir, seit 1946 verantwortlich für die *Jewish Agency* in Jerusalem und eine der einflussreichsten Zionistinnen (1948/49 Botschafterin in Moskau, 1956–1965 Außenministerin, 1969–1974 Ministerpräsidentin) hatte allein in den USA von Januar bis März 1948 50 Millionen US-Dollar (nach heutigem Wert etwa 500 Millionen) für die Haganah gesammelt, mit denen Waffen aus der Tschechoslowakei beschafft worden waren. Die Haganah ging erfolgreich in die Offensive und setzte den »Plan Dalet« um, der für Flucht und Vertreibung der Palästinenser steht. Der Plan war unter Leitung von Yigael Yadin entwickelt worden, damals Chef der Operationsabteilung im Generalstab der Haganah. Er übertrug den örtlichen Befehlshabern die Verantwortung für das Schicksal der arabischen Dörfer im jeweiligen Befehlsbereich. Die Parole lautete erobern und säubern, evtl. zerstören.

Es ging darum, möglichst viele Städte und Dörfer zu erobern und von Arabern zu »säubern« und so zu »befreien«. Die Vertreibung als Kriegsziel hatte Ben Gurion schon Wochen vorher formuliert: »Man muss die Methode aggressiver Verteidigung anwenden, bei jedem Angriff möglichst einen schweren Schlag landen, den Ort zerstören oder die Einwohner vertreiben und ihre Stelle einnehmen.« Einer seiner Berater formuliert es so: »Es braucht eine brutale und starke Reaktion. [...] Wenn man die Familie kennt – erbarmungslos zuschlagen, Frauen und Kinder eingeschlossen. Sonst nutzt der Einsatz nichts. Am Einsatzort muss man nicht zwischen schuldig und unschuldig unterscheiden.« Ben Gurions Biograph Tom Segev urteilt so: »Ben Gurion trug die Vertreibung der arabischen Bevölkerung ausdrücklich mit.«

Bis Mitte Mai war dieses Ziel u. a. in Jaffa, Haifa, Akko, Safed und Tiberias erreicht. Der beste Kenner dieser Geschichte, der israelische Historiker Benny Morris, schätzt, dass bis dahin zwischen 300.000 bis 400.000 Araber geflüchtet bzw. vertrieben worden waren. Er meint aber auch, dass es bei dem »Plan Dalet« nicht in erster Linie darum gegangen sei, die Araber zu vertreiben, sondern darum, die Gebiete des

jüdischen Staates am Vorabend des Abzuges der Briten und der erwarteten panarabischen Invasion abzusichern. Erst Anfang April sei es um Transfer und Vertreibung gegangen. Meistens war es dabei so zugegangen wie etwa in Safed, wo der Palmach-Kommandant Yigal Allon den Bewohnern angedroht hatte: »Falls ihr nicht sofort flieht, werdet ihr abgeschlachtet und eure Töchter werden vergewaltigt.« In manchen Orten geschah beides. Bemühungen des Arabischen Hochkomitees, die Bewohner zum Bleiben zu bewegen, blieben erfolglos. Da halfen weder Aufrufe noch Drohungen. Es gibt auch keine Beweise für das später oft gehörte Argument, die arabischen Führer hätten ihre Landsleute mit dem Argument zur Flucht aufgerufen, die Gebiete würden schon bald wieder zurückerobert werden.

Doch keine zwei Staaten?

Angesichts der bürgerkriegsähnlichen Entwicklung bis Anfang Februar verstärkten sich im State Department und bei den US-Militärs die Bedenken gegen die Teilung. Man befürchtete, dass der jüdische Staat als möglicher neuer Satellitenstaat Moskaus den Frieden im Nahen Osten stören und zu einer Destabilisierung der gesamten Region führen könnte.

Der amerikanische Geheimdienst CIA sah das ähnlich: Eine Teilung sei nicht möglich, der Fehlschlag schon erkennbar. Washington schlug jetzt eine Treuhänderschaft Palästinas durch die USA, Großbritannien und Frankreich vor, die mit amerikanischen Truppen abgesichert werden sollte. Am 19. März beantragte der amerikanische UN-Vertreter Warren R. Austin eine Sondersitzung der UNO-Vollversammlung, auf der ein entsprechender Treuhandplan für Palästina beschlossen werden sollte.

Das war wenige Tage nach dem kommunistischen Umsturz in Prag am 25. Februar 1948. Außenminister Bevin sprach im

Kabinett von einer »Bedrohung der westlichen Zivilisation« durch die Sowjetunion: der Kreml schicke sich nunmehr an, das restliche Europa sowie den Mittleren und Fernen Osten zu erobern, »mit anderen Worten, das Ziel des Politbüros ist die Herrschaft über Eurasien und letztlich die Weltherrschaft – nicht mehr und nicht weniger«.

Alle Befürchtungen auf westlicher Seite hinsichtlich des Nahen Ostens wurden bestätigt, als die Sowjetunion die Beratung des amerikanischen Plans in der UNO blockierte. Truman neigte zunächst der Treuhänderidee zu, traf aber am 18. März Chaim Weizmann, der ihn von der Notwendigkeit des jüdischen Staates mit dem Argument »Die Wahl für unser Volk heißt Staat oder Vernichtung« überzeugen konnte. Truman bekräftigte seine Entscheidung für die Teilung.

Gegen den anhaltenden Widerstand des State Department, und insbesondere von Außenminister George Marshall, war er nach diesem Gespräch für die Umsetzung des UNO-Teilungsplans. Zum einen, weil Weizmanns Argumente ihn offensichtlich beeindruckt hatten, zum anderen aber aus innenpolitischen Gründen: Truman hegte zwar keine besondere Sympathie für die Juden, aber er wollte wiedergewählt werden. Im Herbst standen Präsidentschaftswahlen an. Es galt, die 4,6 Millionen jüdischen Stimmen zu gewinnen.

Wie so oft bestimmte auch diesmal amerikanische Innenpolitik die Entwicklung im Nahen Osten. Für Ernest Bevin war die amerikanische Palästina-Politik folglich auch nur eine »reine Hausküche für die Wahlen«, wie er sich im Mai gegenüber Österreichs Botschafter in London, Heinrich Schmid, äußerte.

Am 19. April legten die USA ihren Trusteeship-Plan als Abänderungsplan zum Teilungsbeschluss vom 29. November 1947 vor. Die USA erklärten sich bereit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung unter zwei Bedingungen Truppen nach Palästina zu entsenden: Mitbeteiligung anderer Staaten und Zustandekommen eines Waffenstillstandes zwischen Arabern und Zionisten. Der Plan sah auch vor, die für Jerusalem und Bethlehem

in Aussicht genommene internationale Verwaltung auf ganz Palästina auszudehnen.

Am 23. April übertrug der UN-Sicherheitsrat den Konsuln von Belgien, Frankreich und den USA in Jerusalem die Aufgabe, mit einer entsprechenden Kommission (*UN Truce Commission*) einen Waffenstillstand in Palästina zu realisieren.

Eine der Überraschungen während der außerordentlichen Generalversammlung war, dass am 25. April die Sowjetunion nach 13-monatigem Boykott des *Trusteeship Councils* plötzlich wieder einen Vertreter in dieses Gremium entsandte, um an allen Beratungen und Maßnahmen für Palästina teilnehmen zu können.

Am 28. April gab es einen ersten kleinen Erfolg der Vereinten Nationen in der Palästina-Frage. Nach langen Verhandlungen mit den zionistischen und arabischen Vertretern in Lake Success einigte man sich zum Schutz der Heiligen Stätten auf eine vom Roten Kreuz überwachte Feuerpause für das Stadtgebiet von Jerusalem. Die Feuerpause galt allerdings nicht für die Straße Jerusalem-Tel Aviv, die für die Versorgung der 100.000 Juden in Jerusalem lebenswichtig war. An alle Beteiligten erging gleichzeitig ein Appell zur Waffenruhe.

Am 3. Mai sprach sich der britische Kolonialminister Creech Jones gegen den amerikanischen Plan aus, weil Araber und Zionisten ihn abgelehnt hätten und sich kein Staat außer den USA bereit erklärt habe, Truppen nach Palästina zu entsenden.

Eine Verlängerung des britischen UN-Mandats lehnte die Kommission ab. Auch in der Frage der Einwanderung war eine Einigung nicht erreicht worden. Die Zionisten wollten innerhalb von zwei Jahren 100.000 Juden einwandern lassen, die Briten 1500 im Monat, die Amerikaner 4000, was von den Arabern abgelehnt worden war.

Am 12. Mai gab es im Oval Office ein letztes, entscheidendes Gespräch mit Präsident Truman, bei dem noch einmal alle Argumente für und gegen den neuen Staates vorgetragen wurden; auf der einen Seite von von Trumans Berater Clark Clifford, auf der anderen Seite von Außenminister

George Marshall. Am Ende der Sitzung machte Marshall die inzwischen vielfach zitierte Äußerung, dass er bei den Wahlen im Herbst gegen den Präsidenten stimmen werde, falls Truman Israel anerkennen werde. (*»I said bluntly... I would vote against the President.«*)

Die Unabhängigkeitserklärung

Am selben Tag, 12. Mai, fiel in Tel Aviv die Entscheidung für den neuen Staat. Dessen Unabhängigkeit sollte am 14. Mai verkündet werden. Zuerst fasste das Exekutivkomitee von Ben Gurions Mapai-Partei den entsprechenden Beschluss, obwohl noch während der Sitzung Golda Meir vom Scheitern ihrer Gespräche mit Transjordanies König Abdullah berichtete, wonach der König Israel nach dessen Unabhängigkeitserklärung nicht angreifen und dafür den Teil Palästinas übernehmen würde, der laut Teilungsplan für den arabischen Staat vorgesehen war. Der König hatte abgelehnt, es würde kein Abkommen geben. Die Mitglieder waren sich der Gefahr bewusst und wollten von Ben Gurion wissen, wie stark die Haganah war. Deren Kommandanten bezeichneten die Siegeschancen »bestenfalls mit fünfzig zu fünfzig« und ergänzten: »Ein Sieg ist ebenso wahrscheinlich wie eine Niederlage.«

Ob abgestimmt wurde, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, da nach Aussage von Tom Segev das Sitzungsprotokoll nicht vollständig erhalten ist. Segev: »Jedenfalls gab es nicht viele Gegner.«

Im Anschluss fand eine Sitzung mit den Vertretern der *Jewish Agency*, Mapai und kleineren Parteien statt, dem späteren provisorischen Kabinett. Zehn Personen waren anwesend, drei hatten das belagerte Jerusalem nicht verlassen können. Es wurden Fragen gestellt: Sollte der Waffenstillstandsappell der UNO angenommen und die Unabhängigkeitserklärung verschoben werden? Wegen der schweren Kämpfe

plädierten einige für Annahme des Appells und für Aufschub. Die Haganah-Kommandanten meinten jetzt, die Chancen, den arabischen Armeen standhalten zu können, seien »sehr ausgeglichen«. Es wurde abgestimmt: sechs gegen drei Stimmen für Verkündung der Unabhängigkeitserklärung. Entscheidend war dabei auch die Drohung, dass, falls Ben Gurion nicht handeln würde, Begin die Unabhängigkeit ausrufen würde.

Dann ging es um den finalen Text der Unabhängigkeitserklärung. Den ersten Entwurf hatte der Jurist Zvi Berenson (später Richter am höchsten Gericht Israels) auf Bitten Ben Gurions erstellt. In zwei Komitees war inzwischen der Text eingehend diskutiert worden. Zunächst musste über den Namen für den neuen Staat entschieden werden. Zur Debatte standen Zion, Judäa, Jüdischer Staat, Land von Israel, Yehuda und Israel. Mit sechs zu drei Stimmen wurde Ben Gurions Vorschlag akzeptiert: Israel.

Ein Mitglied des Nationalrates, der Jurist Felix Rosenblüth, 1878 in Berlin geboren, seit 1926 in Palästina (und als Pinchas Rosen später Israels erster Justizminister), sprach ein Problem an, das schon im ersten Komitee diskutiert worden war: die Grenzen des neuen Staates, die Berenson in seinem Entwurf entsprechend dem UN-Teilungsbeschluss genannt hatte. Rosenblüth wollte jetzt, dass die Grenzen auch in der Unabhängigkeitserklärung genannt werden sollten; das sei eine juristische Frage, die man nicht übergehen könne. Ben Gurion sah das anders: In der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung seien auch keine Grenzen genannt worden. Für ihn galten die im UN-Teilungsbeschluss genannten Grenzen schon jetzt nicht mehr; sie waren nur eine erste Etappe für ihn, wie seine Antwort deutlich machte: »Alles ist möglich. Wenn wir hier beschließen, nichts von Grenzen zu sagen, dann sagen wir nichts davon.« Später zitierte er sich so: »Eine Deklaration über die Grenzen des Staates ist unnötig. Wir kennen sie nicht. Wir haben den Beschluss der UNO angenommen, die Araber nicht. Wenn wir ihren Angriff zum Scheitern bringen und Obergaliläa oder die Straße nach Jerusalem zu beiden Seiten

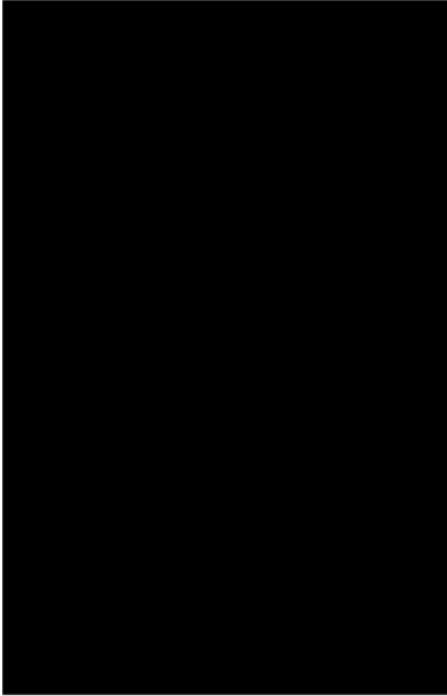
erobern, werden diese Gebiete zum Staat gehören. Wir dürfen uns nicht festlegen.« Fünf der neun Abstimmenden stimmten zu. Die Frage der Grenzen blieb offen für die Entscheidung durch den Krieg.

An einem jener Tage flog Ben Gurion von Jerusalem nach Tel Aviv und schrieb nach seiner Rückkehr in sein Tagebuch: »Der Flug hat 35 Minuten gedauert. Wie klein ist unser Land.« Bei dem Punkt traf er sich mit Begin. Der machte am 15. Mai im Rundfunk in seltener Offenheit klar, worum es gehen würde: »Es sind die jüdischen Waffen, die über die Grenzen des jüdischen Staates entscheiden.«

Am Freitag, 14. Mai, würde um Mitternacht das britische Palästina-Mandat zu Ende gehen. Um 13:00 Uhr verließ der britische Hochkommissar General Sir Alan Cunningham zum letzten Mal das Government House, inspizierte die Wache der *Highland Light Infantry* und fuhr im Schutz von Panzerwagen und Polizeireitern quer durch Jerusalem zum Kalundia-Flugfeld. Über der Kolonne kreisten Flugzeuge der *Royal Air Force*. Cunningham beschrieb die Szene später so: »Ich befand mich in meinem kugelsicheren Daimler, einem großen Wagen mit Fenstern, die einen Inch dick waren. Man hatte ihn ursprünglich für den König gebaut zum Schutz gegen Bomben während des ›Blitz‹ gegen London. Er hatte ihn mir für diese Aufgabe geliehen. Wir fuhren durch Jerusalem, auf der einen Straßenseite Juden, auf der anderen Araber, beide mit Waffen im Anschlag, aber sie ließen mich durch.«

Von Kalundia flog Cunningham nach Haifa, wo ihn im Hafen bereits der Kreuzer HMS *Euryalus* erwartete. Zu seinen Ehren waren Truppen aufmarschiert. Am Abend ging er an Bord des Kreuzers. Genau um Mitternacht wurde die britische Fahne eingeholt, und die *Euryalus* verließ den Hafen. Das war das Ende der 30-jährigen britischen Herrschaft im Heiligen Land.

Fast zur gleichen Stunde, als Cunningham seine Residenz verließ, etwa um 14:00 Uhr, versammelten sich von den 37 Mitgliedern des jüdischen Nationalrates 25 im Museum von Tel Aviv. Elf saßen in dem von Arabern belagerten Jerusalem



Israel Government Press Office, Jerusalem

Um Mitternacht des 14. Mai 1948 endet das britische Palästina­mandat. Am Nachmittag verlässt Hochkommissar General Sir Alan Cunningham zum letzten Mal das Government House in Jerusalem.

fest, ein Mitglied, Chaim Weizmann, war in den USA. Vertreten waren dennoch Repräsentanten aller Fraktionen des Zionismus und auch der ultraorthodoxen religiösen Partei und der Kommunistischen Partei Israels. Da am Freitag bei Sonnen­untergang der Sabbat beginnt, musste gehandelt werden. Bis 15:30 Uhr wurde noch einmal ausführlich über die Un­abhängigkeitserklärung diskutiert und über die endgültige For­mulierung entschieden.

Der Name des Staates machte kein Problem, es blieb bei Israel. Aber dann kam es zu einem Streit über die Einfügung eines Hinweises auf Gott. In dem vorliegenden Entwurf stand:

»Voll Vertrauen auf den Fels Israel«. Der Vertreter der religiösen Partei wollte diese Formulierung nur akzeptieren, wenn die Worte »und sein Erlöser« hinzugefügt würden, während sein Kollege vom linken Flügel der Arbeitspartei das wiederum ablehnte: »Ich kann kein Dokument unterschreiben, das sich auf irgendeine Weise auf Gott bezieht, an den ich nicht glaube.« Am Ende gelang es Ben Gurion, beide Seiten davon zu überzeugen, dass »der Fels Israel« eine zweifache Bedeutung hatte: für viele Juden würde der Ausdruck »Gott« bedeuten, aber auch als ein Hinweis auf »die Stärke des jüdischen Volkes« gesehen werden. »Und sein Erlöser« kam nicht vor. Schließlich stimmten die 25 Mitglieder einstimmig für den Text und unterschrieben. Anschließend konstituierte sich das Gremium als Provisorischer Staatsrat und wählte einen Exekutivausschuss aus 13 Personen als Provisorische Regierung mit Ben Gurion als Vorsitzenden.

Die für 16:00 Uhr vorgesehene Veranstaltung hatte man nicht öffentlich angekündigt, da man ein Verbot der Briten oder einen Angriff der ägyptischen Armee befürchtete. In der Einladung hatte denn auch der Satz gestanden: »Wir bitten Sie dringend, Inhalt und Zeitpunkt der Veranstaltung geheim zu halten.« Für die Gäste, die um 15:30 Uhr erscheinen sollten, gab es eine Kleiderordnung: »Feierlich, in schwarz gekleidet.« Eine ähnliche Kleiderordnung hatte Theodor Herzl den Teilnehmern am Zionistenkongress 1897 vorgeschrieben.

Die Geheimhaltung funktionierte nicht. Die erkennbaren Aktivitäten rund um das für die Veranstaltung vorgesehene Museum auf dem Rothschild Boulevard führten dazu, dass sich schon bald hunderte Israelis außerhalb des Gebäudes versammelten. Ursprünglich war dies das Haus von Meir Dizengoff, dem ersten Bürgermeister von Tel Aviv, gewesen. Der hatte es 1931 der Stadt zur Verwendung als Museum überlassen; seit 1936 gab es dort das Kunstmuseum. Es war beschlossen worden, die Feier dort zu veranstalten, »nicht etwa, weil es ein imposantes Gebäude war, sondern weil es klein genug war, um leicht bewacht werden zu können«, wie

Golda Meir später schrieb. Für 2000 Dollar hatte man alles entsprechend hergerichtet: die Fußböden waren geschrubbt, die Aktbilder »züchtig verhängt« (Golda Meir), die Stühle für die Ehrengäste von umliegenden Cafés ausgeliehen und die Technik für den Rundfunksender *Kol Israel* (Stimme Israels) hergerichtet worden. Mit der Übertragung der Unabhängigkeitserklärung wurde dieser Sender jetzt die offizielle Stimme des neuen Staates.

Ben Gurion eröffnete die Sitzung. Hinter ihm an der Wand hing ein Porträt Theodor Herzls, links und rechts davon je eine weiße Fahne mit dem blauen Davidstern und den zwei blauen Streifen. Die Versammlung sang die Hatikva. Dann verlas Ben Gurion im Namen der Provisorischen Regierung die Unabhängigkeitserklärung für den Staat Israel.

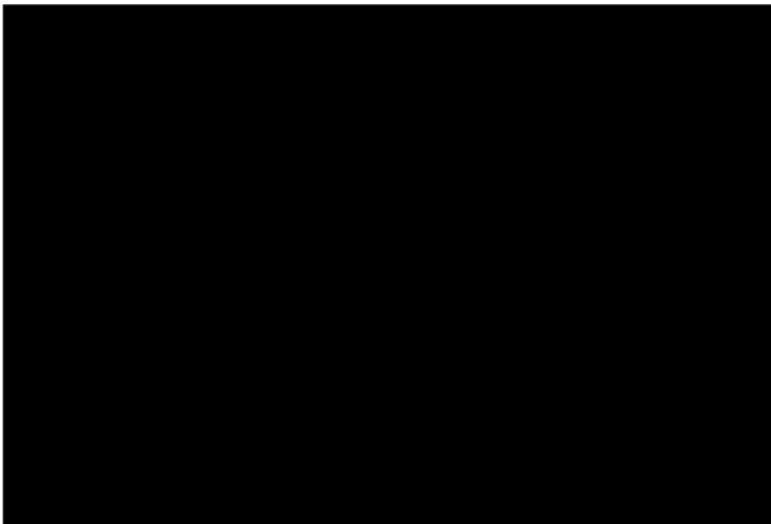
Er begann mit einem historischen Rückblick. Er erwähnte Theodor Herzl und den ersten Zionistenkongress 1897, dann die Balfour-Deklaration 1917, das britische Völkerbund-Mandat, die Katastrophe, als Millionen von Juden in Europa »zur Schlachtbank geschleppt« wurden, und was »unwiderleglich aufs neue« beweise, »dass das Problem der jüdischen Heimatlosigkeit durch die Wiederherstellung des jüdischen Staates im Lande Israel gelöst werden muss. [...] Gleich allen anderen Völkern ist es das natürliche Recht des jüdischen Volkes, seine Geschichte unter eigener Hoheit selbst zu bestimmen.« Und dann kam der entscheidende Satz: »Demzufolge haben wir, die Mitglieder des Nationalrates, als Vertreter der jüdischen Bevölkerung und der Zionistischen Organisation, heute, am letzten Tage des britischen Mandats über Palästina, uns hier eingefunden und verkünden hiermit kraft unseres natürlichen und historischen Rechtes und aufgrund des Beschlusses der UN-Vollversammlung die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel – des Staates Israel.«

Dieser Staat werde der »jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offen stehen« und sich auf »Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels« stützen. Dann gab es weitere Zusagen, auf deren

Einhaltung später oft verwiesen wurde. Der Staat werde »allen seinen Bürgern ohne Unterschied der Religion, der Rasse oder des Geschlechtes soziale und politische Gleichberechtigung gewähren. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kulturen gewährleisten, die heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.«

Die in Israel lebenden Araber wurden aufgerufen, »den Frieden zu wahren und sich aufgrund voller bürgerlicher Gleichberechtigung und entsprechender Vertretung in allen provisorischen und permanenten Organen des Staates an seinem Aufbau zu beteiligen.« Den Nachbarstaaten wurde die Hand zum Frieden, zu guter Nachbarschaft, Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe angeboten.

Anschließend unterschrieben die anwesenden 25 Mitglieder des Volksrates das Dokument. (Die abwesenden Mitglieder holten ihre Unterzeichnung später nach; von den



Israel Government Press Office, Jerusalem (Rudi Weissenstein)

Am Nachmittag des 14. Mai 1948 verliest David Ben Gurion im Kunstmuseum von Tel Aviv die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel.

insgesamt 37 Unterzeichnern kamen 34 aus Osteuropa, jeweils einer aus Berlin, Kopenhagen, dem Jemen und Tiberias.) Nach 32 Minuten war alles vorbei. Als Moshe Shertok als letzter unterschrieben hatte, erhob sich die Menge und sang erneut die Hatikva, diesmal begleitet vom 70 Mann starken *Palestine Philharmonic Orchestra*. Anschließend machte Ben Gurion noch einmal klar, was soeben geschehen war: »Der Staat Israel ist gegründet.« Und dann: »Die Versammlung ist hiermit beendet.«

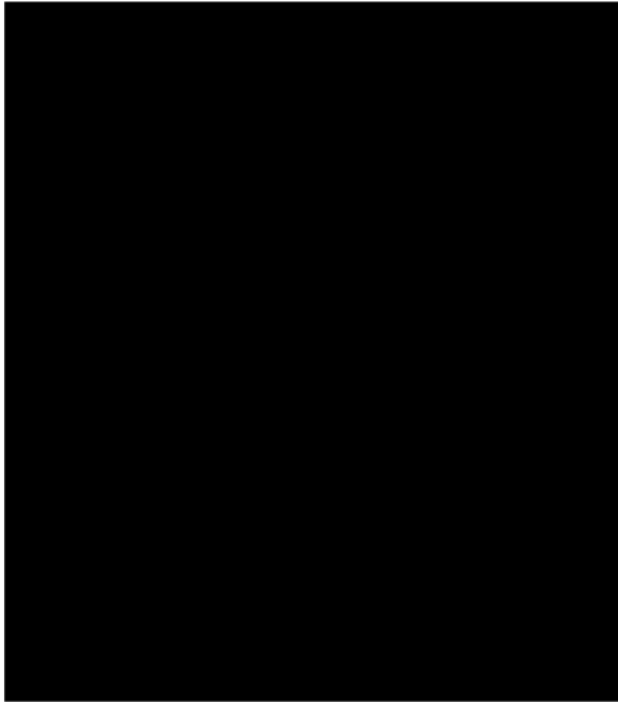
Es war ein emotionales Ereignis, viele waren überwältigt von ihren Gefühlen und weinten vor Freude. Golda Meir schrieb später in ihren »Erinnerungen«: »Alles, was ich von meiner Unterzeichnung noch weiß, ist, dass ich hemmungslos weinte und nicht einmal imstande war, mir die Tränen vom Gesicht zu wischen.« Sie habe geweint, weil der Gedanke »an alle, die heute hier sein sollten und nicht hier sind«, ihr fast das Herz gebrochen habe.

Die Unabhängigkeitserklärung enthielt die wichtigsten Grundprinzipien des Staates Israel. Aber sie war keine Verfassung im eigentlichen Sinne, obwohl sie später oftmals in diesem Sinne interpretiert wurde, auch und gerade, wenn es um die erwähnten Zusagen ging, etwa die viel zitierte Gleichberechtigung aller Bürger mit Blick auf Religion, Rasse etc.

Wenige Stunden vor der Veranstaltung im Museum war aus Kairo bekannt geworden, dass ägyptische Truppen den neuen Staat angreifen würden. Der bedeutete Krieg. Er begann eine Minute nach Mitternacht.

In sein Tagebuch notierte Ben Gurion: »Im Land Jubel und große Freude, und wieder, wie am 29. November, bin ich ein Trauender unter Feiernden. Um 4 Uhr nachmittags wurde die jüdische Unabhängigkeit ausgerufen und der Staat gegründet. Sein Schicksal ruht in den Händen der Sicherheitskräfte.«

Der Leiter der *Jewish Agency* in den USA, Eliahu Epstein, informierte Präsident Truman von dem Ereignis in Tel Aviv und dass die Unabhängigkeit Israels am Ende des britischen Palästinaamandats eine Minute nach Mitternacht, d. h.



Harry S. Truman Presidential Library, Independence, Missouri

Am Ende des britischen Palästina Mandats um Mitternacht des 14. Mai 1948 tritt Israels Unabhängigkeit in Kraft. 11 Minuten später erkennt US-Präsident Harry S. Truman die provisorische Regierung Israels an. Er notiert die Uhrzeit in Washington: 6:11.

18:00 Uhr Washingtoner Zeit, in Kraft treten werde. Er verband dies mit der Hoffnung, dass die US-Regierung den Staat Israel anerkennen und in der Gemeinschaft der Nationen willkommen heißen werde. 11 Minuten nach Mitternacht erkannte Truman die provisorische Regierung Israels de facto an und notierte die Zeit: 6:11. Anschließend wurde die Presse informiert.

Truman hat seine Entscheidung nie bereut. Im Gegenteil: als er bei einem späteren Empfang einer amerikanisch-jüdischen Delegation als derjenige vorgestellt wurde, der mitgeholfen habe, den Staat Israel zu gründen, reagierte der

Baptist aus Missouri vielsagend: »Was meinen Sie mit ›mitgeholfen hat? Ich bin Cyrus! Ich bin Cyrus!« Truman war ein Kenner der antiken Geschichte: Cyrus (Kyros) der Große (ca. 576–530) hatte die Juden aus babylonischer Gefangenschaft befreit und den Wiederaufbau des Tempels in Jerusalem angeordnet. Und er hatte nahezu den gesamten Nahen Osten unter seine Herrschaft gebracht. Einen ähnlichen Einfluss würden die USA in den nächsten Jahrzehnten im Nahen Osten ausüben. Und Robert Lovett, Staatssekretär im State Department, notierte, Truman sei zwar nicht der Vater des neuen Staates, »aber immerhin dessen Geburtshelfer«.

Dass Trumans de facto-Anerkennung Israels ohne vorherige Verständigung der arabischen Staaten erfolgt war und die das aus der Zeitung erfuhren, rief in Kairo »größtes Erstaunen und weitgehende Missbilligung« hervor und wurde als »ausgesprochen unfreundliche Handlungsweise der USA gegenüber den arabischen Staaten« gesehen, wie Österreichs Botschafter in Kairo nach Wien meldete.

Im Vatikan kam wenig Begeisterung auf, wie der dortige Botschafter Österreichs berichtete. Eine »Lösung der Judenfrage« durch die Neuschaffung eines »Judenstaates« in Palästina »mit dorthin verpflanzten Juden« sah man schon in ihren Grundlagen als verfehlt an, »da es sich hier in Ansehung des Umstandes, dass es in Palästina keine autochthone jüdische Bevölkerung gibt, um eine staatliche Neubildung auf rein rassischer Grundlage handelt, welche letztere man nach der Niederwerfung des Hitlerismus bereits für überwunden halten zu können glaubte. Man sieht bei dieser Lösung auch ungünstige Rückwirkungen für das Weltjudentum voraus, das durch die von ihm betriebene Neugründung in eine Zwitterstellung gerät, die dazu führen könnte, dass die in ihren Heimatländern verbliebenen Juden in diesen mehr oder weniger als Ausländer empfunden werden, auf die man sich nicht mehr unter allen Umständen verlassen könne.« So hatte auch schon der für Indien zuständige Minister im britischen Kabinett, Edwin Montagu, 1917 bei der Diskussion um die Balfour-Deklaration argumentiert.

Holocaust und Staatsgründung

War der Holocaust entscheidend – oder mitentscheidend – für die Errichtung des Staates Israel? Eine Frage, die oft gestellt und unterschiedlich beantwortet wird. Der israelische Historiker Dan Diner geht so weit und behauptet, Israel sei eine direkte Folge des Holocaust. Selbst 1946 in einem DP-Lager in der Nähe von München geboren, stützt er seine These, dass die Wiege Israels »gewissermaßen in Bayern« gestanden habe, mit dem Hinweis auf die Tatsache, dass in den dortigen Lagern die Geretteten für den Kampf in Israel militärisch ausgebildet wurden. Das ist sicher richtig, aber wohl nicht allein entscheidend für die Gründung. Bekannt ist, dass David Ben Gurion Ende 1945 eine Rundreise durch einige DP-Lager machte, wo er begeistert gefeiert wurde. Für ihn waren die Flüchtlinge »eine zionistische Kampftruppe«, die mit Hilfe der Fluchtorganisation *Bricha* illegal nach Palästina geschleust wurden. Die *Bricha* hatte für ihn nur ein Ziel, wie er Ende 1945 notierte: »Wir sehen darin einen – wenn nicht sogar den entscheidendsten – staatspolitischen Faktor in dem schweren Ringen, das wir vor uns haben.« Im israelisch-arabischen Krieg spielten dann die mit der *Bricha* illegal nach Palästina geschleusten etwa 200.000 DPs bei der Verteidigung der Unabhängigkeit eine entscheidende Rolle.

Der *Spiegel* zitiert Yehuda Bauer, den langjährigen Chefhistoriker von Yad Vashem, der die Gründungsgenese Israels so sieht: »Die Shoah an sich spielte keine Rolle, sondern die Situation im Mittleren Osten und der Druck der DP-Lager.« Die überlebenden Juden hätten eine zentrale Rolle für den Kampf um die Unabhängigkeit gespielt.

Tom Segev sieht es so: »Das soziale, kulturelle, politische, wirtschaftliche und militärische Fundament des künftigen Staates war gelegt, der nationale Zusammenhalt gefestigt. Deshalb ist es falsch zu sagen, der Staat sei als Folge des Holocaust entstanden; der Anteil der Briten an seiner Gründung war größer.« Die DPs machten nur 10 Prozent »der ersten

Million« aus, die Ben Gurion ins Land bringen wollte. Dass es ihm allerdings gelang, sie »in die Speerspitze seines zionistischen Kampfes zu verwandeln, war seine wichtigste Leistung in jenen Monaten. Das zionistische Aufbauwerk und der Kampf gegen die Briten gingen Hand in Hand.« Wobei festzuhalten ist: Die UNSCOP-Mitglieder besuchten keine DP-Lager, sondern formten ihr Urteil auf der Basis dessen, was sie in Palästina – und der jüdischen Aufbauarbeit dort – vorfanden.

Auch nach dem Holocaust war immer noch unklar, ob und wann der jüdische Staat entstehen würde. Mitentscheidend war wohl, dass sich öffentlich zuerst Präsident Truman Ende 1946 für seine Errichtung aussprach. Der sowjetische UNO-Vertreter Andrej Gromyko ging dann in der UNO auf das Thema ein, als er am 14. Mai 1947 das Streben der Juden nach Gründung ihres Staates als »berechtigt« bezeichnete; eine Verweigerung sei »nicht zu rechtfertigen, besonders unter Berücksichtigung dessen, was sie im Zweiten Weltkrieg erlebt hätten«. Briten und Amerikaner befürchteten nicht ganz zu Unrecht, dass die Sowjets mit dieser Politik bestimmte Erwartungen verknüpften: Einfluss im Nahen Osten mit einem sozialistisch/kommunistischen Staat. Dann gab es im November 1947 die UN-Resolution 181. Für den israelischen Historiker Michael Cohen leistete die westliche Welt mit dieser Resolution Buße für den Holocaust, trugen jene Staaten eine Schuld dafür ab, dass sie während des Krieges nicht mehr getan hatten, um die Tragödie der Juden zu verhindern oder ihnen mehr zu helfen.

Der erste israelisch-arabische Krieg

Die erste Phase

In Tel Aviv hatte man Mitte Mai 1948 andere Sorgen. Der erste israelisch-arabische Krieg hatte begonnen, Israel verteidigte seine Unabhängigkeit. Fast gleichzeitig mit Trumans Anerkennungs-Unterschrift 11 Minuten nach Inkrafttreten dieser Unabhängigkeit griffen Truppen aus Ägypten, Transjordanien, Syrien, Saudi-Arabien, dem Libanon und dem Irak Israel an. Der Generalsekretär der Arabischen Liga verkündete: »Dies wird ein Ausrottungskrieg und ein Massaker sein, von dem man wie von dem mongolischen Massaker und den Kreuzzügen sprechen wird.«

In der Nacht vom 14. auf den 15. Mai 1948 hatte die ägyptische Armee den Befehl erhalten, nach Palästina einzumarschieren, um, wie es offiziell hieß, »die Ordnung und Sicherheit in diesem Land wiederherzustellen und den verbrecherischen Massakern der zionistischen Terroristenbanden gegen die Araber und gegen die Menschheit ein Ende zu machen«. Gleichzeitig war über ganz Ägypten der Ausnahmezustand verhängt worden. Um 6:00 Uhr fielen die ersten Bomben auf Tel Aviv.

In manchen Militärkreisen der UNO war man damals der Meinung, dass Israel dem arabischen Druck nicht gewachsen sein werde und die arabischen Staaten ganz Palästina in ihre Gewalt bekommen würden. Auch in London glaubte man damals, dass die Juden zu schwach seien und aus Palästina vertrieben würden, falls sie sich nicht mit den Arabern



Israel Government Press Office, Jerusalem (Zoltan Klüger)

Der Krieg der arabischen Staaten gegen Israel beginnt am 15. Mai 1948. Hier ein ausgebrannter Bus in Tel Aviv nach einem ägyptischen Luftangriff.

einigten. Bevin war davon überzeugt, »dass sich der jüdische Staat nicht halten kann und dass der zionistische Traum ausgeträumt ist«, wie er zum österreichischen Botschafter Heinrich Schmid sagte.

Er und viele andere sollten sich irren. Die Israelis waren hoch motiviert, gut vorbereitet und durchorganisiert, eine halbindustrielle Gesellschaft. Mehr als 200.000 von ihnen – etwa ein Drittel – waren Überlebende des Holocaust, die in den drei Jahren zuvor zumeist über Österreich und Italien mit Hilfe der Fluchtorganisation *Bricha* illegal nach Palästina geschleust worden waren. Sie wurden von der gut organisierten zionistischen Weltorganisation unterstützt und waren entschlossen, ihre neue Heimat mit der Waffe zu verteidigen.

Was folgte, war allerdings nicht der in der offiziellen israelischen Geschichtsschreibung über Jahrzehnte verkündete Kampf David gegen Goliath, Israel gegen die

arabischen Staaten. Das war eine Legende, die Realität sah anders aus, auch wenn Israel erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1948 zum Goliath wurde und der Kriegsverlauf dann bei den Arabern zu der schmerzlichen Einsicht führte, dass sie den Krieg verloren hatten.

Golda Meir sammelte damals in den USA noch einmal bis Juni 1948 50 Millionen US-Dollar für den Ankauf von Waffen, mehrheitlich in der Tschechoslowakei; die verkaufte allein von Januar 1948 bis Februar 1949 84 Jagdflugzeuge an Israel – alles mit Billigung Moskaus.

In diesem Krieg gab es von Anfang an keine zusammenhängende Front, sondern getrennte Kampfabschnitte. Israelische Erfolge blieben zunächst aus. Die ägyptischen Streitkräfte stießen mit etwa 500 zum Teil gepanzerten Fahrzeugen an der Küste entlang bis 35 km vor Tel Aviv und weiter östlich Richtung Beersheba und Jerusalem vor. Die Arabische Legion König Abdullahs von Transjordanien stand mit ihren Hauptkräften auf den Höhen nördlich von Latrun mit 200 gepanzerten Fahrzeugen in Ramallah und Teilkraften vor West-Jerusalem. Irakische Streitkräfte (5000 Mann) standen westlich von Nablus vor Netanya, ferner nördlich von Jenin, südlich Beisan und südlich des Sees Tiberias. Syrische Truppen (3000 Mann) standen nördlich des Sees; libanesische verteidigten im Norden die Grenze Libanons.

Heftige Kämpfe gab es bei Latrun. Jordanische Truppen hatten die ehemalige britische Festung übernommen, blockierten die Straße von Tel Aviv nach Jerusalem und schnitten die dort lebenden etwa 100.000 Juden von jeglicher Versorgung ab. Da es den israelischen Truppen auch nach mehreren verlustreichen Angriffen nicht gelang, Latrun zu erobern, entschlossen sie sich zum Bau einer Umgehungsstraße und nannten sie Burmastraße, in Anlehnung an jene in den Jahren 1938 bis 1940 gebaute Verbindungsstraße zwischen China und Burma.

Die Israelis verteidigten erfolgreich die fruchtbaren Gebiete des nördlichen Teils Israels, mussten aber den südlichen Teil, das Negev-Gebiet, bis auf isoliert befestigten Orte räumen.

Durch einen irakischen Vorstoß westlich von Nablus wurde darüber hinaus die Verbindung zwischen Tel Aviv und dem nördlichen Teil Israels unterbrochen. In der Altstadt von Jerusalem gab es Straßenkämpfe, die am 28. Mai mit der Kapitulation der eingeschlossenen jüdischen Gruppe endeten; ein schwerer Prestigeschlag für Israel. Der jüdische Stadtteil von Alt-Jerusalem war zerstört, die Burmastraße noch im Bau. Insofern begrüßte Israel die vom UN-Sicherheitsrat am 29. Mai beschlossene, vom 11. Juni bis 9. Juli geltende vierwöchige Waffenruhe. Der Beschluss war mit neun Stimmen bei Stimmenthaltung des sowjetischen und ukrainischen Vertreters gefasst worden. In diesen vier Wochen durften keine Waffen eingeführt werden; gleichzeitig galt ein Einreiseverbot für waffenfähige Männer nach Israel. Inzwischen rüstete die israelische Armee massiv auf: Messerschmitt- und Dakota-Maschinen sicherten wenig später die Luftüberlegenheit und ermöglichten Bombenangriffe auf arabische Städte; es gab jetzt Panzer und schwere Artillerie. Gleichzeitig wurden weitere, in Zypern internierte Kämpfer ins Land gebracht, mehrere Tausend Weltkrieg II-Veteranen stießen hinzu. Die Zahl der Soldaten stieg von 35.000 auf 65.000.

Die Altalena-Affäre

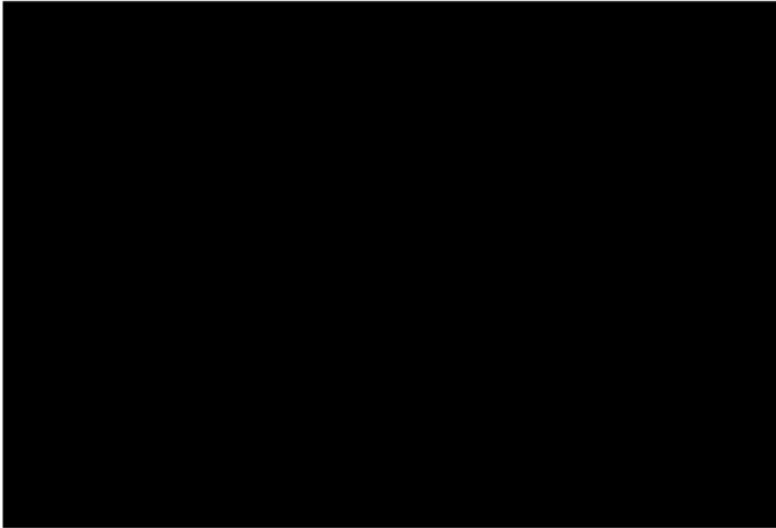
Der 26. Mai wurde die Geburtsstunde der israelischen Verteidigungsstreitkräfte IDF, der *Israeli Defense Forces* (hebräisch ZAHAL – Zva Haganah le-Jisrael). An diesem Tag wurde die Haganah zur regulären Truppe des neuen Staates ernannt und Palmach und Teile der Irgun offiziell ihrem Oberkommando unterstellt. Mit der Irgun gab es dennoch weitere Probleme, die im Juni offen ausbrachen und mit Gewalt gelöst wurden – was in Israel nie vergessen wurde.

Nach Meinung der israelischen Regierung konnte es nur eine Armee mit klaren Befehlsstrukturen geben, keine Palmach

und keine separat agierenden Terrorgruppen, allen voran Beginns Irgun (die auch Etzel genannt wurde). Die Zeiten des britischen Mandats waren endgültig vorbei. Am 1. Juni stimmte Begin denn auch der Auflösung seiner Truppe und ihre Integration in die IDF zu, die in einer Brigade in zwei Bataillonen zusammengefasst werden sollte. Davon ausgenommen blieben allerdings die Einheiten in Jerusalem, da diese Stadt ja offiziell nicht Teil des Staates Israel war. Ein Konflikt war vorprogrammiert, als sich ein Schiff der Irgun der israelischen Küste näherte: die *Altalena*. An Bord 950 Immigranten, etliche Irgun-Kämpfer und 600 Tonnen Waffen im Wert von fünf Millionen US-Dollar (als Geschenk Frankreichs): Eine Million Schuss-Gewehrmunition, 1000 Granaten, 300 Maschinenpistolen, 50 kleine Geschütze, neun Panzerwagen und 50 Panzerabwehrgeschütze. Die Irgun hatte das Schiff, ein ehemaliges US-Landungsboot, erworben und in *Altalena* umgetauft. Für Zionisten war der Name Programm: das Pseudonym des 1940 verstorbenen radikal-revisionistischen Zionistenführers Jabotinsky (der eine »eiserne Mauer« aus jüdischen Bajonetten zwischen Arabern und Juden gefordert hatte).

Am 15. Mai wollte Begin der Regierung das Schiff verkaufen. Das Geschäft kam nicht zustande. In den folgenden vier Wochen – inzwischen galt das UN-Waffeneinfuhrverbot – ging es um die Verteilung der an Bord befindlichen Waffen. Am 15. Juni einigten sich Begin und IDF-Generalstabschef Ysrael Galili: 80 Prozent für die Irgun-Bataillone der IDF, 20 Prozent für die Irgun-Einheiten in Jerusalem. Das Schiff sollte am Strand von Kfar Vitkin nördlich der Stadt Netanya landen, wo sich keine UN-Waffenstillstands-Beobachter aufhielten.

Ben Gurion lehnte diese Vereinbarung ab, entließ Galili und brachte die Angelegenheit vor das Kabinett. Ben Gurion: »Ich bin bereit zu handeln, und das heißt zu schießen.« Das aber nur mit Zustimmung des Kabinetts. Die wurde erteilt, und zwar einstimmig. IDF wurde ermächtigt, das Ausladen der Waffen zu verhindern, möglichst gewaltlos, »aber bei Ungehorsam ist Gewalt anzuwenden«.



Israel Government Press Office, Jerusalem (Hans Pinn)

Die in Brand geschossene *Altalena* vor Tel Aviv.

Am 20. Juni kam das Schiff in Kfar Vitkin an, wo ein Teil der Waffen entladen wurde und Begin an Bord ging. Ein IDF-Offizier forderte von ihm ultimativ die Übergabe der Waffen – und gab ihm zehn Minuten Bedenkzeit. Begin lehnte ab, es kam zum Schusswechsel, sechs Irgun-Kämpfer und zwei IDF-Soldaten starben. Jüdische Siedler vermittelten eine Feuerpause, in der die am Strand gelagerten Waffen der IDF übergeben wurden. Inzwischen versuchten Begin und weitere Irgun-Kommandeure und einige Dutzend Kämpfer, mit der *Altalena* Tel Aviv zu erreichen, wo Irgun-Leute warteten. Verfolgt von zwei israelischen Kriegsschiffen mit gelegentlichem Schusswechsel erreichte die *Altalena* am Morgen des 22. Juni 1948 Tel Aviv und lief etwa 150 Meter vor dem Strand gegenüber dem Hotel Riz, dem Hauptquartier der Palmach, auf Grund.

Ben Gurion rief das Kabinett zusammen. Er wollte ein Exempel statuieren und machte klar: »Das ist ein Versuch, die Armee kaputtzumachen. Das ist ein Versuch, den Staat zu ermorden. Das sind die zwei Fragen, und in beiden kann es

meines Erachtens keinen Kompromiss geben. Und wenn man zu unserem großen Leidwesen darum kämpfen muss, muss man halt kämpfen. Sobald die Armee und der Staat einer anderen bewaffneten Macht nachgeben müssen, können wir nichts mehr tun.« Mit sieben zu zwei Stimmen beschloss das Kabinett, die Übergabe der *Altalena* an die Behörden zu verlangen, während der neuernannte Generalstabschef Yigael Yadin den Einsatzbefehl formuliert hatte: »Bedingungslose Kapitulation mit allen Mitteln und Methoden.« Der zufällig in Tel Aviv anwesende 26-jährige Palmachkommandeur Yitzhak Rabin – und spätere Generalstabschef und Ministerpräsident Israels – wurde mit der Durchführung der Aktion beauftragt. Als Irgun-Kämpfer die Waffen ausluden, kam es zu einem Feuergefecht mit ihnen, nachdem sich zuvor IDF-Soldaten geweigert hatten, auf sie zu schießen. Es spielten sich üble Szenen ab; die Irgun-Besatzung durfte ihre Verletzten nicht an Land bringen; die *Altalena* wurde in Brand geschossen, ein Teil der Waffen ging verloren, auf die im Wasser schwimmenden Überlebenden wurde geschossen. Am Strand verfolgten Schaulustige das Geschehen. In Tel Aviv selbst wurden 200 Irgun-Kämpfer festgenommen. Insgesamt kamen drei IDF-Soldaten und 16 Irgun-Kämpfer ums Leben.

Ben Gurion hatte sich durchgesetzt; sein Hass auf Begin und die Irgun hatte alles überschattet. Am Tag nach dem Angriff auf die *Altalena* sagte er: »Geheiligt ist die Kanone, die dieses Schiff beschossen hat. Diese Kanone wird würdig sein, im Tempel zu stehen, falls er erbaut werden sollte.« Das war die »heilige Kanone«, von der später immer wieder die Rede war.

Die Affäre um die *Altalena* wurde in den folgenden Jahrzehnten in Israel, als die Arbeitspartei regierte, weitgehend ignoriert, vielleicht, weil man ein schlechtes Gewissen hatte (das Wrack des Schiffes hatte man 1949 auf hoher See versenkt), während Begin und seine Partei jedes Jahr an dieses Ereignis erinnerten. Das Außergewöhnliche an dieser Geschichte war genau das, was Rabin wenig später so formulierte: »Juden schießen auf Juden, stundenlang. Juden werden von den

Kugeln anderer Juden verwundet oder getötet.« 1995 wurde Rabin von einem Juden ermordet – und das Gerücht gestreut, das sei die späte Rache für seine Aktion am 22. Juni 1948.

Graf Folke Bernadotte

Am 14. Mai war die formale Ablehnung des amerikanischen Treuhandplans durch die UN-Generalversammlung erfolgt. Am 20. Mai ernannte die UNO den 53-jährigen schwedischen Offizier Graf Folke Bernadotte zum Sondervermittler für Palästina, mit zwei Aufgaben: erstens ein schnelles Ende der Kämpfe und zweitens eine umfassende Lösung des Problems zu erreichen. Bernadotte hatte am Ende des Weltkrieges mit Heinrich Himmler über die Rettung von Juden verhandelt und war als Präsident des schwedischen Roten Kreuzes eine angesehene Persönlichkeit. Er schlug sein Hauptquartier im *Hotel des Roses* in Rhodos auf und löste als Leiter der *UN Truce Commission* die erste Aufgabe: mit Israelis und Arabern handelte er erfolgreich die erste Waffenruhe vom 11. Juni bis 9. Juli aus und erreichte zudem von den Israelis die Zusage, dass militärisch ausgebildete Zionisten nicht einwandern würden, und waffenfähige Männer, die für einen Militärdienst in Frage kommen konnten, zwar einwandern durften, aber in besondere Lager gebracht werden mussten, damit sie während der Waffenruhe nicht militärisch ausgebildet werden konnten. Dafür stimmten die Araber zu, dass täglich 100 Lastwagen Lebensmittel zu den in Jerusalem eingeschlossenen etwa 100.000 Juden gebracht werden konnten. Am 25. Juni gelang Bernadotte überdies eine lokale Regelung, wonach Israelis und Araber bei Latrun die Ernte auf einem 17 Kilometer langen und 500 Meter breiten Gebietsstreifen zwischen den Frontabschnitten einbringen konnten.

Bernadotte sah sich als neuer Friedensstifter im Nahen Osten und wollte die zweite Aufgabe lösen, obwohl Araber



Israel Government Press Office, Jerusalem (Hans Pinn)

Der von der UNO am 20. Mai 1948 eingesetzte Vermittler im israelisch-arabischen Krieg, der Schwede Graf Folke Bernadotte, und sein Stellvertreter Ralph Bunche (rechts). Bernadotte erreicht einen ersten Waffenstillstand, legt einen Friedensplan vor und wird am 17. September von Mitgliedern der radikal-zionistischen Terrororganisation Lechi in Jerusalem ermordet. Sein Nachfolger wird Ralph Bunche.

und Israelis in Rhodos von Anfang an zwei Dinge klargemacht hatten: die Araber hielten an ihrem Standpunkt fest, dass keine Einigung möglich war, die einen selbstständigen Staat Israel anerkennen würde. Die Israelis hielten ihrerseits daran fest, keiner Lösung zustimmen zu können, die nicht ein unabhängiges Israel mit uneingeschränkter Einwanderung vorsehen würde. Am 27. Juni legte Bernadotte seinen Friedensplan vor, eine Variante des UN-Teilungsplans: anstelle von zwei unabhängigen Staaten zwei unabhängige Mitglieder einer »Union«, eine Art Föderativstaat. Das arabische Mitglied sollte König Abdullas Transjordanien sein, erweitert um

den arabischen Teil Palästinas und ganz Jerusalem – mit Autonomie für die etwa 100.000 Juden dort – und um den Negev. Israel sollte dafür ganz Galiläa erhalten. Die Einwanderung würde noch zwei Jahre stattfinden, danach nur noch mit Genehmigung der Vereinten Nationen; die geflüchteten Palästinenser sollten das Recht auf Rückkehr und auf Wiedererlangung ihres Eigentums erhalten; Haifa mit der drittgrößten Raffinerie der Welt sollte Freihafen werden, genauso wie der Flughafen Lod. Israel lehnte ab. Kein eigener Staat, keine Einwanderung, ganz Jerusalem arabisch: das war unannehmbar. Die Araber äußerten sich gar nicht und baten Bernadotte lediglich, sie für ein paar Wochen in Ruhe zu lassen.

Bernadotte flog nach Stockholm und legte dann am 16. September einen 90-seitigen Endbericht vor, der mit grundlegenden Änderungen an die militärische Lage angepasst war: kein Föderativstaat, kein arabisches Jerusalem. Die Stadt sollte unter UN-Aufsicht gestellt werden, der Negev arabisch bleiben, Galiläa als Ausgleich an Israel gehen.

Bernadotte: »Ein jüdischer Staat existiert in Palästina, und es gibt keinen logischen Grund, anzunehmen, dass er nicht weiter bestehen würde.« Der Satz war für die Araber unannehmbar. Und dann kam ein weiterer Satz: »Es kann keine gerechte und dauerhafte Lösung geben, wenn nicht das Recht der arabischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat anerkannt wird.« Dieser Satz war für die Israelis unannehmbar.

Am 17. September flog Bernadotte von Rhodos nach Jerusalem, um den Plan dort zu besprechen. Auf dem Rückweg vom Hauptquartier im YMCA-Gebäude geriet sein Wagen in einen Hinterhalt der extremen zionistischen Lechi-Terrorgruppe. Bernadotte wurde erschossen. Noch heute wird darüber spekuliert, ob der Lechi-Führer Shamir – und spätere Ministerpräsident Israels – an dieser Aktion beteiligt war. Die israelische Regierung verhaftete wenig später 400 Lechi-Mitglieder. Es gab zwar keine Anklagen und stattdessen eine Amnestie, aber diese Terrorgruppe, eine Abspaltung der Irgun, existierte nicht mehr. Von nun an gab es nur noch die IDF.

Die zweite Phase und das Ende des Krieges

Anfang Juli lehnten die Araber in völliger Verkennung der militärischen Lage eine Verlängerung der Waffenruhe ab. Daraufhin starteten die Israelis im Norden und Süden erfolgreiche Offensiven, ihre Flugzeuge bombardierten Kairo und Damaskus. Am 19. Juli verhängte der UN-Sicherheitsrat von sich aus eine unbefristete Waffenruhe, an die sich allerdings keine Partei wirklich hielt.

Von arabischen Diplomaten gab es angesichts der israelischen Erfolge bittere Kommentare, wie Österreichs Botschafter in Ankara und Kairo nach Wien meldeten. Mitte August hieß es, die UN-Beobachter der *Truce Commission* spielten »eine eher lächerliche Rolle«, der Krieg sei für die Araber verloren. Sie hätten militärisch bisher überhaupt nichts erreicht, und wo ihnen die Juden Widerstand geleistet hätten, wären sie nicht einen Schritt weitergekommen. Die Kriegsberichte aus Amman, Beirut und Damaskus seien zum größten Teil »Märchen aus Tausendundeiner Nacht«, die Juden könnten militärisch machen, was sie wollten. Ganz offen wurde auch kritisiert, dass es keine Einigkeit im arabischen Lager gab; im Gegenteil, die geschlossene Front, die arabische Teilstaaten vortäuschen wollten, ihre Drohungen und orientalischen Ankündigungen der fürchterlichen Konsequenzen, die sich ergeben würden, seien »nichts als reiner Bluff«. Man beschimpfe sich gegenseitig und gebe sich gegenseitig die Schuld dafür, dass der Staat Israel nicht schon längst vom Erdboden verschwunden sei und die Juden noch nicht ins Meer geworfen worden seien, wie am Anfang stolz verkündet worden sei; das sei lediglich »hysterisches Geschrei«.

Die Rivalität unter den arabischen Staaten, insbesondere zwischen Transjordanien und Ägypten, war in der Tat ein zentrales Problem der Araber. In Kairo verfolgte man voller Mißtrauen die Aktivitäten König Abdullahs, der durch den Anschluss des arabischen Teils Palästinas und Jerusalems sein Transjordanien vergrößern wollte und sogar Aspirationen auf

Syrien und den Libanon hatte, mit dem Endziel eines Groß-syrien. Um dem entgegenzuwirken, rief Großmufti Husseini im Zusammenspiel mit Ägypten am 20. September in Gaza eine »Regierung von ganz Palästina« aus, die von der Arabischen Liga mit Ausnahme Abdullahs anerkannt wurde. Dessen Politik wurde auf einem von Anhängern der groß-syrischen Idee organisierten Kongress in Jericho ausdrücklich bestätigt, was in Kairo als »Verrat« und »Dolchstoß in den Rücken des panarabischen Gedankens« verurteilt wurde, während außerhalb Kairos in arabischen diplomatischen Kreisen Anfang Dezember mehr und mehr die Meinung vertreten wurde, dass Ägypten alle anderen Teilstaaten betrogen habe. Es habe die Fortführung im Streit um Palästina an sich gerissen und mit Zustimmung der anderen Araber zuerst eine Regierung für ganz Palästina in Gaza gebildet, um dann diese Regierung, als die militärische Lage kritisch wurde, nach Kairo zu verlegen. Und das mit der eindeutigen Absicht, nun mit Hilfe dieser Regierung Palästina zu gewinnen oder zumindest unter seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss zu bringen. Ägypten habe indessen, als einer der lautesten Wortführer im Kampf gegen Israel, »militärisch und politisch vollkommen versagt«.

Ein Blick auf die militärische Lage hatte zu diesem Urteil geführt. Der Negev war zum Hauptziel der israelischen Streitkräfte geworden. Wer den Negev hielt, beherrschte außerdem das Tote Meer und gleichzeitig die Bodenschätze in jener Zone. Im UN-Teilungsbeschluss gehörte dieses Gebiet zu Israel, in Bernadottes Plan würde es Abdullahs Transjordanien zugeschlagen. Zu diesem Zeitpunkt standen dort allerdings ägyptische Truppen. Israel handelte: bis zum 22. Oktober wurde die kleine, verschlafene »Hauptstadt« des Negev, Bersheba, erobert und die Ägypter an die Küste bei Gaza gedrängt, die ihre Truppen auf Schiffen evakuierten.

Bei der Gelegenheit versenkten die Israelis auch die *Emir Farouk*, das Flaggschiff der ägyptischen Marine mit zusammen 700 Soldaten an Bord. 4000 Ägypter wurden bei Faluja von den Israelis eingekesselt – unter ihnen der spätere Präsident



Israel Government Press Office, Jerusalem (Hans Pinn)

Am 13. Januar 1949 beginnen in Rhodos die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Israel und Ägypten. Vor dem Abflug auf dem Flughafen Lod (v. r.): Moshe Dajan, Leiter der israelischen Delegation, Walter Eytan, Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Paul Mohn, Chefberater von Ralph Bunche. Am 24. Februar wird ein entsprechender Vertrag unterschrieben.

Nasser, der nach dieser Erfahrung mehr denn je entschlossen war, Rache für die Niederlage zu nehmen und Israel zu vernichten. Am 27. Dezember stellte der ägyptische Botschafter in Ankara gegenüber seinem österreichischen Kollegen nüchtern fest: »Es gibt niemand in dieser Gegend, der die jüdische Armee, falls sie es wollte, davon abhalten könnte, bis nach Kairo, Beirut oder Damaskus zu marschieren.« Zum Beweis dieser Aussage überschritten zwei Tage später israelische Truppen mit 52 Panzern modernster Bauart die israelisch-ägyptische Grenze und stießen weit auf ägyptisches Gebiet in



Israel Government Press Office, Jerusalem

Einwanderung ist ein zentrales Thema vor und nach der Staatsgründung. Hier eine Veranstaltung der israelischen Armee im März 1949 im eroberten Beersheba. Die Jugendlichen auf dem Lastwagen verkünden die Botschaft: »Und die Söhne [Israels] kehren in ihr Heimatland zurück.«

Richtung El Arisch vor – um sich dann plötzlich wieder zurück-zuziehen: US-Präsident Truman hatte interveniert, Ben Gurion hatte nachgegeben.

Die arabischen Staaten hatten den Krieg gegen Israel verloren und akzeptierten die Aufforderung der UNO nach einem dauerhaften Waffenstillstand, allen voran Ägypten, das seine eingeschlossenen 4000 Soldaten retten wollte.

Israel lehnte allerdings erfolgreich die Forderung ab, mit der Arabischen Liga zu verhandeln und forderte Einzelverhandlungen, zuerst mit Ägypten. Sie wurden unter Leitung von



*Keesing's Archiv der Gegenwart
1949/Axel Steinger*

Israel am Ende des ersten israelisch-arabischen Krieges 1949.

Ralph Bunche, dem ehemaligen Stellvertreter Graf Bernadottes, im *Hotel des Roses* auf Rhodos geführt und endeten am 24 Februar 1949. Ägypten rettete seine Truppen und erhielt als »Kriegsbeute« Gaza, um, wie ein türkischer Diplomat meinte, »den Krakeelern am Nil das Maul zu stopfen«. Erst später folgten Vereinbarungen mit den übrigen arabischen Staaten. In deren Hauptstädten wurde dann jedes Mal öffentlich erklärt, das Abkommen habe »keinerlei politischen Charakter;« es sei »ein Vertrag rein militärischer Natur« und berühre »in keiner Weise die politische Zukunft Palästinas«.

Das entstandene Vakuum nutzte Israel, um den Besitz des Negev zu sichern. Am 10. März erreichten israelische Truppen am Golf von Akaba die Lehmhütten der ehemals britischen Polizeistation Umm Rashrash, wo jordanische Truppen gewesen waren, und nannten den Ort Eilat. Sie hissten eine improvisierte Flagge, die als »Tintenflagge« als

Symbol für Sieg und Freiheit berühmt wurde: ein Leinentuch mit einem aufgenähten Davidstern und zwei, mit blauer Tinte getränkten Stoffstreifen. In Israel hat dieses Bild seither einen Platz im kollektiven Gedächtnis der Israelis, »weil es Werte reflektiert, auf die sich die Gesellschaft des neuen Staates gründen wollte: Mut, Initiative und männliche Solidarität« (Zadoff).



Israel Government Press Office, Jerusalem (Zoltan Klüger)

Emir Abdullah, »der schlaue Beduinenscheich von Amman« und Herrscher Transjordaniens.

Es wird oftmals mit dem ikonischen US-Bild *Raising the Flag on Iwo Jima* verglichen. Dabei sollte man nicht vergessen: Eilat wurde kampflos eingenommen, beim Kampf um Iwo Jima starben fast 7000 amerikanische und 20.000 japanische Soldaten, 20.000 US-Soldaten wurden verwundet.

Der Waffenstillstand mit Jordanien wurde erst am 3. April in Rhodos unterschrieben. Sein Zustandekommen ist besonders interessant. Er war nämlich von König Abdullah in direkten Gesprächen mit den Israelis – allen voran mit Moshe Dajan – in dessen Winterpalast in Shune am Toten Meer ausgehandelt worden. »Der schlaue Beduinenscheich von Amman«, wie Abdullah in westlichen diplomatischen Kreisen genannt wurde,

kassierte den Löwenanteil: Ost-Jerusalem und den von den Israelis nicht besetzten Teil der Westbank. Ganz so schlau war er allerdings auch wieder nicht, als er diese Gebiete im April 1950 offiziell annektierte und sein Königreich Transjordanien in Jordanien umbenannte. Er verfolgte nach wie vor die Idee eines Groß-Syrien unter seiner Führung. Nach einem Besuch der al-Aqsa-Moschee auf dem Tempelberg am 20. Juli 1951 gab ein Palästinenser mehrere Schüsse auf ihn ab. Man brachte ihn zwar noch in das Österreichische Hospiz an der Via Dolorosa, aber dort erlag er seinen Verletzungen. Hinter dem Attentat stand der nach wie vor in Kairo residierende, einflussreiche Judenhasser und ehemalige Freund Heinrich Himmlers, Husseini, der offensichtlich eine dauerhafte Aufteilung Palästinas zwischen Israel und Jordanien verhindern wollte.

Am Ende hieß der eindeutige militärische Sieger des ersten israelisch-arabischen Krieges Israel, das sein Territorium von 14 100 auf 20 700 Quadratkilometer erweitert hatte.

Flüchtlinge und Vertriebene

Schon zwei Monate nach der Unabhängigkeitserklärung hatte Ben Gurion notiert: »Es erhob sich die bittere Frage nach Raub und Vergewaltigung in den eroberten Städten.« Es gab beides. Ben Gurion: »Ich erschauerte, als ich von derlei Taten hörte. Das erschütterte meine Siegesgewissheit.« Und an anderer Stelle: »Ich entdeckte derartige moralische Schwächen, deren Vorhandensein ich nicht gespürt hatte, und sie sind ein schwerer militärischer Nachteil.« Einige Gelehrte der Hebräischen Universität sammelten in verlassenen Häusern arabischer Intellektuelle deren Bücher ein, um sie der Nationalbibliothek zu übergeben. Ein Minister bezeichnete das Verhalten einiger Soldaten als »Nazi-Taten«. Mindestens zweimal wurde ein Untersuchungsausschuss gebildet. Ben Gurion wollte wissen, ob in Galiläa Untaten verübt worden

seien. Im Sommer 1949 notierte er: »Eine schändliche Gräueltat: Bataillon 22 in Beersheba – sie fanden einen Araber und eine Araberin. Den Araber brachten sie um, über die Araberin berieten sie (22 Mann), was sie mit ihr tun sollten. Es wurde entschieden und umgesetzt: Sie wuschen sie, schoren ihr die Haare, vergewaltigten und töteten sie.« Weiter notierte er: der Kommandeur des Bataillons sei zu sieben Jahren Haft verurteilt worden.

Ben Gurions Befehl, »erbarmungslos« auf jeden Juden und speziell auf jeden jüdischen Soldaten zu schießen, der versuchen sollte, eine heilige Stätte auszurauben oder zu beschädigen, wurde nicht immer umgesetzt. So wurde das bekannte deutsche Benediktinerkloster Dormition am Berg Zion in einen Schutthaufen verwandelt.

Die Araber nennen das, was damals geschah, Nakba, die Katastrophe, die für sie am 15. Mai, den Tag nach der Gründung Israels beginnt. Sie erinnern seither an jedem 15. Mai daran. Für die arabischen Bewohner Palästinas war das, was damals geschah, in der Tat eine Katastrophe. Mehr als 700.000 Palästinenser waren Flüchtlinge geworden. Sie waren nicht etwa freiwillig gegangen, nicht etwa von den arabischen Staaten mit der Aussicht auf baldige Rückkehr zur Flucht aufgefordert worden, wie es jahrzehntelang in Israel geheißen hatte. Der größte Teil von ihnen war vertrieben worden, doch galt das als eine »existentiell notwendige Vertreibung«, wie es später in Israel hieß. Während des Krieges wurde das fortgesetzt, was seit dem UN-Teilungsbeschluss vom November 1947 bis zur Staatsgründung im Mai 1948 »Staatsdoktrin« gewesen war: Vertreibung. Wie Vertreibung stattfand, zeigt Segev eindrucksvoll am Beispiel der Städte Ramle und Lod mit zusammen etwa 30.000 Einwohnern. Beteiligt waren die drei bekanntesten Kommandeure des Einsatzes, Moshe Dajan, Yigal Allon und Yitzhak Rabin, alle im Land geboren. Am 12. Juli 1948, unmittelbar nachdem Ben Gurion Lod verlassen hatte, unterzeichneten Allon und Rabin den Befehl, »schnell die Einwohner aus Lod vertreiben, ungeachtet ihres Alters«, und »sofort durchführen.« Einen Tag

später gab es keine Araber mehr in Lod: Die israelischen Soldaten hatten Tausende von ihnen in eine Moschee gesperrt und ihnen dann erlaubt, in ihre Häuser zurückzukehren unter der Bedingung, dass sie mit ihren Familien die Stadt in einigen Stunden verlassen würden. Genau das geschah, da die Araber fürchteten, so der Bericht des Befehlshabers der Operation, Schmarjahu Gutmann, aus dem Tom Segev zitiert, die Stadt würde in den andauernden Kämpfen zerstört werden: »Also flüchteten sie aus der Hölle, aus dem Jammertal der Kämpfe« und gingen mit hochbeladenen Karren und mit Vieh zu den jordanischen Linien. Die Stadt leerte sich völlig. In Gutmanns Bericht heißt es weiter: »Eine seltsame Stille hing in den Straßen [...], wie nach einem Pogrom.« Die Einwohner Ramles wurden mit Bussen an die jordanische Grenze gebracht.

Als General Yigal Allon am 12. Juli 1948 Ben Gurion gefragt hatte: »Was sollen wir mit den Arabern machen?« hatte die knappe Antwort gelautet: »Vertreibt sie.« Tom Segev schreibt an einer Stelle, die Nakba habe Ben Gurion bis an sein Lebensende verfolgt. Ein paar Zeilen weiter allerdings: er sei völlig einverstanden gewesen mit der Vertreibung der Araber. Das sei der Preis der jüdischen Unabhängigkeit in Eretz Israel, einem »zuvor besetzten Land«, wie Ben Gurion meinte. Ben Gurion weiter: »Krieg ist Krieg«, und im Juni 1948: »Es gibt zu viele Araber im Land.«

Ben Gurions Kollegen sahen das ähnlich. Einer von ihnen meinte sogar, die Landschaft ringsum sei viel schöner ohne Araber, und ein anderer, der »Transfer von Arabern« sei eines der »gerechten, moralischen und richtigen Dinge, die zu tun sind«. Ein Ort nach dem anderen wurde so »befreit«.

Im Oktober 1948 registrierte die UNO 650.000 Flüchtlinge, mit steigender Tendenz. Deren Eigentum wurde von Israel entschädigungslos eingezogen. Auf dem Gebiet des Staates Israel fanden sich vor dem Krieg 452 arabische Dörfer, bei Kriegsende nur noch 96. Am 1. August 1948 machte Ben Gurion einen Rundgang durch das arabische Viertel von Haifa und notierte später: »Ein beängstigender und fantastischer

Anblick; eine tote Stadt – der Kadaver einer Stadt.« Nach diesem Rundgang legte er nach Meinung von Segev »die Basis für die andauernde Tragödie der Araber in diesem Land«, als er feststellte: »Es ist nicht unsere Aufgabe, für die Rückkehr der Araber zu sorgen.«

In der UNO sah man das anders. Als Israel am 29. November 1948 die Aufnahme in die Organisation beantragte, äußerten einige Mitglieder Bedenken, die am 11. Dezember zur Resolution 194 führte, in der die UN-Vollversammlung beschloss, »dass den Flüchtlingen, die in ihre Heimat zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dieses zum frühestmöglichen Zeitpunkt gestattet werden sollte, und dass jenen, die nicht zurückzukehren wünschen, Entschädigung für ihr Eigentum, für den Verlust oder die Beschädigung des Eigentums zu zahlen ist.« Das war eine der Forderungen des Grafen Bernadotte gewesen, die die UNO jetzt übernahm.

Ende November 1948 war eine nach ihren Anfangsworten *In multiplicibus* benannte Enzyklika erschienen, in der Papst Pius XII. große Besorgnis über die Ereignisse in Palästina geäußert hatte. Nicht zuletzt hatte er neben der Nichtbeachtung der heiligen Stätten des Christentums durch die Kriegführenden auch die Vertreibung von tausenden von Flüchtlingen beklagt und wiederholt versucht, zuletzt durch eine Spende von 70.000 US-Dollar, die Not zu lindern.

Am Ende des Krieges und nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages mit Ägypten am 24. Februar 1949 stellte Israel noch am selben Tag einen neuen Antrag auf UNO-Mitgliedschaft. Der war erfolgreich: Am 11. Mai 1949 wurde das Land in die UNO aufgenommen, nachdem die Vollversammlung zur Kenntnis genommen hatte, dass sich Israel bereit erklärt hatte, die Resolutionen vom 29. November 1947 (181) und 11. Dezember 1948 (194) zu verwirklichen. Am 12. Mai unterzeichnete Israel mit den arabischen Staaten eine Vereinbarung, wonach es Diskussionen mit der UN-Schlichtungskommission für Palästina geben sollte, um die Resolution 194 zu realisieren.



Israel Government Press Office, Jerusalem

Am 11. Mai 1949 wird Israel als 59. Mitglied in die UNO aufgenommen. Außenminister Moshe Sharett (vorher Shertok) bei seiner Rückkehr aus New York auf dem Flughafen Lod (dem späteren Ben Gurion Flughafen).

Dazu sollte es nicht kommen. Im Juni 1949 stellte Außenminister Moshe Sharett in der Knesset fest: »An allererster Stelle steht die Sicherheit. Eine große Welle von Rückkehrern würde den Staat erneut von innen heraus zerstören. Auch wenn die Rückkehrer heute für den Frieden wären, kann man auf sie in der Stunde einer neuen Katastrophe nicht setzen.«

Am 5. Juli 1950 beschloss die Knesset das sogenannte Rückkehrgesetz: damit erhielt jeder Jude das Recht, nach Israel in das Land der Väter einzuwandern. Für viele Juden war das ein Traum, für die vertriebenen Palästinenser, denen ein solches Recht verwehrt wurde, ein Trauma. Sie lebten und leben

bis heute unter schwierigen Bedingungen im Gaza-Streifen, in der Westbank und in Lagern im Libanon und in Jordanien. Die arabischen Staaten haben sie mit Absicht nicht integriert, wollten und wollen sie eher als »Zeitbombe« und »Spielmaterial« im Konflikt mit Israel erhalten. Die Flüchtlingsfrage ist ein entscheidendes Problem bei allen Friedensverhandlungen geblieben.

Die Truman-Administration versuchte zumindest, das Problem zu entschärfen. Wo Politik versagte, konnte möglicherweise Wirtschaft helfen. Truman beauftragte den Vorstandsvorsitzenden der *Tennessee Valley Authority*, Gordon Clapp, mit dieser Aufgabe. Clapp konzentrierte sich um das wichtigste Gut in jener Region, Wasser, und legte einen Plan vor, der dem Tennessee Valley Projekt aus den 1930er-Jahren glich: Bau von Staudämmen zur künstlichen Bewässerung, Trockenlegung von Sümpfen usw. Direkt würden 40.000 Flüchtlinge beschäftigt, indirekt 400.000. Wenn schon keine Rückkehr, dann möglicherweise eine Neuansiedlung. Israel und die arabischen Staaten lehnten den Plan zwar ab, die UN-Vollversammlung beschloss dennoch am 8. Dezember 1949 mit der Resolution 302 die Errichtung der *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East* (UNRWA). UNRWA zählte damals 500.000 registrierte Flüchtlinge; inzwischen sind es etwa 5,5 Millionen.

Der neue Staat organisiert sich

Die Nationalhymne

Inzwischen organisierte sich der neue Staat Israel seit der ersten Stunde seiner Existenz – in direkter Verbindung zum ersten Zionistenkongress 1897 in Basel. Da war zum einen das Lied, das dort gesungen worden war: die Hatikva – die Hoffnung. Der Text stammte aus einem Gedicht von Naphtali Herz Imber, geschrieben im Jahr 1878, veröffentlicht 1886. Imber, geboren 1856 in der Ukraine, starb 1909 verarmt in New York. Jetzt wurde der vertonte Text seines Gedichts zur Nationalhymne erklärt. Am Schluss wurde jedoch eine Änderung vorgenommen: Statt der von Imber ausgedrückten Hoffnung, Juden mögen ins Land ihrer Vorfäter zurückkehren, heißt es seitdem: »... zu sein ein freies Volk, in unserem Land Zion und in Jerusalem«. Die Melodie stammte von Samuel Cohen aus dem Jahr 1888. Cohen, geboren 1870, lebte mit seinen Eltern seit 1877 in Palästina. 2004 wurde der Nationalhymnen-Status der Hatikva durch die Knesset rechtlich festgelegt.

Die Nationalflagge

Dann wurde jene Flagge, die auf dem Kongress 1897 geweht hatte, zur Nationalflagge Israels bestimmt: der Davidstern zwischen zwei waagerechten blauen Streifen auf weißem Grund. David Wolffsohn, Herzls Nachfolger in der Weltorganisation,

hatte sie für den Kongress 1897 entworfen. Er berichtete später: »Eines der zahlreichen Probleme, die mich beschäftigten, enthielt etwas von der Substanz des jüdischen Problems: Mit welcher Flagge sollen wir die Kongresshalle schmücken? Da durchfuhr mich eine Idee: Wir haben eine Flagge – sie ist blau-weiß. Der Tallit [Gebetsschal], den wir beim Gebet umlegen: dies ist unser Symbol. Diesen Tallit wollten wir aus dem Beutel nehmen und ihn vor den Augen Israels und der ganzen Welt entrollen. Und so bestellte ich eine blau-weiße Fahne mit Davidstern. So entstand unsere Nationalflagge, die über der Kongresshalle wehte. Und niemand zeigte Verwunderung oder fragte, wo sie herkam oder wie sie entstand.«

Hatikva und Flagge hatten bereits zur Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai gehört. Schon im Juni 1948 waren Briefmarken ausgegeben worden, wenn auch noch ohne Hinweis auf den Staat, und war ein Antrag auf Aufnahme in den Weltpostverein gestellt worden.

Die erste Parlamentswahl

Am 25. Januar 1949 fanden die ersten Wahlen statt.

Von 440.000 stimmberechtigten Bürgern/innen gaben 87 Prozent ihre Stimme ab; gewählt wurden 120 Abgeordnete (inzwischen hat Israel rd. 9 Millionen Einwohner, aber immer noch nur 120 Abgeordnete!!). Das Parlament – die Knesset – konstituierte sich am 14. Februar, zwei Tage später wurde Chaim Weizmann zum Staatspräsidenten gewählt, am 8. März Ben Gurion als Ministerpräsident bestätigt.

Damit endete die persönlich begründete Rivalität zwischen den zwei Giganten des Zionismus: Ben Gurion und Chaim Weizmann. Theodor Herzl war unangefochten der erste Gründungsvater Israels, aber wer war der zweite? Weizmann war eine höchst kultivierte, in Großbritannien und den USA hoch angesehene Persönlichkeit. Er war Mitautor der



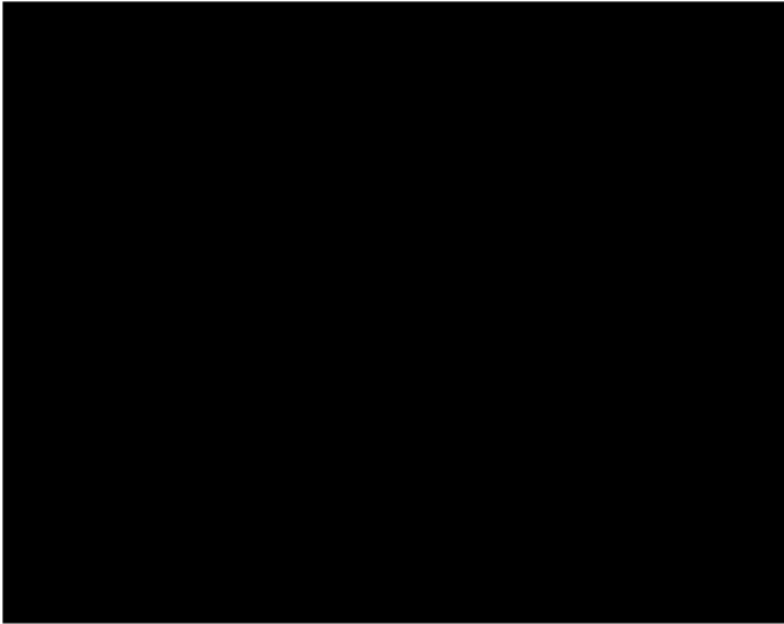
Israel Government Press Office, Jerusalem

Am 25. Januar 1949 finden erstmals Wahlen in Israel statt.

Balfour-Deklaration und als Präsident der Zionistischen Weltorganisation zwar einflussreich, blieb aber ein Staatsmann ohne Staat.

Seine moderate Haltung und seine Nähe zu Großbritannien führten dazu, dass er 1946 als Präsident der Weltorganisation nicht wiedergewählt wurde. Sein Einfluss schwand zwar, aber in entscheidenden Momenten tat er mehr für diesen Staat als so manch anderer. Nur er, nicht Ben Gurion, wurde von US-Präsident Truman empfangen, er, nicht Ben Gurion, hatte einen tiefen Eindruck auf den Präsidenten gemacht. Unmittelbar vor der Abstimmung in der UNO gelang es ihm, dass der Teilungsplan nicht zum Nachteil Israels geändert wurde. Noch wichtiger war das Treffen mit Truman im März 1948, als er den Präsidenten für den Staat begeistern konnte – und der Treuhandplan damit erledigt war.

Obwohl Weizmann seit der Biltmore-Konferenz 1942 keine wirkliche Konkurrenz mehr für Ben Gurion gewesen war, sah



Israel Government Press Office, Jerusalem (Hugo Mendelsohn)

16. Februar 1949: Unter dem Portrait Theodor Herzls, neben der Flagge Israels und der Menorah, spricht Chaim Weizmann zu den Abgeordneten der Knesset, die ihn zum ersten Staatspräsidenten Israels gewählt haben.

der in Weizmann sogar noch nach der Staatsgründung einen Gegenspieler und demütigte ihn. So lehnte er es ab, bei den Unterschriften auf der Unabhängigkeitserklärung Platz für Weizmann zu lassen, der an der Zeremonie nicht teilnehmen konnte, da er in Amerika war. (Die übrigen 11, die ebenfalls verhindert waren, unterschrieben später; für sie war Platz gelassen worden.)

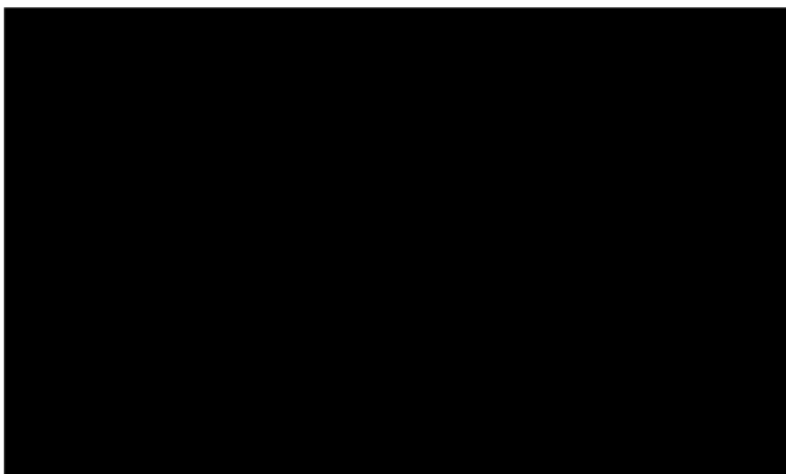
Es waren die Abgeordneten der Knesset, die Weizmanns Leistung für diesen Staat mit seiner Wahl zum Staatspräsidenten anerkannten. Weizmann, bereits herzkrank, starb 1952.

Das Staatswappen

1949 entschied man sich für die Menorah als das offizielle Wappen des Staates: Das uralte Symbol des jüdischen Volkes, wie es auf dem Titusbogen in Rom zu sehen ist. Die Menorah wird von zwei Olivenzweigen umrankt, die unten durch die Inschrift »Israel« in hebräischer Schrift verbunden sind. Die Olivenzweige sind das Zeichen für die uralte Friedenssehnsucht des jüdischen Volkes.

Jerusalem: Theodor Herzls neue Grabstätte

Ein besonderes Ereignis war im August 1949 die Überführung der sterblichen Überreste Theodor Herzls vom Döblinger Friedhof in Wien nach Israel. Endlich – hätte man sagen können, hatte doch bereits der im Jahre 1929 abgehaltene



Israel Government Press Office, Jerusalem (Sam Diamond)

Im August 1949 werden die sterblichen Überreste von Theodor Herzl von Wien nach Israel überführt. Hier der Sarg auf einer einfachen Karre auf dem Flughafen Lod.



Israel Government Press Office, Jerusalem (Moshe Pridan)

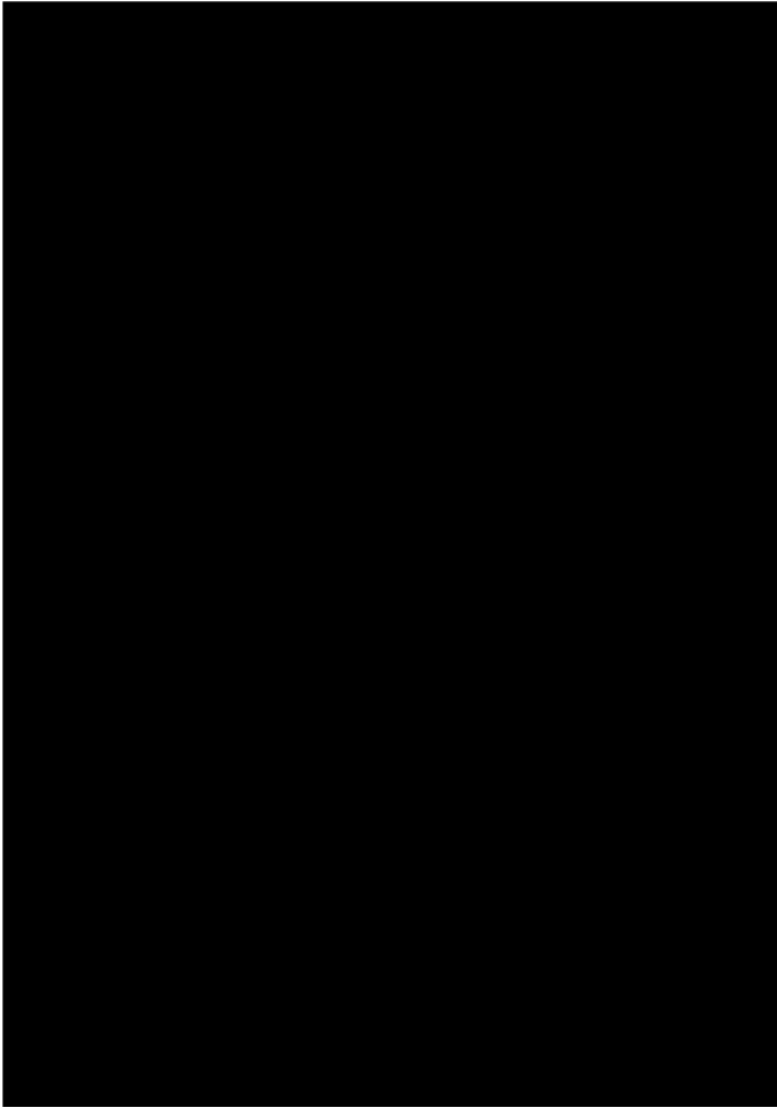
Das Grab Theodor Herzls auf dem nach ihm benannten Herzlberg in Jerusalem heute. Der Grabstein aus schwarzem Galiläa-Granit wurde zum 100. Geburtstag des »Gründungsvaters« Israels, am 15. Juli 1960, enthüllt.

16. Zionistenkongress in Zürich einen entsprechenden Beschluss gefasst. Auf dem Prager Kongress 1933 war dann beschlossen worden, dies bis zum Frühjahr 1934 durchzuführen. Aber es war nichts geschehen, trotz größten Entgegenkommens der österreichischen Behörden.

In seinem Testament hatte Herzl 1903 geschrieben: »Ich wünsche, in einem Metallsarg neben meinem Vater begraben zu werden, und dort zu bleiben, bis das jüdische Volk meine Überreste nach Eretz Israel überführen wird. Die Särge meines Vaters, meiner Schwester Pauline, und meiner nahen Verwandten, welche bis dann gestorben sein werden, werden auch dorthin überführt werden.«

Als Herzl ein Jahr später starb, wurde er in Wien beerdigt. 45 Jahre später, am 10. August 1949, verabschiedete die Knesset ein entsprechendes Gesetz zur Überführung des Sarges nach Israel. Mit dem ersten Flug einer El Al-Maschine nach Wien

wurde der Sarg am 13. August nach Israel gebracht, zunächst auf dem Knessetplatz in Tel Aviv aufgebahrt, am 15. August nach Jerusalem überführt und auf dem nach ihm benannten Herzlberg erneut beigesetzt. Der Ort der Beisetzung wurde durch eine speziell gebildete staatliche Kommission ausgewählt. Dabei wurde allerdings Herzls mehrfach geäußerter Wunsch ignoriert, auf dem Friedhof des Karmel-Berges bei Haifa begraben zu werden.



Israel Government Press Office, Jerusalem (Hans Pinn)

5. Juli 1949: Ministerpräsident David Ben Gurion spricht in der Knesset. Hinter ihm der Präsident der Knesset, Nahum Nir, und dessen Stellvertreter Yosef Burg (links).

Schlussbetrachtung

Am Nachmittag des 14. Mai 1948 verkündete der Führer der Zionisten, David Ben Gurion, die Unabhängigkeit Israels, die mit Abzug der letzten Briten um Mitternacht in Kraft treten würde. Dies war der Endpunkt einer Entwicklung, die Jahrzehnte vorher begonnen hatte: Mit jenem im 19. Jahrhundert in Europa entstandenen Phänomen und dem Mann, der daraus die Konsequenzen gezogen hatte. Das Phänomen war der Antisemitismus, der Mann der Österreicher Theodor Herzl. Dessen Antwort auf den Antisemitismus hatte gelautet: ein eigener Staat für die Juden. Dieser Staat konnte nur im Heiligen Land der Väter, in Palästina, errichtet werden. Der »Schlachtruf« der Zionisten lautete: »Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land.«

Das Land ohne Volk gab es nicht. Dort lebten etwa 500.000 Araber. Das führte zur alles entscheidenden Frage: wem gehörte dieses Land? Die Araber glaubten, es sei ihr Land, weil sie es jahrhundertlang bewohnt hatten. Die Zionisten reklamierten es für sich, weil es ihnen immer gehört habe, auch wenn es ihnen gestohlen worden sei. Sie würden es wieder in Besitz nehmen. Aber was sollte mit den Arabern geschehen, wenn die Juden dort »ihren« Staat errichten würden? Ein seit Jahrzehnten in Palästina lebender Jude hatte 1907 in dem Zusammenhang von der »vergessenen Frage« gesprochen, die alle anderen Fragen überwiege, »die Frage unserer Beziehung zu den Arabern.« Von der Antwort auf diese Frage »hängt die Verwirklichung unserer nationalen Hoffnung ab«. Und er hatte gewarnt, »einem anderen Volk Unrecht zu tun, und besonders einem großen Volk, dessen Hass auf uns sehr gefährlich werden kann«. Seine Warnung verhallte ungehört. Für führende Zionisten, allen voran David Ben Gurion, ging es bei Palästina nicht darum, die Frage von Arabern und Juden zu lösen,

sondern nur darum, die Frage des jüdischen Volkes zu lösen, d. h. um die Schaffung eines jüdischen Staates in jenem Land. Der Konflikt war vorprogrammiert.

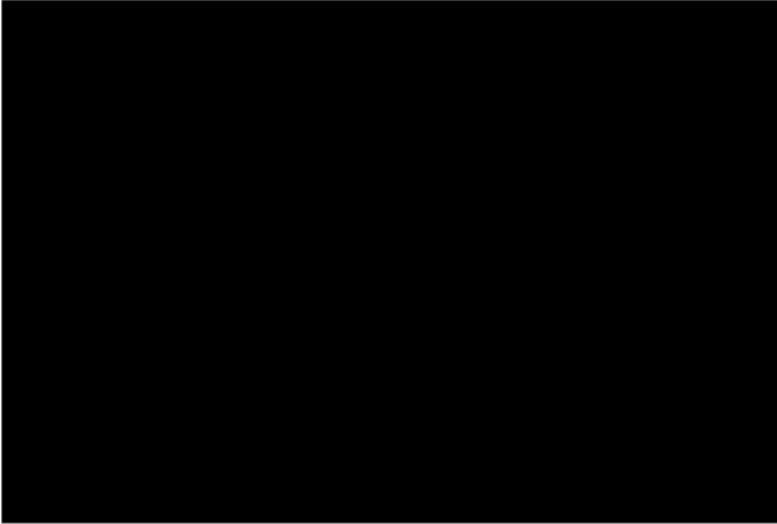
Ein Meilenstein auf dem Weg zum jüdischen Staat war 1917 die Balfour-Deklaration, die Zusage der britischen Regierung, die Juden bei der Errichtung ihrer nationalen Heimstätte in Palästina zu unterstützen. Als der Völkerbund Großbritannien 1922 das Mandat über Palästina übertrug, wurde im Mandats-text explizit auf diese Deklaration Bezug genommen und Großbritannien damit völkerrechtlich verpflichtet, die Juden beim Aufbau ihrer Heimstätte, sprich Staat, zu unterstützen. Konflikte zwischen Arabern und den eingewanderten Juden blieben in der Folgezeit nicht aus. Die Araber sahen sich auf der ganzen Linie als Verlierer. Es gab Tote und Verletzte. 1936 begannen die Araber einen blutigen Aufstand. Ein Jahr später mussten die Briten erkennen, dass Juden und Araber nicht zusammenleben konnten und »weder Aspirin noch eine Wärmflasche«, sondern nur eine »drastische Operation«, d. h. die Trennung helfen konnte. Sie schlugen die Teilung des Landes in zwei Staaten vor. Die Araber lehnten zwar ab, aber von da an blieb die Teilung Palästinas ein Thema. 1939 änderten die Briten im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges mit Blick auf die Araber ihre Politik: es würde keine weitere ungehinderte Einreise von Juden nach Palästina und keine Teilung des Landes und damit auch keinen jüdischen Staat geben.

Die Zionisten betrachteten das als Verrat und verlegten ihre Aktivitäten in die USA. Von nun an wurde der Judenstaat eine amerikanische Angelegenheit, wobei die Innenpolitik in den USA eine große, wenn nicht die entscheidende Rolle spielte. Ende 1946 sprach sich US-Präsident Truman erstmals öffentlich für einen jüdischen Staat aus. Bei allen Lösungsvorschlägen gab es zwei gleichbleibende Positionen: die Zionisten wollten ihren eigenen Staat – »um jeden Preis«, wie der Untertitel von Tom Segevs großartiger Ben Gurion-Biografie aus dem Jahr 2018 zutreffend lautet –, die Araber lehnten das ab. Als nach dem Zweiten Weltkrieg jüdische Terroraktionen

gegen die Briten in Palästina immer mehr Opfer forderten, gab Großbritannien im Februar 1947 sein Palästina Mandat an die UNO zurück, die im November 1947 die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat beschloss. Die Araber lehnten die Entscheidung ab, die Briten erklärten ihren Rückzug aus Palästina. Es folgte ein blutiger »Bürgerkrieg« zwischen Arabern und Juden mit Terror, Flucht und Vertreibung der Araber in dem für die Juden vorgesehenen Gebiet. Es gab damals Zweifel im State Department in Washington, ob die Teilung der richtige Weg war, aber am Ende entschied sich Präsident Truman für diesen Weg und erkannte den neuen Staat 11 Minuten nach Inkrafttreten nach dessen Unabhängigkeit an.

Unmittelbar danach begann der erste israelisch-arabische Krieg. Dabei wird oftmals vergessen, dass die Sowjetunion bereits am 18. Mai Israel de jure anerkannte und unter Umgehung des UN-Waffenembargos massive Waffenlieferungen an Israel über den Umweg Tschechoslowakei sicherte. Manche nennen den Krieg Unabhängigkeitskrieg, aber darum ging es nicht mehr; die Unabhängigkeit hatte man erreicht. Jetzt ging es darum, sie zu verteidigen. Dieser Krieg wurde mit brutaler Härte geführt und war für die Araber schon bald verloren. Von Anfang an waren die Araber untereinander uneins, jeder wollte auf Kosten des anderen aus Palästina und dem »schwachen« Israel Vorteile ziehen, allen voran König Abdullah von Transjordanien. Am Ende stellte sich heraus, so die Analyse von Österreichs Botschafter in Ankara, Clemens Wildner, nach Gesprächen mit seinen arabischen Kollegen im März 1949, »dass die Arabische Liga trotz allen morgenländischen Geschreis ein Schattengebilde ohne jede militärische, wirtschaftliche oder politische Bedeutung ist«. Die Rede war vom »militärischen Versagen der Verbündeten«.

1949 hieß der Sieger Israel. Die Araber waren die eindeutigen Verlierer. Für sie war das, was damals geschah, eine Katastrophe mit 700.000 Flüchtlingen und Vertriebenen. Sie nennen das Nakba.



Israel Government Press Office, Jerusalem (David Eldan)

Ende 1949 hat Israel bereits 1 Million Einwohner; bei der Staatsgründung im Mai 1948 waren es etwa 600.000. Mit der geheimen Operation *Magic Carpet* werden von Juni 1949 bis September 1950 die 50.000 Juden des Jemen mit amerikanischen und britischen Maschinen ausgeflogen. Nachdem die jüdische Gemeinde in Aden zerstört worden war, hatten sich die Juden auf die Ausreise vorbereitet. Hier eines der Sammellager.

Was der irakische Gesandte in Ankara gegenüber seinem österreichischen Kollegen bereits im August 1948 gesagt hatte, hatte wie eine Prophezeiung geklungen: Die Errichtung eines jüdischen Staates werde von den Arabern nie anerkannt werden; es werde eben einen latenten Kriegszustand geben, vergleichbar mit den Zeiten während der Kreuzzüge. Das hatte auch schon der Generalsekretär der Arabischen Liga im Mai so formuliert und verlor auch bei Kriegsende nichts von seiner Bedeutung. Dieser Krieg sollte nicht der letzte sein.

Es gab den neuen Staat– der mit unendlichen Problemen zu kämpfen hatte, nicht zuletzt mit dem Trauma der Vernichtung durch seine arabischen Nachbarländer. Aus denen mussten in den ersten zwei Jahren hunderttausende Juden nach Israel gebracht werden, weil sie jetzt in ihren

Heimatländern verfolgt wurden. Das überforderte den jungen Staat fast.

Was viele nicht wissen: 1951 drohte dem Land angesichts dieser ungeheuren Zuwanderung eine Hungersnot. Es war ein Land, umgeben von Feinden, mit einer Grenze, »die Blut schwitzt«, wie Karl Hartl, seit 1950 diplomatischer Vertreter Österreichs in Tel Aviv, es einmal formulierte: bei arabischen Terrorangriffen gab es bis 1956 etwa 1000 Tote. Frieden würde es nicht geben. Nach ihrer Niederlage 1948/49 waren die arabischen Staaten erst recht entschlossen, Israel zu vernichten. Der Nahe Osten wurde in den folgenden Jahren zur gefährlichsten Gegend der Welt, wie US-Außenminister Henry Kissinger 1974 einmal formulierte.

Anfang 1949 bezeichnete der österreichische Botschafter in Kairo die Lage im Nahen Osten als »verworren und undurchsichtig«. Zwei Momente charakterisierten seiner Meinung nach die Situation: erstens die Furcht vor dem Vordringen Russlands im Nahen Orient sowie seiner damit verbundenen machtpolitischen Stärkung und zweitens der Kampf um das Erdöl. Solche Überlegungen gab es auch in Washington und London. Sollte Stalin ähnliche Überlegungen gehabt haben, wurde er von Israel enttäuscht. Er war für die Teilung gewesen, er hatte die »geheime« Fluchtoperation *Bricha* nicht unterbunden, er hatte als erster den Staat Israel de jure anerkannt und massive Waffenlieferungen über die Tschechoslowakei ermöglicht. Als der neue Staat Israel dann aber die Ausreise von Juden aus der Sowjetunion forderte und eine Anleihe in den USA platzierte und sich bei Beginn des Koreakrieges 1950 auf die Seite des Westens schlug, änderte sich seine Haltung radikal. Für ihn war Israel zu einem westlichen Staat geworden. Zudem befürchtete er jetzt die Loyalität der Juden im eigenen Land. Von nun an unterstützte die Sowjetunion Ägypten und Syrien.

Im Westen waren nicht alle von dem neuen Staat begeistert. Es gab kritische Stimmen, u. a. vom Vatikan. Diplomatische Beziehungen mit Israel gab es erst 1994. Karl Hartl, mit einer

Jüdin verheiratet, war besonders kritisch. Für ihn war Israel eine »Früh- und vielleicht Fehlgeburt«. 1954 meinte er, es dürfe »als erwiesen betrachtet werden, dass die Aufpropfung Europas auf den uralten vorderasiatischen Ast misslungen ist – dieses Reis [also Israel] hat nie den Saft der Wurzel geholt und wird ohne raumfremde Hilfe verdorren.« Bei solchen Formulierungen vermisste der spätere deutsche Botschafter in Israel, Niels Hansen, allerdings »den guten Geschmack«. Hartl sollte sich jedenfalls genauso irren wie der britische Außenminister Bevin. Der war Ende Mai 1948 der Meinung gewesen, dass sich Israel im Krieg gegen die Araber nicht werde halten können »und der zionistische Traum ausgeträumt sei«.

Israel war 1948/49 in der Tat »ein kleines, armes Land« (Karl Hartl), aber das blieb nicht so. Israel ist trotz aller Kriege und Widrigkeiten inzwischen in den wichtigsten Zukunftsindustrien zum *Global Player* geworden. Das Land ist Weltspitze in Computer-Science und Mathematik und zählt überdies zu den fünf weltbesten Ländern in allen Disziplinen, die Grundlagen für Hochtechnologien liefern. Mit mehr als 300 Unternehmen weist das Land eine Dichte von Hightech-Unternehmen auf, die nur noch von der des Silicon Valley übertroffen wird. Nach den USA und China hat Israel die größte Zahl von Unternehmen an der NASDAQ-Technologiebörse in New York registriert. Die Liste ließe sich fortsetzen. Aber Israel hatte seit 1967 auch die Westbank besetzt – Zionisten sprechen von Judäa und Samaria und sagen »befreit« – und inzwischen 600.000 Juden dort angesiedelt. Von einer Zwei-staatenlösung, d. h. einem Palästinenserstaat neben Israel, wie in der UN-Resolution von 1947 vorgesehen, ist man weiter denn je entfernt, auch wenn westliche Politiker nach wie vor davon reden. Die Chance wurde von den Arabern mehrmals verspielt. Der spätere Außenminister Israels, Abba Eban, hat das einmal so formuliert: »Die Palästinenser lassen sich nie eine Gelegenheit entgehen, sich eine Gelegenheit entgehen zu lassen.«

Zeittafel

- ▶ **1896**
14. Februar:
Theodor Herzls programmatische Schrift *Der Judenstaat* erscheint.
- ▶ **1897**
29.–31. August:
Erster Zionistenkongress in Basel. »Basler Erklärung«:
Ziel des politischen Zionismus ist eine öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina.
- ▶ **1904**
3. Juli:
Theodor Herzl (geb.1864) stirbt.
- ▶ **1907**
Artikel von Itzhak Epstein: *Die vergessene Frage*.
- ▶ **1909**
11. April:
Grundsteinlegung für Tel Aviv (hebr. »Frühlingshügel«).
- ▶ **1915**
24. Oktober:
Briefwechsel zwischen Sir Henry McMahon und Sherif von Mekka: Britische Zusicherung für Großarabisches Reich.
- ▶ **1916**
16. Mai:
Sykes-Picot-Abkommen.
- ▶ **1917**
2. November:
Balfour-Deklaration: »Nationale Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk.«

- ▶ **1919**
3. Januar:
Faisal-Weizmann-Abkommen
- ▶ **1920**
März/April:
Antijüdische Aktionen, insbesondere in Jerusalem; acht Juden werden getötet.
19.-26 April:
Der Oberste Rat der Alliierten stellt das von den Briten eroberte Palästina unter britische Verwaltung.
13. Juni:
Gründung der Haganah, der jüdischen Verteidigungsorganisation.
- ▶ **1921**
Mai:
Unruhen in Jaffa. 47 Juden und 48 Araber werden getötet.
- ▶ **1922**
24. Juli:
Der Völkerbund überträgt Großbritannien das Mandat über Palästina.
- ▶ **1925**
1. April:
Eröffnung der Hebräischen Universität in Jerusalem.
- ▶ **1927**
Krise im zionistischen Aufbauwerk in Palästina.
- ▶ **1929**
14. August:
Gründung der *Jewish Agency for Palestine*, die die jüdischen Interessen gegenüber der britischen Mandatsverwaltung vertritt.
23.-29. August:
Schwere Unruhen in Palästina; 133 Juden und 116 Araber verlieren ihr Leben.

- ▶ **1936–1939**
Arabischer Aufstand.
- ▶ **1937**
7. Juli:
Peel-Bericht: Teilung Palästinas.
- ▶ **1939**
17. Mai:
Britisches Weißbuch. Keine Teilung Palästinas, Ende der unbegrenzten jüdischen Einwanderung, kein jüdischer Staat.
- ▶ **1942**
9.–11. Mai:
Biltmore-Konferenz in New York. Forderung nach unbegrenzter Einwanderung und jüdischem Commonwealth = Staat in Palästina.
- ▶ **1945**
14. Februar:
Treffen zwischen US-Präsident Roosevelt und König Ibn Saud auf der USS *Quincy* im Suezkanal.
22. März:
Gründung der Arabischen Liga.
31. August:
US-Präsident Truman bittet den britischen Premierminister Attlee um Ausstellung von 100.000 Visa für jüdische DPs nach Palästina.
13. November:
Anglo-American Committee of Inquiry
- ▶ **1946**
17. Juni:
»Nacht der Brücken«: Palmach-Mitglieder sprengen 11 Brücken.
29. Juni:
Reaktion der Briten: »Schwarzer Sabbat« und *Operation Agatha*.

22. Juli:

Irgun/Palmach-Anschlag auf das King-David-Hotel in Jerusalem; 91 Tote.

► **1947**

14. Februar:

Die britische Regierung übergibt das Palästina-Problem der UNO.

15. Mai:

Die UNO setzt eine Sonderkommission für Palästina ein (*UN Special Committee on Palestine, UNSCOP*).

Juli:

Flüchtlingsschiff Exodus-Tragödie.

31. August:

UNSCOP-Mehrheit empfiehlt Teilung.

29. November:

UN-Vollversammlung verabschiedet Resolution 181: Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat, Jerusalem mit Bethlehem unter internationale Verwaltung. Araber lehnen ab; anschließend massiver Terror zwischen Arabern und Juden.

► **1948**

14. Mai

16:00 Uhr:

David Ben Gurion verkündet die Unabhängigkeit des Staates Israel.

00:00 Uhr:

Ende des britischen Mandats über Palästina. Inkrafttreten der Unabhängigkeit Israels.

15. Mai

00:01 Uhr:

Angriff der arabischen Staaten. Beginn des ersten israelisch-arabischen Krieges.

00:11:

US-Präsident Harry S. Truman erkennt die provisorische Regierung Israels an.

18. Mai:

De jure-Anerkennung Israels durch die Sowjetunion.

17. September:

Ermordung des von der UNO eingesetzten Vermittlers Graf Bernadotte.

► **1949**

25. Januar:

Wahlen zur Ersten Knesset.

16. Februar:

Wahl von Chaim Weizmann zum Staatspräsidenten.

24. Februar:

Waffenstillstand mit Ägypten.

8. März:

Ben Gurion als Ministerpräsident bestätigt.

3. April:

Waffenstillstand mit Transjordanien.

11. Mai:

Aufnahme Israels in die UNO.

► **1950**

23. Januar:

Die Knesset erklärt Jerusalem zur »Ewigen Hauptstadt Israels«.

24. April:

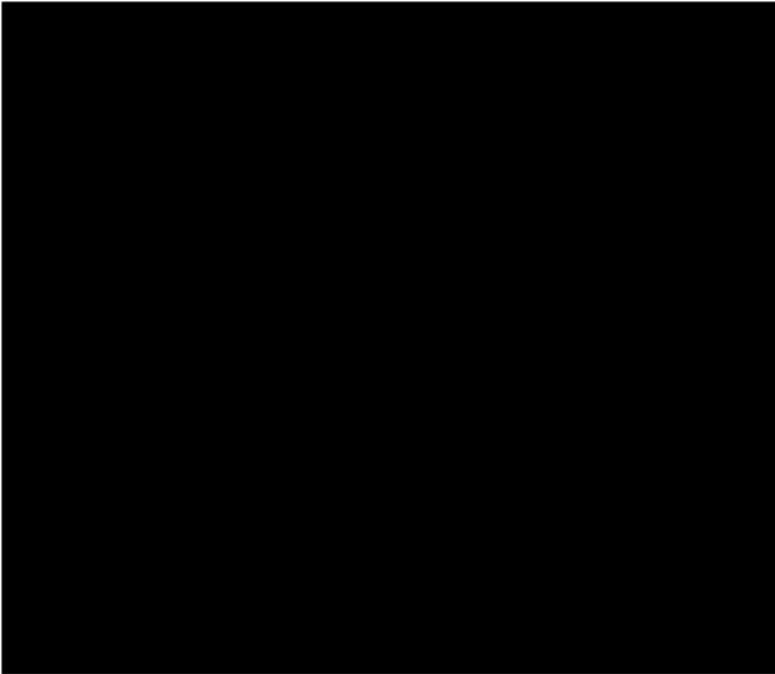
König Abdullah proklamiert das Königreich Jordanien und annektiert gleichzeitig die Rest-Westbank und die Altstadt von Jerusalem.

5. Juli:

Die Knesset beschließt das »Gesetz der Rückkehr«.

► **2004**

An Theodor Herzls 100. Todestag, beschließt die Knesset ein Gesetz, das Herzls Geburtstag als Gedenktag festlegt. An diesem »Herzl Tag« wird seither jedes Jahr am Geburtstag von Theodor Herzl – 2. Mai – offiziell an Israels »Gründungsvater« erinnert.



Israel Government Press Office, Jerusalem (Avi Ohayou)

Die Büste Theodor Herzls im Garten des israelischen Staatspräsidenten in Jerusalem.

Literaturhinweise

(deutsch)

Nicholas Bethell, Das Palästina-Dreieck. Juden und Araber im Kampf um das britische Mandat, 1935–1948, Berlin 1979.

Johannes Glasneck/Angelika Timm, Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, Bonn 1994.

Kinan Jaeger/Rolf Tophoven, Der Nahost-Konflikt. Dokumente, Kommentare, Meinungen (Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 2011.

Margret Johannsen, Der Nahost-Konflikt, Wiesbaden 2006.

Martin Schäuble/Noah Flug, Die Geschichte der Israelis und Palästinenser, München 2009.

Friedrich Schreiber/Michael Wolffsohn, Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts, Opladen 1993.

Tom Segev, David Ben Gurion. Ein Staat um jeden Preis, München 2018.

Rolf Steininger, Der Nahostkonflikt, Frankfurt am Main 2005/2020.

Rolf Steininger, Die USA, Israel und der Nahe Osten. Von 1945 bis zur Gegenwart, Reinbek 2022.

(englisch)

Peter L. Hahn, Caught in the Middle East: U.S. Policy toward the Arab-Israeli Conflict, 1945–1961, Chapel Hill/London 2004.

Douglas Little, American Orientalism. The United States and the Middle East since 1945, London 2003/Chapel Hill 2008.

Benny Morris, *1948: A History of the First Arab-Israeli War*, New Haven/London 2008.

Benny Morris, *The Birth of the Palestine Refugee Problem Revisited*, New Haven/London 2008.

Benny Morris, *Righteous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881–2001*, New York 2001.

Richie Ovendale, *Britain, the United States, and the End of the Palestine Mandate, 1942–1948*, Woodbridge 1989.

Allis Radosh/Ronald Radosh, *A Safe Haven: Harry S. Truman and the Founding of Israel*, New York 2009.

Personenverzeichnis

A

- Aaref, Ahmed al- 22
Abdullah, König von (Trans-)Jordanien 40, 42, 69, 85, 98, 104, 107–108, 112–113, 129
Acheson, Dean 54, 65–66
Allon, Yigal 82, 114–115
Attlee, Clement 53, 59, 63
Austin, Warren R. 82
Avnery, Uri 76
Aydelotte, Frank 55
Azzam Pasha, Abdel Rahman 56

B

- Balfour, James 24–26, 29, 33
Ball, Joseph 54
Barker, Evelyn 62–63
Bauer, Yehuda 95
Begin, Menachem 43, 48, 58–60, 67, 69, 76, 79–80, 86–87, 101–102, 103
Ben Gurion, David 5, 20, 22, 38, 41, 43, 45–47, 49, 52, 60, 69, 74, 76, 79, 81, 85–87, 89–92, 95, 101–103, 110, 113–115, 120–121, 126–127
Ben Gurion, Renana 76
Ben Natan, Asher 63
Berenson, Zvi 86
Bernadotte, Graf Folke 59, 104–106, 109, 116
Bernstorff, Graf Johann Heinrich von 23–24
Bettelheim, Anton 10
Bevin, Ernest 53, 57–59, 63, 66–67, 72, 82–83, 98, 132
Bielka, Erich 77–78
Birnbaum, Nathan 8
Bloom, Sol 75
Bodenheimer, Max 17
Brandeis, Louis 27
Bunche, Ralph 105, 111
Burg, Yosef 126

C

- Cambon, Jules 27
Celler, Emmanuel 50
Chamberlain, Neville 44–45
Churchill, Winston 53
Clapp, Gordon 117
Clayton, William 64
Clifford, Clark 84
Cohan, Michael 96
Cohen, Samuel 119
Creech Jones, Arthur 84

Crossman, Richard 55–56
Cunningham, Alan 87–88
Curzon, Lord George N. 28, 32–33
Cyros (=Kyros)

D

Dajan, Moshe 109, 112, 114
Dewey, Thomas E. 65
Diamond, Sam 123
Diner, Dan 95
Dizengoff, Meir 89
Döhle, Walter 41
Dreyfus, Alfred 7

E

Eban, Abba 69, 132
Eldan, David 130
Epstein, Eliahu 65, 92
Epstein, Ytzhak 21–22
Eytan, Walter 109

F

Faisal, Emir 31
Firestone, Harvey 75
Friedrich II., 16
Friedrich von Baden, Großherzog 14

G

Galili, Ysrael 101
Grady, Henry F. 63
Gromyko, Andrej 68, 96
Grün, David (= David Ben Gurion) 20
Gutmann, Schmarjahu 115

H

Halifax, Edward F. 45
Hansen, Niels 132
Hartl, Karl 131–132
Harrison, Earl G. 53
Herzl, Pauline 124
Herzl, Theodor 5–6, 7–21, 52, 89–90, 119, 122, 122–125, 127, 138
Hess, Moses 8
Hucheson, Joseph 55
Husseini, Haj Amin al- 36, 39, 78, 108, 112
Hussein, Sherif von Mekka 30

I

Ibn Saud, König von Saudi-Arabien 40, 49–51, 55
Imber, Naphtali Herz 119
Inverchapel, Lord (Archibald Clark Kerr) 57, 63, 66
Ives, Irving M. 65

J

Jabotinsky, (Zeev) Vladimir 100

K

Khachaba, Ahmed Mohamed 77

Kissinger, Henry A. 131

Klüger, Zoltan 98, 112

Kollek, Teddy 52

Kyros 29, 94

L

Lansing, Robert 31

Lawrence T. E. (Lawrence of Arabia) 30

Lichtheim, Richard 23

Lilien, Ephraim Moses 6

Lippmann, Walter 67

Lovett, Robert 94

M

MacDonald, Malcolm 44

MacDonald, Ramsay 38

Marshall, George C. 72, 83, 85

Matson, Eric 37

McMahon, Henry 30

Meir, Golda 81, 85, 90, 92, 99

Mendelsohn, Hugo 61, 122

Milner, Alfred 28

Mohn, Paul C. 108

Montagu, Edwin 27–28, 94

Morgenthau, Henry 72

Morris, Benny 81

Morrison, Herbert S. 63

Moyne, Walter G., Lord 59

N

Nasser, Gamal Abdel 109

Newman, Louis 57

Niles, David 65

Nir, Nahum 126

Nord, Erich 35–36

Nordau, Max 11–12

O

O'Dwyer, William 57

Ohayou, Avi 138

P

Peel, Lord William 40–41

Perry, Micha 2

Picot, Francois Georges 31

Pinkerton, Lowell 65

Pinn, Hans 70–71, 102, 105, 109, 126

Pinsker, Leon 8
Pius X., Papst 10
Pius XII, Papst 116
Plewe, Wjatscheslaw K. 19
Pridan, Moshe 124

R

Rabin, Yitzhak 103–104, 114
Röhl, John 16
Roosevelt, Franklin D. 49–51
Rosenblüth, Felix (= Pinchas Rosen) 86
Rothschild, Lord Lionel Walter 24–26, 28

S

Sandström, Emil 69
Schmid, Heinrich 23, 98
Schwanitz, Wolfgang 30
Segev, Tom 60, 81, 85, 95, 114–115, 128
Shamir, Yitzhak 58, 79, 106
Sharett, Moshe (= Moshe Shertok) 96, 92, 116, 117
Silver, Abba Hillel 63
Sneh, Moshe 60
Stalin, Josef 131
Steininger, Axel 111
Stern, Avraham 58
Sykes, Mark 28, 31

T

Taalat Pascha, Großwesir 23, 29–30
Truman, Harry S. 26, 51, 53–54, 56, 58, 63–67, 72, 74–75, 82–84, 92–94, 96–97,
110, 117, 121, 128–129
Tubman, William 75

W

Wagner, Robert 49
Weissenstein, Rudi 91
Weizmann, Chaim 26–27, 29, 31, 37–38, 45–46, 69, 74, 82–83, 88, 120–122
Welsch, Robert 24
Wildner, Clemens 129
Wilhelm II., Kaiser 13–17, 22–23, 29
Wilson, Woodrow 26–27
Wingate, Charles 42
Wise, Stephen 57
Wolffsohn, David 119

Y

Yadin, Yigael 81, 103

Z

Zadoff, Noam 111